

Ansgar Knolle-Grothusen, Peter Hartmann

Umriss einer ökonomischen Analyse des Kapitalismus heute

| Gliederung | Seite |
|--|--------------|
| Vorbemerkung | 2 |
| I Der Kapitalismus als gesellschaftliches Verhältnis und seine Funktionsweise | 3 |
| II Kapital und Staat | 10 |
| III Grundlinien der historischen Entwicklung des Kapitalismus bis heute | 14 |
| 1. Unterordnung und Auflösung vorkapitalistischer Produktionsverhältnisse | 15 |
| 2. Verwandlung der Mehrheit der Bevölkerung in Lohnabhängige und Veränderungen in der Struktur und Zusammensetzung der Arbeiterklasse | 16 |
| 3. Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit, das Kapital als Schranke ihrer Entwicklung | 19 |
| 4. Der Weltmarkt | 24 |
| 5. Konzentration und Zentralisation des Kapitals, Konkurrenz und Monopol, kapitalistische Vergesellschaftung der Produktion | 48 |
| 6. Industrielles Kapital, zinstragendes Kapital, Spekulation | 56 |
| 7. Großes Kapital, kleines Kapital und Staat | 57 |
| IV Reflexe dieser Entwicklung im bürgerlichen Diskurs | 62 |
| 1. Keynesianismus und Neoliberalismus - zwei Komponenten der bürgerlichen Ökonomie, im Rahmen sich verändernder Verwertungsbedingungen | 64 |
| 2. Die Richtungen der bürgerlichen politischen Ökonomie - Spiegelbild und Zerrspiegelbild der Realität und ihr Einfluss auf die Arbeiterbewegung | 76 |
| V Einige Schlußfolgerungen zum Problem von Produktion und Verteilung | 83 |

VORBEMERKUNG

Das Motiv, das zur Entstehung der vorliegenden Arbeit geführt hat, liegt in einem Unbehagen mit der Art und Weise, wie die gegenwärtigen Entwicklungstendenzen des Kapitalismus in der marxistischen Theoriebildung reflektiert und diskutiert werden. Besonders Fragen der Weltmarktentwicklung, der Transnationalisierung des Kapitals, möglicher Veränderungen des Verhältnisses zwischen den transnationalen Kapitalen und den Nationalstaaten und daraus folgende Veränderungen im Verhältnis der kapitalistischen Staaten zueinander, der Durchsetzung neoliberaler Politikkonzepte, werden in ihrer Bedeutung und ihren Konsequenzen kontrovers eingeschätzt. Dabei geht die Debatte aus von empirisch feststellbaren Veränderungen in ökonomischen und politischen Einzelphänomenen, die unmittelbar verallgemeinert als Beweis genommen werden für diese oder jene behauptete Veränderung der ökonomischen und politischen Struktur, oder unbesehn in die Zukunft fortgeschrieben als Basis für Entwicklungsprognosen dienen. Die Frage, wie diese empirisch wahrnehmbaren Oberflächenerscheinungen mit den zugrundeliegenden ökonomischen Gesetzmäßigkeiten und Kategorien vermittelt sind und welche Aussagekraft sie daher haben, wird häufig gar nicht mehr gestellt. Selbst auf der Ebene der Empirie wird häufig nicht mehr zwischen Erscheinungen, die in bestimmten Phasen des industriellen Zyklus auftreten und überzyklischen Tendenzen unterschieden.

Dieser Debatte einen tragfähigen Boden einzuziehen ist unser Anliegen. Wir meinen mit dieser Arbeit ein Gerüst vorlegen zu können, das eine Hilfestellung liefert, mit der das umfangreiche Material empirischer Fakten auf die dahinterliegenden ökonomischen Kategorien und Gesetzmäßigkeiten rückbezogen werden kann. Mögliche Schlußfolgerungen und politische Konsequenzen sind in der Regel nur angedeutet und nicht ausgearbeitet.

Ausgehend von den grundlegenden Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise versuchen wir in dieser Arbeit eine Darstellung der Grundlinien der historischen Entwicklung des Kapitalismus bis in unsere Zeit und der damit verbundenen Modifikationen in der Erscheinungsform der grundlegenden Gesetzmäßigkeiten. Hieran anschließend untersuchen wir die Entwicklung der bürgerlichen Ökonomie in ihren wichtigsten Schulen, deren Konjunkturen die sich verändernden Verwertungsbedingungen des Kapitals reflektieren, und ihren Einfluß auf die Arbeiterbewegung und andere kapitalismuskritische Strömungen. Der Schlussabschnitt beschäftigt sich mit den Problemen der Forderungen nach Verteilungsgerechtigkeit und benennt einige strategische Konsequenzen, die sich u. E. aus unserer Untersuchung ergeben, Konsequenzen über diejenigen hinaus, die schon in den jeweiligen Abschnitten angedeutet wurden.

I. Der Kapitalismus als gesellschaftliches Verhältnis und seine Funktionsweise

Um die Welt verändern zu können, muß man sie verstehen. Um die gesellschaftlichen Verhältnisse zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu verstehen, ist es notwendig, die Funktionsweise des Kapitalismus und die ihm zugrunde liegenden Gesetzmäßigkeiten zu begreifen, wie auch den wirklichen Inhalt der Begriffe, die die gesellschaftlichen Bewegungen beschreiben.

Kapitalismus ist der Prozeß, in dem sich eine gesamtgesellschaftliche Produktion im Weltmaßstab auf Grundlage des Privateigentums, in Form von Privatproduktion durchsetzt. Die Produktion wird von Privateigentümern organisiert, auf eigene Rechnung, aber sie ist nicht mehr Produktion für den Eigenbedarf, sondern Produktion für Andere, Produktion „für den Markt“. Bei gesellschaftlicher Produktion auf Grundlage des Privateigentums ist es erforderlich, daß die Produkte die Hände wechseln, vom Hersteller zum Verbraucher gelangen, daß aber gleichzeitig der in den Produkten vergegenständlichte Teil des gesellschaftlichen Reichtums als Privateigentum bei den Herstellern verbleibt. Dies geschieht dadurch, daß die Produkte als Waren, für den Austausch, produziert werden. Im Austausch wechselt der Gebrauchswert die Besitzer, während der Wert, der im Produkt enthaltene Anteil an der gesellschaftlichen Gesamtarbeit, dem Verkäufer im Geldäquivalent erhalten bleibt. Der Kapitalismus ist entfaltete Warenproduktion mittels der Ware Arbeitskraft. Das Privateigentum ist das große Trennmittel der Gesellschaft: Es trennt die unmittelbaren Produzenten von den Produktionsmitteln, mit denen sie produzieren, und es trennt ebenso das eine Privatunternehmen vom anderen.

Und es teilt die Gesellschaft in zwei große Klassen von Menschen: in diejenigen, die die Produktionsmittel besitzen und mit dem Eigentum an den Produktionsmitteln das Monopol auf den gesellschaftlichen Reichtum, die vergegenständlichte, vergangene Arbeit haben, und diejenigen, die von diesem Besitz ausgeschlossen sind und daher, um leben zu können, der ersteren Klasse ihre Arbeitskraft gegen Lohn zur Verfügung stellen müssen.¹ Der im Lohn ausgedrückte Wert der Arbeitskraft und der durch den Gebrauch der Arbeitskraft, durch die Arbeit, neugeschaffene Wert sind zwei völlig unterschiedliche Größen. Während sich in der Lohnsumme der zur Reproduktion der Ware Arbeitskraft und damit zur Erhaltung der Klasse der Lohnabhängigen notwendige Wert darstellt, ist der durch die Arbeit neugeschaffene Wert wesentlich größer: Er umfaßt das gesamte Wertprodukt der Gesellschaft und damit den über die Lohnsumme hinausgehenden Mehrwert.

Das Gesamtprodukt gehört der produktionsmittelbesitzenden Klasse, die die Arbeitskraft der anderen Klasse gekauft und in der Produktion gebraucht hat. Damit gehört ihr auch der im Gesamtprodukt steckende Mehrwert. Doch der einzelne Produktionsmittelbesitzer läßt nicht produzieren, um sein Produkt selbst zu verbrauchen. Er ist - obwohl Privatproduzent - eingebunden in die gesellschaftliche Arbeitsteilung und läßt Waren produzieren, deren Wert erst durch den Verkauf auf dem Markt realisiert werden muß. Ein Teil des Gesamtproduktes wird realisiert im Austausch mit den Lohnabhängigen. Dadurch erhalten die Produktionsmittelbesitzer die verausgabte Lohnsumme zurück, mit der sie die Arbeitskraft erneut kaufen können, während die Lohnabhängigen den zu ihrer Reproduktion als Klasse erforderlichen Teil der von ihnen produzierten Gebrauchswerte erhalten. Ein zweiter Teil des Gesamtproduktes, der wertmäßig den in der Produktion verbrauchten Produktionsmitteln entspricht, wird realisiert durch Austausch innerhalb

¹ Die Lohnabhängigen sind die wirklichen Arbeitgeber, die Unternehmer sind die Arbeitnehmer, auch wenn dies im heutigen Sprachgebrauch ideologisch umgedreht ist.

der produktionsmittelbesitzenden Klasse und zurückverwandelt in die für die Fortsetzung der Produktion erforderlichen Produktionsmittel. Der dritte Teil, das Mehrprodukt, wird ebenfalls durch Austausch innerhalb der produktionsmittelbesitzenden Klasse realisiert und dient neben den Konsumbedürfnissen der Produktionsmittelbesitzer wesentlich der Erweiterung der Privatproduktion, der Akkumulation des Kapitals, der Produktion und Aneignung von Mehrwert auf erweiterter Stufenleiter.²

Zweck der kapitalistischen Produktion ist nicht die Bedürfnisbefriedigung; die kapitalistische Akkumulation hat weder Konsum noch Schatzbildung zum Ziel, sondern die Kapitalverwertung, die Selbstverwertung des Werts. *Insofern ist die Bewegung des Kapitals, wie Marx formuliert, maßlos.*

Die privat organisierte gesellschaftliche Produktion reproduziert auf ständig erweiterter Stufenleiter eine Klasse von Menschen, die gezwungen ist, ihre Arbeitskraft als Ware anzubieten und eine Klasse von Menschen, in deren Händen sich mit dem Eigentum an Produktionsmitteln der von der anderen Klasse erarbeitete gesellschaftliche Reichtum konzentriert.

Dieser Prozess ist objektiv und nicht auf das subjektive Wollen des Kapitalisten als Träger dieses Prozesses zurückzuführen. Umgekehrt: Das subjektive Handeln des Kapitalisten ist Ausdruck dieses Prozesses:

Selbstverwertung des Werts, ständige Akkumulation, das ist das Grundgesetz des Kapitals. Durch die Konkurrenz wird dieses Grundgesetz des Kapitals den einzelnen Kapitalisten als Handlungsmaxime aufgezwungen. Sie sind - bei Strafe ihres Untergangs als Kapitalisten - gezwungen, ständig Kapital zu akkumulieren, die Mehrwertproduktion ständig auszuweiten. Grundvoraussetzung jeglicher Kapitalakkumulation ist die Aneignung unbezahlter Arbeit, die Produktion von Mehrwert. Die Ausweitung der Mehrwertproduktion entweder absolut durch Verlängerung der Arbeitszeit und der Arbeitsintensität, oder relativ durch Senkung des Werts der Ware Arbeitskraft oder auch die Herabdrückung ihres Preises unter ihren Wert ist daher ständiges Bestreben des Kapitals. Die Senkung des Werts der Ware Arbeitskraft geschieht durch Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit und damit verbundene Entwertung der Waren, die als notwendige Güter des individuellen Konsums die Wertbestimmung der Ware Arbeitskraft ausmachen.

Die Kapitalverwertung drückt sich für den einzelnen Kapitalisten aus im erzielten Profit - gemessen an seinem Kapitalaufwand. Um in der Akkumulation auf Dauer als Kapitalist bestehen zu können, muß sich sein Kapital im Schnitt mindestens mit der Durchschnittsprofitrate verwerten und um dies zu gewährleisten muß er ständig bemüht sein, Extraprofite über die Durchschnittsprofitrate hinaus zu erzielen. Dies führt zu einem Wettlauf der Einzelkapitale um die Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit, der das revolutionäre Moment des Kapitalismus ausmacht.

Dabei erfolgt die Akkumulation des Kapitals schubweise, zyklisch: Hohe Profite führen zu großer Ausdehnung der Produktion; dies verstärkt sich zunächst weiter, da mit der Ausdehnung der Produktion auch die Nachfrage und die Warenpreise wachsen; doch schließlich überflügelt die wachsende Produktion die Nachfrage, das Kapital kann seine Waren teilweise nicht mehr absetzen und damit seine Profite nicht mehr realisieren. Es kommt zur Krise, Preise fallen, Profite fallen, das Kapital hat überakkumuliert, unbeschäftigtes Kapital liegt brach neben unbeschäftigter

² In dieser prinzipiellen Darstellung des Gesamtumsatzes der kapitalistischen Gesellschaft wurde davon abgesehen, daß dieser Austausch vermittelt ist durch verschiedene Zwischenglieder und daß das Mehrprodukt auch die Basis für die Einkommen der nichtproduktiven Schichten, der Klasse der Grundbesitzer und der Staatseinnahmen bildet.

Arbeitskraft, es kommt zu starker Entwertung und Kontraktion des Kapitals. Nach der Krise folgt eine Phase der Stagnation, in der der Produktionsprozeß eingeschränkt ist und die Profite niedrig sind. Häufig angeregt durch die Erschließung neuer Märkte kommt es schließlich mit steigender Nachfrage zu wachsender Belebung und wieder steigenden Profiten; der Kreislauf beginnt auf erweiterter Stufenleiter von vorn.

Diese zyklischen Verwertungskrisen des Kapitals verbinden sich mit strukturellen Krisen:

Wenn auch die Bedürfnisbefriedigung nicht Zweck der kapitalistischen Produktion ist, so ist die kapitalistische Produktion doch an den gesellschaftlichen Stoffwechsel gebunden und hängt damit mittelbar doch mit der Befriedigung der Bedürfnisse zusammen, die sich jedoch in entfremdeter Form, als zahlungsfähige Nachfrage, geltend machen.

Für die Erneuerung des Lebensprozesses der Gesamtgesellschaft werden sowohl Produktionsmittel als auch Konsumtionsmittel in den richtigen Formen und Proportionen benötigt. Diese richtigen Proportionen stellen sich in der kapitalistischen Produktionsweise nur ein als Resultierende beständiger Disproportionen.

Die Waren müssen qualitativ und quantitativ bestimmte Bedürfnisse befriedigen können, um gesellschaftliche Anerkennung zu finden. Nur dann ist ihre Realisierung auf dem Markt möglich. Aber wieviel welcher Gebrauchswerte produziert wird, hängt von der Profiterwartung ab. Das Kapital strömt besonders in die Produktionszweige (und Gegenden), in denen eine überdurchschnittliche Profitrate zu erwarten ist. Dadurch wird die Produktion in den momentan profitabelsten Produktionszweigen ausgedehnt und es entstehen hier Warenmengen, die die unmittelbaren Realisierungsmöglichkeiten übersteigen. Es entsteht eine sektorale Überakkumulation von Kapital. Als Folge sinkt die Profitrate in dieser Anlagesphäre unter den Durchschnitt, Kapital in diesem Bereich wird vernichtet oder entwertet und fließt wieder ab in andere Bereiche, die nun einen höheren Profit versprechen. Aber der betroffene Produktionszweig ist Abnehmer von Waren eines anderen Produktionszweiges, der nun seine Waren auch nicht mehr realisieren kann und so kann die strukturelle Krise, wenn sie bedeutende Produktionszweige erfaßt, zur zyklischen Krise werden.

Mit der Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit im Verlauf der Akkumulation des Kapitals wachsen Masse und Gesamtwert der angewandten Produktionsmittel schneller als Masse und Gesamtwert der angewandten Arbeitskraft. Dadurch sinkt die allgemeine Profitrate der Tendenz nach. Da das Wertverhältnis der angewandten Produktionsmittel zur angewandten Arbeitskraft im Mittel schneller wächst als das Kapital selbst, fällt die Nachfrage nach Arbeit progressiv und es kommt im Verlaufe der Akkumulation zu einer die mittleren Verwertungsbedürfnisse des Kapitals übersteigenden überschüssigen Arbeiterbevölkerung, einer industriellen Reservearmee. *Tendentiell steigende Arbeitslosigkeit und tendentiell sinkende Profitrate sind daher notwendige Begleiterscheinungen der kapitalistischen Akkumulation.*

Der beschränkte Zweck der kapitalistischen Produktion, das Kapital als sich selbst erhaltender und verwertender Wert, seine unbeschränkte Vermehrung, tritt als Schranke der kapitalistischen Produktion in beständigen Konflikt mit der unbedingten Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit, die als bloßes Mittel der Kapitalverwertung erscheint, und nicht als Ausdruck einer stets sich erweiternden Gestaltung des gesellschaftlichen Lebensprozesses der Produzenten.

Die kapitalistische Produktion ist beständig bestrebt, ihre immanenten Schranken zu überwinden, aber, da sie ihre wahre Schranke, das Kapitalverhältnis selbst, aus sich nicht überwinden kann, überwindet sie sie nur durch Mittel, die ihr diese Schranken aufs neue und auf gewaltigerem Maßstab gegenüberstellen.

Die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion und der Produktivkraft der Arbeit, die Akkumulation des Kapitals und seine steigende organische Zusammensetzung, und schließlich der tendentielle Fall der Profitrate, dies alles sind Momente, die ein beständiges Größenwachstum der angewandten Einzelkapitale erzwingen. Neben der mit der Akkumulation einhergehenden Konzentration des Kapitals, fordert der Akkumulationsprozeß auch eine Zentralisation des Kapitals, die Verwandlung vieler kleinerer in weniger größere Kapitale. Konkurrenz, Kredit und Krise sind die mächtigen Hebel, mit denen sich diese notwendige Zentralisation durchsetzt, in der ein Kapitalist durch den anderen enteignet wird und die stets mit dem Untergang vieler kleinerer Kapitalisten endet, deren Kapitale teils in die Hand des Siegers übergehn, teils untergehn.

In dieser Weise setzt sich der Kapitalismus als eine seine eigene Basis ständig revolutionierende und alle vorhergehenden Produktionsweisen auflösende Produktionsweise in den letzten 200 Jahren weltweit durch.

Kapital aber ist keine Sache, sondern ein in der Zirkulation von Sachen erscheinendes auf dem Privateigentum und der Ausbeutung der Lohnarbeit beruhendes gesellschaftliches Verhältnis der Menschen zueinander. Kapitalistische Verhältnisse sind Klassenverhältnisse.

Gebrauchsgegenstände werden Waren, weil sie Produkte scheinbar voneinander unabhängig betriebener privat organisierter Arbeiten sind, Arbeiten, die aber als naturwüchsige Glieder der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit allseitig voneinander abhängig sind.

Im Wertverhältnis der Waren erscheint das arbeitsteilige gesellschaftliche Verhältnis der Menschen zueinander als sachliche Eigenschaft ihrer Produkte, erscheint „das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit als ein außer ihnen existierendes gesellschaftliches Verhältnis von Gegenständen.“³

Das gesellschaftliche Verhältnis der Menschen zueinander in ihrer Produktion ist nicht das Ergebnis einer bewußt abgestimmten Arbeitsteilung in der Gesellschaft, sondern das Ergebnis scheinbar unabhängig betriebener privater Einzelproduktion, von der sich erst bei der Realisierung des Warenwerts im Austausch zeigt, ob und inwieweit sie den gesellschaftlichen Bedürfnissen entspricht, ob und inwieweit die auf sie verwandte Arbeit als Bestandteil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit zählt. Das arbeitsteilige gesellschaftliche Verhältnis der Menschen zueinander wird erst sichtbar, wenn sich die Produkte auf dem Markt begegnen, im Tauschwert. Im Wertverhältnis der Produkte auf dem Markt tritt das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zueinander in Erscheinung. Die Wertgrößen wechseln beständig, unabhängig vom Willen, Vorwissen und Tun der Austauschenden. Deren eigene gesellschaftliche Bewegung besitzt für sie die Form einer Bewegung von Sachen, unter deren Kontrolle sie stehen, statt sie zu kontrollieren. Dadurch ist das gesellschaftliche Verhältnis der Menschen zueinander ihrer bewußten Kontrolle entzogen, die gesellschaftlichen Verhältnisse der Personen zueinander erhalten in der Warenform eine sachliche Form und beginnen ein Eigenleben zu führen, unabhängig vom Willen ihrer Produzenten.

Nun ist der Arbeitsprozeß in einer erweiterten Betrachtungsweise nicht allein Produktionsprozeß von Gebrauchsgegenständen, sondern zugleich Aneignungsprozeß der Natur und Reproduktionsprozeß der Gesellschaft. Das heißt, nicht nur die einzelnen Gebrauchsgegenstände verselbständigen sich in einer warenproduzierenden Gesellschaft gegenüber den sie produzierenden Menschen und werden vom Objekt zum Subjekt des gesellschaftlichen Prozesses, auch die weiteren Produkte der menschlichen Arbeit, die gesellschaftlichen Verhältnisse in denen wir leben und unsere gestaltete Umwelt nehmen uns gegenüber den Charakter einer fremden, uns beherrschenden

³ Karl Marx, Das Kapital, MEW 23, S. 86

den Macht an. Die Gesellschaft erscheint nicht als „Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“, sondern als etwas von den Gesellschaftsindividuen getrenntes und abstrakt gesetztes, als äußere Zwangsvergesellschaftung, die ihren Ausdruck in den Individuen fremd gegenüberstehenden Gesellschaftsorganen wie dem Staat finden, wo sich im Zweifelsfall das abstrakte „Allgemeinwohl“ auch auf Kosten der freien Entwicklung eines jeden durchsetzt, wo der menschliche Fortschritt noch, wie Marx sagt, „jenem scheußlichen heidnischen Götzen gleicht, der den Nektar nur aus den Schädeln Erschlagener trinken wollte“.

Mit der Warenproduktion erscheint den Menschen die eigene Gesellschaftlichkeit als äußerer Zwang, als Sachzwang ihrer Produktion; nicht die Menschen beherrschen ihre Produkte, sondern die Produkte beherrschen die Menschen in Form von Sachzwängen.

Der Wert ist ein verdinglichtes gesellschaftliches Verhältnis und zugleich ein versubjektiviertes Ding, Geld. Als sich selbst verwertender Wert, als Kapital, wird er ein prozessierendes verdinglichtes gesellschaftliches Verhältnis und zugleich versubjektivierter sachlicher Prozeß. Wie im Wert das arbeitsteilige gesellschaftliche Verhältnis der Menschen zueinander in der Produktion als Verhältnis von Sachen in der Zirkulation erscheint, so erscheint im Kapital das Ausbeutungsverhältnis der Menschen zueinander in der Produktion, das Klassenverhältnis, als ein naturgesetzlich bedingtes, durch die Bewegung von Sachen im Zirkulationsprozeß hervorgerufenes Verhältnis: Geld verwandelt sich in Ware, Ware rückverwandelt sich in mehr Geld.

Der Wert wird als Kapital zum automatischen Subjekt der bürgerlichen Produktionsweise.

Unter den Bedingungen der entfalteten Warenproduktion wird das Individuum seiner Gesellschaftlichkeit entfremdet; die individuellen Bedürfnisse müssen als Privatinteresse gegen den Rest der Gesellschaft durchgesetzt werden. Aber das Privatinteresse ist selbst schon ein gesellschaftlich bestimmtes Interesse und kann nur innerhalb der von der Gesellschaft gesetzten Bedingungen und mit den von ihr gegebenen Mitteln erreicht werden, ist also an die Reproduktion dieser Mittel und Bedingungen gebunden. Es ist die Beziehung des Einzelnen auf seine ihm als Sache - Ware, Geld, Kapital - fremd gegenüberstehende Gesellschaftlichkeit.

Durch die Gesetze der kapitalistischen Produktion formieren sich die Privatinteressen zu Klasseninteressen. Das Klasseninteresse der Kapitalisten wird speziell durch die Bildung der allgemeinen Profitrate, das Klasseninteresse der Arbeiter durch die Bildung der allgemeinen Mehrwertrate formiert. Durch die Bildung der allgemeinen Profitrate ist der einzelne Kapitalbesitzer an dem gesellschaftlichen Mehrprodukt im Verhältnis der Größe seines Kapitals zum gesellschaftlichen Gesamtkapital beteiligt. Sein Profit hängt nicht mehr nur ab von der Menge der Mehrarbeit, die er im eigenen Betrieb aus seinen Lohnarbeitern herauspreßt, sondern auch von der gesamtgesellschaftlichen Masse und Rate des Mehrwerts, sowie von der relativen Größe seines Kapitals. Daraus ergibt sich sein Interesse, das er als Klasseninteresse mit allen Kapitalisten teilt, die Ausbeutung, d.h. Rate und Masse des Mehrwerts, gesamtgesellschaftlich zu erhöhen. Sein Privatinteresse äußert sich hier als Klasseninteresse, aber sein Privatinteresse geht nicht im Klasseninteresse auf. Während sein Interesse an der gesamtgesellschaftlichen Erhöhung der Ausbeutung der Arbeiterklasse mit den Interessen aller anderen Kapitalisten gleichgerichtet ist, Klasseninteresse ist, richtet sich sein Interesse an der relativen Vergrößerung seines Kapitalanteiles gegen das seiner übrigen Klassengenossen.

Ähnlich formiert die allgemeine Mehrwertrate die Privatinteressen der Arbeiter innerhalb des kapitalistischen Systems zum Klasseninteresse - nur während das Klasseninteresse der Kapitalisten auf die Erhöhung der Mehrwertrate gerichtet ist, ist das Klasseninteresse der Arbeiter auf die Senkung der Mehrwertrate gerichtet - diese Interessen stehen sich antagonistisch gegenüber und

führen zu einem beständigen Kleinkrieg zwischen diesen beiden Klassen um die Wertgröße der Ware Arbeitskraft und die Bedingungen ihrer Ausbeutung. Dieser beständige Kleinkrieg ist ein *notwendiges Element* der kapitalistischen Produktionsweise. In Abhängigkeit von der Konjunktur und vom gesellschaftlichen Kräfteverhältnis zwischen den Klassen können Arbeitsbedingungen und Ausbeutungsgrad, Lohnhöhe und Profit, im Ergebnis dieses Klassenkampfes schwanken; aber dies sind nur quantitative Momente im Rahmen eines qualitativ unveränderten Gesamtgebildes, in dessen Grenzen die aufgezeigten Probleme grundlegend nicht lösbar sind. Kapitalismus ohne Ausbeutung und ohne Klassen kann es nicht geben.

Nicht persönliche Charaktereigenschaften, sondern die durch die kapitalistische Form der Vergesellschaftung hervorgerufenen Privat- und Klasseninteressen bestimmen im Wesentlichen das Handeln der Einzelnen, und im Ergebnis dieses Handelns setzen sich die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise hinter dem Rücken der Menschen durch.

Das Handeln der Lohnabhängigen gemäß ihrem Klasseninteresse, wie es bisher beschrieben wurde, ist notwendig, um ihr Überleben in der kapitalistischen Gesellschaft zu sichern, ist aber unzureichend, um das Ausbeutungssystem zu überwinden, das ihr Arbeitsprodukt ihnen entfremdet und in immer neue Mittel ihrer Ausbeutung verwandelt.

Nun tritt den Arbeitern ihre Gesellschaftlichkeit jedoch nicht nur im Verkauf ihrer Ware verdinglicht gegenüber, sondern, weil ihre Ware ihr *lebendiges Arbeitsvermögen* ist, das nicht von ihrer Person zu trennen ist, sind sie auch beim Konsum ihrer Ware durch den Käufer, das Kapital, aktiv beteiligt. Der Konsum der Ware Arbeitskraft findet statt im gesellschaftlichen Produktionsprozeß, der vom Arbeiter gesehen als Arbeitsprozeß, vom Kapital her gesehen als Verwertungsprozeß erscheint. Das Kapital organisiert den Produktionsprozeß zunehmend als gesamtgesellschaftlichen Produktionsprozeß. In der einzelnen Produktionsstätte wird die Arbeit unmittelbar vergesellschaftet, findet in direkter Kooperation mit anderen statt. Aber auch darüber hinaus wird die Produktion zunehmend gesellschaftlich; die Produktion in jedem einzelnen Betrieb ist ein Glied im Netzwerk der arbeitsteiligen gesellschaftlichen Gesamtproduktion und hängt über die benötigten Vorprodukte, Arbeitsmittel, Hilfsstoffe und Transportmittel, die wiederum ihre Vorprodukte, Arbeitsmittel und Hilfsstoffe benötigen, zunehmend mit der warenförmig über den Weltmarkt organisierten gesellschaftlichen Gesamtproduktion zusammen. In diesem Netzwerk der Einzelkapitale wird die Gesamtarbeiterklasse zunehmend zu *dem gesellschaftlichen Produzenten*, der in vermittelter Kooperation allen Reichtum, alle Produkte, die der Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse dienen, erzeugt.

Doch noch ist nicht die Befriedigung der Bedürfnisse Zweck der Produktion, sondern die Kapitalverwertung; eine partielle Befriedigung von Bedürfnissen ist dabei nur eine notwendige Randbedingung. Aber als Randbedingung ist sie immer vorhanden und gerät zunehmend in Konflikt mit den Bedingungen der Kapitalverwertung. Wo das Bedürfnis nicht als zahlungsfähige Nachfrage auftreten kann, kann es nicht befriedigt werden und ein Großteil der Arbeit dient nicht menschlichen Bedürfnissen, sondern allein dem Bedürfnis des Kapitals nach Selbstverwertung.

Auch für den einzelnen Lohnabhängigen ist der Zweck seiner Arbeit, daß er damit das Geld verdient, das er zum Leben braucht. Daß er dabei auch etwas Nützliches für andere Menschen herstellt oder zumindest herstellen könnte, daß er dabei in Kooperation mit allen anderen Lohnabhängigen alle Gebrauchswerte herstellt, die unmittelbar oder mittelbar der Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse dienen, ist eine Begleiterscheinung, in der jedoch die Sprengkraft verborgen liegt, die den Schlüssel zur Überwindung des Privateigentums darstellt.

Das Kapital als prozessierendes gesellschaftliches Verhältnis trennt zunächst den einzelnen Produzenten von seinen Produktionsbedingungen und setzt sich ihm gegenüber als die universelle Produktionsbedingung; es trennt die Individuen von ihrer Gesellschaftlichkeit und setzt sich ihnen gegenüber als das gesellschaftliche Subjekt; es macht die Arbeitenden zu Lohnabhängigen. Aber in diesen Trennungen, die es als Privateigentum verkörpert, faßt es als Einzelkapital die Lohnabhängigen zum gesellschaftlichen Teilarbeiter zusammen und verbindet sie als Gesamtkapital zum gesellschaftlichen Gesamtarbeiter in einem supranationalen gesellschaftlichen Produktionsprozeß, in dem alle voneinander abhängig sind. Und es entwickelt in den Händen dieses Gesamtarbeiters alle Verkehrs- und Kommunikationsmittel, mittels derer die Arbeiterklasse, *wenn sie sich nicht mehr nur als Klasse von Lohnabhängigen, sondern selbstbewußt als der gemeinschaftliche gesellschaftliche Gesamtproduzent versteht*, den gesellschaftlichen Produktionsprozeß auch unmittelbar gesellschaftlich organisieren kann, ohne Vermittlung durch Verlagerung des gesellschaftlichen Zusammenhangs vom Produzenten ins Produkt, ohne Waren-, Wert-, Geld- und Kapitalform der Produkte. Es bedarf nur noch der vollständigen Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln, d.h. der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Produzenten und der Ersetzung der geldvermittelten Austauschbeziehungen, die zwischen den Teilproduzenten und -konsumenten als Privateigentümern notwendig waren, durch direkte kooperative Beziehungen, um von einer Produktionsweise, in der der regelnde Zweck die Kapitalverwertung ist, zu einer Produktionsweise zu kommen, in der der regelnde Zweck der Produktion in den Bedürfnissen der gesellschaftlichen Individuen liegt. Das Kapital erzeugt sowohl die Notwendigkeit, als auch die Möglichkeit seiner Aufhebung.

Da das Kapital ein *prozessierendes* gesellschaftliches Verhältnis ist, ist der Kapitalismus kein „fester Kristall, sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus“⁴. Seine grundlegenden, bestimmenden Gesetzmäßigkeiten bleiben zwar gleich, aber sie äußern sich unter veränderten Bedingungen in veränderter, den Bedingungen angepasster Gestalt.

Als Reproduktionsprozeß der Gesellschaft bildet er eine untrennbare Einheit von Produktion, Verteilung und Konsumtion, wobei die Produktion das übergreifende Moment bildet. Die Ausbeutung vollzieht sich in der Produktion, auch wenn sie in den Verteilungs- und Konsumtionsverhältnissen zum Ausdruck kommt. Daher sind alle Versuche zum Scheitern verurteilt, die darauf gerichtet sind, durch bloße Veränderung der Verteilungsverhältnisse die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufzuheben. Die den Produktionsverhältnissen entsprechenden Verteilungsverhältnisse würden sich in kürzester Frist wiederherstellen. Ebenso sind alle Versuche zum Scheitern verurteilt, die das Kapitalverhältnis nur punktuell und nicht als gesamtgesellschaftliche Produktionsweise aufheben wollen.

⁴ Marx, Das Kapital I, Vorwort zur ersten Auflage, MEW 23, S. 16

II. Kapital und Staat

Kapitalistische Verhältnisse als Klassenverhältnisse gestalten sich unter bestimmten Rahmenbedingungen. Haben sich die einzelnen Warenbesitzer als solche anerkannt, so stellen sich ihre Beziehungen untereinander als bestimmte, sich ständig wiederholende Zusammenhänge dar und hiervon ausgehend bildet sich das Bedürfnis, „die täglich wiederkehrenden Akte der Produktion, der Verteilung und des Austausches der Produkte unter eine gemeinsame Regel zu fassen, dafür zu sorgen, dass sich der Einzelne den gemeinsamen Bedingungen der Produktion und des Austausches unterwirft“⁵.

Diese Regeln werden kodifiziert als Recht. Jedes Recht ist nur die Verallgemeinerung einer bestimmten *gesellschaftlichen* Praxis, die Kodifizierung praktischer Beziehungen zwischen *Menschen*. Doch wie in der auf dem Privateigentum gegründeten gesellschaftlichen Produktionsweise das Verhältnis der Menschen zueinander die Form der Selbstbewegung von Sachen annimmt, so erscheint auch das Eigentum selbst als Rechtsverhältnis gegenüber Sachen, Herrschaft über Sachen. Aber in ihm verbirgt sich ein Verhältnis zwischen Menschen. Ist einer Eigentümer einer Sache, so sind alle anderen Nichteigentümer an dieser Sache. Die Beziehung zu einer Sache als ein die anderen ausschließendes Exklusivitätsverhältnis ist ein Rechtsverhältnis zwischen Personen bezüglich dieser Sache: Der eine darf darüber verfügen, die anderen nicht. Es trennt nicht nur die Nichteigentümer von dieser Sache, sondern auch - bezüglich dieser Sache - die Eigentümer von den Nichteigentümern. Die gesellschaftliche Bedeutung des Privateigentums an Produktionsmitteln besteht darin, daß es die Produzenten *voneinander* trennt.

Durch eben diese Getrenntheit ist das Privateigentum an Produktionsmitteln auch nicht nur Herrschaft *über* Sachen, sondern zugleich ihr Gegenteil – *Beherrschung durch Sachen*, Herrschaft der Produkte über ihre Produzenten bzw. über die Eigentümer der Produktionsmittel, seien sie Privatkapitalisten, Aktiengesellschaften oder Belegschaften „selbstverwalteter“ Betriebe. Da sie miteinander nur über den Austausch ihrer Produkte verkehren, nehmen ihre gesellschaftlichen Beziehungen die Form ihnen äußerlicher sachlicher Verhältnisse und monetärer „Kosten“ an. Die gesellschaftliche Arbeit tritt als etwas von ihr selbst Verschiedenes in Erscheinung, als Wert- und Kapitaleigenschaft der Produkte. Das Verhältnis der Teilarbeit zur Gesamtarbeit erhält die Form des Tauscherts, des Preises, der gleichzeitig verbirgt, was er ausdrückt. Und diese verselbständigte Form bringt ebenso verselbständigte sachliche Zwänge hervor, denen sich die Menschen nicht entziehen *können*, solange sie an der Produktion für den Austausch festhalten. Nur als Privateigentümer können sie in der auf Privateigentum begründeten Gesellschaft existieren und als Privateigentümer müssen sie versuchen, ihre Privatinteressen gegen andre Privatinteressen durchzusetzen, indem sie den sachlichen Zwängen gemäß handeln.

Durch das Recht als Zivilrecht werden die praktischen Beziehungen zwischen den Privateigentümern normiert, legitimiert und stabilisiert. Grundlage ist die gegenseitige Anerkennung der Rechtssubjekte als freie Privateigentümer, unabhängig von der Qualität des Eigentums. Der Eigentümer von Produktionsmitteln muß den bloßen Eigentümer seiner selbst, seiner Leiblichkeit und seines Arbeitsvermögens, ebenso als Privatperson und Privateigentümer anerkennen wie umgekehrt. Da jedoch jedes Privateigentum jedem andren Privateigentum Grenzen setzt und die Verfolgung des Privatinteresses des einen die Verfolgung des Privatinteresses des anderen beschränkt, kann die Warte des bürgerlichen Rechts nicht die Warte spezieller Privat- oder Klas-

⁵ Engels, Zur Wohnungsfrage, MEW 18, S. 276

seninteressen sein. Die Warte des bürgerlichen Rechts ist die Warte des *Prinzips* des Privateigentums, unabhängig von jedem bestimmten Privateigentum. Als solches muß es über den konkreten Privat- und Klasseninteressen stehen und unabhängig von ihnen sein. Indem es zugleich jedoch das Prinzip des Privateigentums zu seiner Grundlage hat, dient es der Aufrechterhaltung der Klassengesellschaft. Es benötigt zu seiner Kodifizierung und Durchsetzung gesellschaftliche Institutionen, die gegenüber der wirklichen Gesellschaft mit ihren besonderen widerstreitenden Interessen die Gesellschaft als abstrakt-allgemeines verkörpern, eine öffentliche Gewalt. Die öffentliche Gewalt normiert im Zivilrecht die Methoden, mit denen das Privatinteresse verfolgt werden darf, und zwar in Form einer klassenenthobenen, allgemeingültigen bedingten Erlaubnis. Da diese Erlaubnis zugleich immer Beschränkung von Privatinteressen ist, muß die öffentliche Gewalt zugleich auch Wahrer des von ihr gesetzten Rechtes sein. Sie bedarf eines das Zivilrecht ergänzenden Strafrechtes und der Mittel zur Durchsetzung des von ihr gesetzten Rechtes, des Gewaltmonopols. Die öffentliche Gewalt, der Staat, schützt das Privateigentum vor gewaltsamen Übergriffen anderer Eigentümer, indem er sich setzt als die einzige Macht, die bedingt, zum Schutze des Prinzips des Privateigentums, gewaltsam ins besondere Privateigentum eingreifen darf.

Dadurch befestigt sich die Vorstellung, als verkörpere der Staat gegen die Einzelinteressen das Allgemeininteresse und sei als Verkörperung der Allgemeinheit Antipode, „Gegenmacht“ gegenüber dem Privateigentum. Doch dies ist Illusion. Unter den Bedingungen des Privateigentums und der dadurch erzeugten Trennung der Individuen von ihrer Gesellschaftlichkeit gilt: „Das allgemeine Interesse ist eben die Allgemeinheit der selbstsüchtigen Interessen.“⁶ Die im Staat verkörperte „Allgemeinheit“ ist nur eine „illusorische Form der Gemeinschaftlichkeit“, die sich den Individuen gegenüber „als ein ihnen 'fremdes' und 'unabhängiges', als ein selbst wieder besonderes und eigentümliches 'Allgemein'-Interesse geltend“⁷ macht. Der Staat ist nicht 'Gegenmacht' zum bürgerlichen Eigentum, sondern seine unentbehrliche Ergänzung, sein notwendiger Überbau.

Das Kapital hat den Staat allerdings nicht erfunden. Der Staat überhaupt ist historisches Produkt vorbürgerlichen Privateigentums und der mit ihm entstandenen Interessengegensätze zwischen Eigentümern und Nichteigentümern wie zwischen den Eigentümern selbst; und seine Formen haben sich mit denen des Privateigentums bzw. der jeweils zugrundeliegenden Produktions- und Verkehrsverhältnisse gewandelt. Auch das Kapital mußte den vorgefundenen Staat erst den eigenen Bedürfnissen unterwerfen und anpassen, ein immer noch andauernder Prozeß, der bereits weit über die Ebene der Nationalstaaten hinausgeht und der ebenso unumkehrbar wie unaufhaltsam ist.

Indem der Kapitalismus als eine seine eigene Basis ständig revolutionierende und alle vorhergehenden Produktionsweisen auflösende Produktionsweise sich in den letzten 200 Jahren weltweit durchsetzt, paßt er auch die vorgefundenen Rechtssysteme und politischen Institutionen den Bedürfnissen der Kapitalverwertung an. Beginnend in Europa löst er die feudalen Verhältnisse, die seiner Entwicklung Schranken setzen, nach und nach auf und schafft sich die politisch adäquaten Formen mit der Herausbildung der Nationalstaaten. Die bürgerlichen Staaten erfüllen die Aufgabe, die Reproduktionsbedingungen des Kapitals im Inneren sicherzustellen und nach außen die Chancen des heimischen Kapitals auf dem Weltmarkt zu stärken. Die parlamentarische Demokratie hat sich dafür als die geeignetste Form erwiesen: Die im Staate Handelnden, und zwar gerade diejenigen, die sich ernsthaft einbilden, im Interesse des Gemeinwohls zu handeln,

⁶ Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, MEW 42, S. 170

⁷ Marx, Engels, Die Deutsche Ideologie, MEW 3, S. 33f

können nicht anders, als die vom Kapital gesetzten „Sachzwänge“ zu bedienen, solange nicht das Kapitalverhältnis selbst zur Disposition gestellt wird. Denn wo alle Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit als Produktivkraft des Kapitals in Erscheinung treten, wo aller gesellschaftliche Reichtum die Form des Kapitals annimmt, muß der Dienst am abstrakt gefaßten Allgemeinwohl sich erweisen als Dienst am Kapital. Dadurch erweist sich die parlamentarische Demokratie als Form bürgerlicher Klassenherrschaft, als Diktatur des Kapitals.

Der bürgerliche Staat ist Staat des Kapitals, insofern er den Schutz und die Pflege des sich als Kapital betätigenden Privateigentums gewährleistet und gewährleisten muß. Er gewährleistet dies auch gegenüber dem Einzelkapital und dem Gesamtkapital. Daher existiert er als ideeller Gesamtkapitalist getrennt vom realen Gesamtkapitalisten, der Kapitalistenklasse. Er sichert sowohl die allgemeinen Existenzbedingungen des Kapitals als des sich selbst vermehrenden Privateigentums, als auch die Form, in der die inneren Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise sich äußerlich durchsetzen, die Konkurrenz, d.h. die Wechselwirkung der Kapitale aufeinander. Seine Parteinahme für's Kapital gilt in der Regel keinem bestimmten Kapitalisten, sondern dem Prinzip kapitalistischen Wirtschaftens. Er läßt die Verfolgung jedwedes Interesses zu, sofern es sich auf die Respektierung des Privateigentums verpflichten läßt. Darin ist er radikal und auf Gleichheit bedacht.

Der Staat verleiht den Individuen der bürgerlichen Gesellschaft, wie Marx bemerkte⁸, quasi eine doppelte Existenz. Als Bürger sind sie gleiche und freie *Teilnahmeberechtigzte* am gesellschaftlichen Leben. Als Kapitalist und als Lohnarbeiter, als Millionär und als Tellerwäscher sind sie *wirkliche* Teilnehmer. Im Bürger, im Citoyen, simuliert der Bourgeois seine Verbrüderung mit dem Proletarier, dem Lohnabhängigen, und suggeriert ihm, sich ebenfalls als Glied einer abstrakten Allgemeinheit zu begreifen. Der Staat erscheint so als eine vom konkreten Besitz unabhängige Gemeinschaft, in der die bürgerliche Gesellschaft in ihren praktischen Produktions- und Distributionsverhältnissen negiert ist, und die sie doch als Fiktion nötig hat, um die besonderen Interessen der Privateigentümer als allgemeine geltend zu machen und um die Lohnabhängigen zu zwingen, auch ihre Interessen nicht als Sonderinteressen zu verfolgen, sondern als dem „Gemeinwohl“ verpflichtete. Diese Gemeinschaft besteht auch keineswegs nur in der Einbildung, als Ideologie, sondern in der Staatsbürgerschaft und im Bürgerrecht erhält sie durchaus eine wirkliche Existenz. Ihre Realität erleben am spürbarsten die, die von ihr ausgeschlossen sind, wie einst die Juden und heute illegale und „papierlose“ Immigranten. Und doch bleibt sie eine illusorische Gemeinschaft, die die wirklichen Beziehungen der „Bürger“ nicht konstituiert, sondern diese voraussetzt, sie allenfalls beeinflußt, indem sie von ihnen abstrahiert.

Da die Gesetzgebung Ausdruck kapitalistischer Produktionsverhältnisse und damit von Klassenverhältnissen ist, kann der Staat nicht klassenneutral sein. Er ist Herrschaftsinstrument; seine Organe, Parlament, Regierung und Justiz sind Organe zur Aufrechterhaltung der herrschenden Verhältnisse und als solche gleichzeitig ihr integraler Bestandteil. Als Ausdruck und Überbau der durch ökonomische Gesetzmäßigkeiten bedingten Klassenverhältnisse, sind sie von diesen nicht zu trennen.

Bestimmt auch die ökonomische Basis den Überbau, so ist dieses Verhältnis kein schematisches. Es bestehen Wechselbeziehungen, die Organe des Überbaus können durchaus Impulse der ökonomischen Entwicklung geben. Als einzig zum Eingriff in das Privateigentum befugte Macht erhebt der Staat Abgaben, aus denen er seine Tätigkeit zur Gewährleistung der Reproduktionsbedingungen des Kapitals bestreitet. In dieser Funktion ist er zugleich eine ökonomische Macht,

⁸ Marx, Zur Judenfrage, MEW 1, S. 354

die im Gegensatz zum Privateigentum nicht unmittelbar dem Zwang der Kapitalverwertung unterworfen ist, sondern nur insofern, als der private Profit die Grundlage der Abgaben, Steuern, bildet. Er selbst macht keinen Profit; aber er muß dafür sorgen, daß Profit gemacht wird. Daher kann er z.B. durch eine antizyklische Finanz- und Wirtschaftspolitik den Tiefgang des Krisenzyklus dämpfen. Zugleich wirkt er über den Umfang der Staatsverschuldung, der einen großen Teil des fiktiven Kapitals ausmacht, auf das Teilungsverhältnis des Profits zwischen zinstragendem und industriellem Kapital ein.

Als einzig zum Eingriff in das Privateigentum befugte Macht erscheint der Staat als der große Umverteiler. Dies weckt die Begehrlichkeit, Einzel- oder Gruppeninteressen mit Hilfe der Staatsmacht durchzusetzen. Der Kampf um Einfluß auf der Ebene des Staates zur Durchsetzung von Sonderinteressen wird zum Spiegelbild der Konkurrenz in der wirklichen Gesellschaft. Über Personalunionen, Lobbyistentätigkeit, Korruption usw. können Sonderinteressen die Gesetzgebung beeinflussen, je nach Möglichkeit mit mehr oder weniger Erfolg, wobei die Möglichkeiten mit der Kapitalgröße steigen. Ebenso ist es auch möglich, je nach Kräfteverhältnis, parlamentarische Entscheidungen herbeizuführen, die die Interessen arbeitenden Klassen punktuell berücksichtigen. Doch auch als der große Umverteiler setzt der Staat das Privateigentum immer voraus und ist umverteiltes Privateigentum immer das Ergebnis.

In letzter Instanz bewegen sich alle Versuche, Sonderinteressen durchzusetzen, im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise. Der einzelne Politiker mag sich einer bestimmten Kapitalgruppe verschreiben, eine Regierung mag bemüht sein, einen Klassenkonflikt zu glätten, oder im Gegenteil auf Konfrontation zu setzen, letztendlich aber repräsentieren sie in ihrer *Gesamtheit* die Interessen des Gesamtkapitals und sind an dessen Bewegungsrahmen unlösbar gebunden und als Personifizierung dieser Verhältnisse jederzeit austauschbar, ohne dadurch die Verhältnisse selbst zu berühren.

Alle politischen und ökonomischen Forderungen, die auf größeren Anteil am gesellschaftlichen Gesamtprodukt zielen, sind Ausdruck der Klasseninteressen der Lohnabhängigen und haben ihre Lebensinteressen zum Inhalt. Sie beschränken sich aber auf die Verteilung und haben zwangsläufig den Konsum zum Inhalt. Aber Produktion, Verteilung und Konsum sind ein organisches Ganzes und bilden als solches die Grundlage der Produktionsweise.

Kapital als gesellschaftliches Verhältnis sich selbst reproduzierend, reproduziert sowohl die Verhältnisse der Produktion, der Verteilung und der Konsumtion, zwar auf ausgedehnterer Ebene, aber in den durch die Produktionsweise *bestimmten Schranken*.

Es ist illusorisch anzunehmen, durch eine andere Verteilung den kapitalistischen Produktionsprozeß „gerechter“ gestalten, oder auf dieser Grundlage eine andere „gerechtere“ Welt aufbauen zu können. Die Verteilung läßt sich aus den Produktionsverhältnissen nicht herausbrechen, ein Verhältnis, das in seiner Bewegung *objektiv maßlos* ist, läßt sich durch Moral weder messen noch kontrollieren, da die Moral letztlich auch nur Ausdruck dieser Verhältnisse ist.

III. Grundlinien der historischen Entwicklung des Kapitalismus bis heute

Das Kapital ist nicht aus sich heraus entstanden, sondern auf Basis der vorangegangenen, von ihm vorgefundenen gesellschaftlichen Verhältnisse. Es benutzt diese vorgefundenen Mechanismen und Verhältnisse, solange sie seiner Verwertung dienlich sind und löst sie auf, sobald sie ihm zur Schranke werden.

Daher gestaltet sich der konkret-historische Prozeß, die Entwicklung der konkreten Formen, Bedingungen und Schranken, in denen das Kapitalverhältnis erscheint, je nach den konkreten Ausgangsbedingungen, unterschiedlich. „Manchesterkapitalismus“ und „Rheinischer Kapitalismus“ sind unterschiedliche Ausprägungen desselben Verhältnisses, aufgrund unterschiedlicher vorgefundener historischer Gegebenheiten und Traditionen. Der Kapitalismus ist in den verschiedenen Ländern auf unterschiedliche Weise und in unterschiedlicher Form mit umgeformten Relikten der ihm vorausgehenden Produktionsweisen vergesellschaftet. Dies bezieht sich sowohl auf die Produktionsverhältnisse selbst, als auch auf ihren politischen und ideologischen Überbau. Das betrifft besonders die Struktur in schon vorkapitalistisch existenten und vom Kapital nur umgeformten Produktionszweigen (Landwirtschaft, Handwerk) und den Staatsapparat, aber auch die sozialen Sicherungssysteme, die Binnenstruktur des Kapitals (Verhältnis produktive Kapitalisten - Rentner, Eigenkapital - Fremdkapital, Struktur nach Kapitalgröße und nach Produktionszweigen) und die Binnenstruktur der Arbeiterklasse. Auch in der weiteren Entwicklung auf seiner eigenen Grundlage ist die konkrete Entwicklung des Kapitals von den konkreten historischen Bedingungen abhängig, die von Land zu Land unterschiedlich sind (Rohstoffbasis, Marktgröße, Steuerbelastung, Potential an Arbeitskräften).

Auf den ersten Blick gleichartige Phänomene können Ausdruck sehr unterschiedlicher Prozesse sein. Monopole z.B. können Relikte vorkapitalistischer Verhältnisse sein, oder Ausdruck einer künstlich forcierten nachholenden kapitalistischen Entwicklung, oder aber auch Ausdruck der Fortgeschrittenheit der kapitalistischen Vergesellschaftung. Es ist also bei der Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse genau zu prüfen, welche Prozesse sich im Einzelnen hinter den Phänomenen verbergen. Ohne diese Analyse hier im Einzelnen genau leisten zu können, wollen wir doch versuchen, die wichtigsten strukturellen Veränderungen in der Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus kurz zu skizzieren.

Der Motor der gesamten Bewegung liegt in dem maßlosen Ausdehnungsbestreben des Kapitals als sich selbst verwertender Wert. Die Ausdehnung des Kapitals ist die notwendige Folge der Maßlosigkeit seiner Bewegung. Dem Kapital geht es nicht um Konsum. Mögen auch seine personifizierten Träger im Überfluss leben, so ist dies letztlich für die Charakterisierung des Kapitalismus unerheblich. Auch die Ausbeuterklassen anderer Gesellschaftsformationen lebten im Überfluss. Während aber, wie Marx und Engels feststellten, die unveränderte Beibehaltung der alten Produktionsweise deren erste Existenzbedingung war, kann die Kapitalistenklasse nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse ständig zu revolutionieren. Das Bedürfnis nach stets ausgedehnterem Absatz jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel.

1. Unterordnung und Auflösung vorkapitalistischer Produktionsverhältnisse

Mit der Zusammenfassung einer größeren Anzahl von Lohnarbeitern in einem gemeinsamen Arbeitsprozeß entwickelt das Kapital durch die Kooperation die gesellschaftliche Produktivkraft der Arbeit, die als spezifische Produktivkraft des Kapitals erscheint, so wie die Kooperation selbst erscheint als eine spezifische Form des kapitalistischen Produktionsprozesses im Gegensatz zum Produktionsprozeß vereinzelter unabhängiger Arbeiter oder auch Kleinmeister. Die auf Teilung der Arbeit beruhende Kooperation schafft sich ihre klassische Gestalt in der Manufaktur. Als charakteristische Form des kapitalistischen Produktionsprozesses herrscht sie vor von von Mitte des 16. bis zum letzten Drittel des 18. Jahrhunderts. Ihre Grundlage ist die Zersetzung der handwerksmäßigen Tätigkeit in ihre verschiedenen Teiloperationen. Das Handwerk bleibt jedoch die Basis. Da das Handwerksgeschick die Grundlage der Manufaktur bleibt und der in ihr funktionierende Gesamtmechanismus kein von den Arbeitern unabhängiges objektives Skelett besitzt, ringt das Kapital beständig mit der Insubordination der Arbeiter. Zugleich konnte die Manufaktur die gesellschaftliche Produktion weder in ihrem ganzen Umfang ergreifen noch in ihrer Tiefe umwälzen. Sie war ein ökonomisches Kunstwerk auf der breiten Grundlage des städtischen Handwerks und der ländlich häuslichen Industrie. Ihre enge technische Basis trat auf einem gewissen Entwicklungsgrad mit den von ihr selbst geschaffenen Produktionsbedürfnissen in Widerspruch.

Mit der Entwicklung der Maschinerie und der großen Industrie vom letzten Drittel des 18. Jahrhunderts bis zum letzten Drittel des 20. Jahrhunderts schafft sich das Kapital als alle Bereiche durchdringendes gesellschaftliches Verhältnis seine eigene Basis. Es produziert nun seine eigenen Voraussetzungen - sozial, indem es die ländliche Hausindustrie zerstört und das städtische Handwerk in den Produktionszweigen, deren es sich bemächtigt, und dadurch die erforderlichen doppelt freien Lohnarbeiter schafft, technisch, indem auch seine technische Voraussetzung, die Maschinerie, Gegenstand seines eigenen Produktionsprozesses wird, und politisch, indem es die Vormacht des vorkapitalistischen Grundbesitzes und der Kirche, die Vormacht des Landes über die Stadt, und in den Städten die Vormacht der Gilden und Zünfte, das ganze System der Pfründe, Privilegien, alten Monopole und persönlichen Abhängigkeiten zerstört.

Auch die Bereiche, in denen das Kapital noch nicht direkt seine eigene Produktionsweise entfalten kann, ordnet es sich unter und macht sie von sich abhängig.

Die aufgrund der wesentlich höheren Produktivkraft der kapitalistischen Produktion wohlfeilen Preise sind, wie Marx sagt, die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt. Alle alten Produktionsweisen - sofern sie überhaupt ein marktgängiges Produkt liefern können - werden so, über den Austausch, mit der kapitalistischen Produktionsweise verbunden und indem der Austausch für sie zum Bedürfnis wird, wird er das Mittel zu ihrer äußeren Unterordnung unter die kapitalistische Produktionsweise und gleichzeitig das Mittel zur Umwandlung und Auflösung ihrer bisherigen selbstgenügsamen inneren Strukturen. Dies ist allerdings ein langwieriger und noch keineswegs abgeschlossener Prozeß. Aus dem Blickwinkel der Metropolen wird leicht übersehen, daß nach wie vor ein erheblicher Teil der Weltbevölkerung noch weitgehend in Formen selbstgenügsamer familiärer oder dörflicher Subsistenzwirtschaft lebt und noch kaum formell, geschweige denn reell unter das Kapitalverhältnis subsumiert ist, es erst mit seinen indirekten Wirkungen zu tun hat, die allerdings häufig katastrophaler sind, als die direkten Wirkungen, weil sie alte Lebensweisen zerstören, ohne neue zu schaffen. Auch in den Bereichen, in denen die kapitalistische Produktionsweise schon stärker direkt Fuß gefaßt hat, bleiben jahrhunderte alte gesellschaftliche und ideologische Strukturen vielfach noch wirksam und verbinden sich mit dem Kapitalverhältnis zu regionalen Sonderformen kapitalistischer Ausbeutung. Die Ungleichzeitigkeit der kapitalistischen Entwicklung, die dazu führt, daß das Kapital

in manchen Regionen seine historische Aufgabe noch kaum begonnen hat, während es sie in anderen weitgehend abgeschlossen hat, ist ein praktisches Problem unter dem Gesichtspunkt der Aufhebung des Kapitalverhältnisses.

2. Verwandlung der Mehrheit der Bevölkerung in Lohnabhängige und Veränderungen in Struktur und Zusammensetzung der Arbeiterklasse

Mit der Entwicklung des Kapitalismus bildeten sich zwei neue Gesellschaftsklassen heraus: Bourgeoisie und Proletariat. Die Bildung dieser beiden Hauptklassen ging einher mit einer Abnahme der mit Hilfe eigener Produktionsmittel selbst arbeitenden Produzenten, Bauern und Handwerker.

Im 20. Jahrhundert hat sich in Deutschland der Anteil der Kapitalisten an der Erwerbsbevölkerung von 3 auf 2 Prozent leicht verringert; der Anteil der selbständigen Kleinproduzenten ist von 35 auf 8 Prozent zurückgegangen (besonders stark im ländlichen Bereich und in den 50er und 70er Jahren), während die Anzahl der Lohnabhängigen von 62 auf 90 Prozent gestiegen ist.⁹ In den meisten entwickelten kapitalistischen Staaten ist die Durchkapitalisierung der Landwirtschaft und die Verwandlung von bäuerlichen Kleinproduzenten in Lohnabhängige erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einem relativen Abschluß gekommen.

Gleichzeitig haben wir es gegenwärtig mit Prozessen zu tun, die einerseits zu Differenzierungen im kapitalproduktiven Kern der Arbeiterklasse führen und andererseits die Lage der Arbeiter und Angestellten im kommerziellen Bereich und die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst der industriellen Arbeiter angleicht und sie z.T. sogar durch Privatisierung in produktive Arbeiter verwandelt.

Damit kann die Marx'sche Feststellung: „Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl.“¹⁰ heute erst die in ihrem Wortsinn implizierten Möglichkeiten entfalten.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts schien der Arbeiterbewegung im Hinblick auf die politische Hegemoniefähigkeit das Klassenbündnis mit den bäuerlichen Kleinproduzenten die entscheidende Frage. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts gilt es in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern zunächst die Aktionseinheit der Arbeiterklasse zu entwickeln; und in dem Maße, in dem die Lohnabhängigen eine über Kapitalherrschaft und Lohnabhängigkeit hinausweisende Perspektive einnehmen, in dem sie sich selbstbewußt als der gesellschaftliche Produzent verstehen und von diesem Verständnis aus die Produktion in die Hand nehmen, bieten sie auch den verbliebenen Kleinproduzenten eine attraktive Perspektive.

Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise verändert sich der Begriff des produktiven Arbeiters: „Das Produkt verwandelt sich aus dem unmittelbaren Produkt des individuellen Produzenten in ein gesellschaftliches, in das gemeinsame Produkt eines Gesamtarbeiters, d.h. eines kombinierten Arbeitspersonals, dessen Glieder der Handhabung des Arbeitsgegenstandes näher oder ferner stehen. Mit dem kooperativen Charakter des Arbeitsprozesses selbst erweitert sich daher notwendig der Begriff der produktiven Arbeit und ihres Trägers, des produktiven Arbeiters. Um produktiv zu arbeiten, ist es nun nicht mehr nötig, selbst Hand anzulegen; es

⁹ Quellen: Statistisches Bundesamt Deutschland, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, 2002; Der Imperialismus der BRD, FfM 1971, S. 336f; Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus, FfM 1972, S.667ff; Max Koch, Vom Strukturwandel einer Klassengesellschaft, Münster 1998, S. 45

¹⁰ Marx, Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4, S. 472

genügt, Organ des Gesamtarbeiters zu sein, irgendeine seiner Unterfunktionen zu vollziehen. ... Andererseits aber verengt sich der Begriff der produktiven Arbeit. ... Der Arbeiter produziert nicht für sich, sondern für das Kapital. Es genügt daher nicht länger, daß er überhaupt produziert. Er muß Mehrwert produzieren. Nur der Arbeiter ist produktiv, der Mehrwert für den Kapitalisten produziert oder zur Selbstverwertung des Kapitals dient.“¹¹

Die Zusammensetzung und Struktur der Arbeiterklasse selbst ändert sich mit der Entwicklung der Produktivkräfte. Mit dem Eintritt ins Zeitalter der Maschinerie und großen Industrie entwickelte sich der Kapitalismus auf der von ihm selbst geschaffenen Basis, in seinem eigenen Milieu. Als Maschinerie erhielt das Arbeitsmittel eine Existenzweise, welche Ersetzung der Menschenkraft durch Naturkräfte und erfahrungsmäßiger Routine durch bewußte Anwendung der Naturwissenschaft bedingte. Die große Industrie besitzt im Maschinensystem einen objektiven Produktionsorganismus, den der Arbeiter als fertige Produktionsbedingung vorfindet. Der kooperative Charakter des Arbeitsprozesses wurde nun also nicht mehr nur formell durch den Kauf vieler Arbeitskräfte durch einen Kapitalisten hergestellt, sondern durch die Natur des Arbeitsmittels selbst diktierte technische Notwendigkeit. An die Stelle der formellen trat die reelle Subsumtion unter das Kapital. Die Arbeit wurde weitgehend von der Voraussetzung spezialisierter handwerklichen Geschicks losgelöst und dem Tempo und Rhythmus der Maschinerie unterworfen. Die Scheidung von Hand- und Kopfarbeit wurde auf die Spitze getrieben. Diese Entwicklung, die mit der Entwicklung der großen Industrie begann, erreichte ihre höchste Ausbildung im Fordismus und Taylorismus.

An die Stelle der die Manufaktur charakterisierenden Hierarchie spezialisierter Arbeiter trat in der Fabrik die Tendenz zur Nivellierung der Arbeiten. „Die wesentliche Scheidung ist die von Arbeitern, die wirklich an den Werkzeugmaschinen beschäftigt sind ... und von bloßen Handlangern ... dieser Maschinenarbeiter. ... Neben diese Hauptklassen tritt ein numerisch unbedeutendes Personal, das mit der Kontrolle der gesamten Maschinerie und ihrer beständigen Reparatur beschäftigt ist, wie Ingenieure, Mechaniker, Schreiner usw. Es ist eine höhere, teils wissenschaftlich gebildete, teils handwerksmäßige Arbeiterklasse, außerhalb des Kreises der Fabrikarbeiter und ihnen nur aggregiert.“¹²

„Arbeitermassen, in der Fabrik zusammengedrängt, werden soldatisch organisiert.“¹³ „Die technische Unterordnung des Arbeiters unter den gleichförmigen Gang des Arbeitsmittels ... schaffen eine kasernenmäßige Disziplin, die sich zum vollständigen Fabrikregime ausbildet und die ... Arbeit der Oberaufsicht, also zugleich die Teilung der Arbeiter in Handarbeiter und Arbeitsaufseher, in gemeine Industriesoldaten und Industrieunteroffiziere, völlig entwickelt.“¹⁴

Mit diesen Veränderungen in der Struktur der Arbeiterklasse veränderten sich auch die Formen, in denen sie den Kampf für ihre Interessen führte. An die Stelle individueller Insubordination und lokaler Aufstände trat das einheitliche kollektive Handeln vermittelt durch gewerkschaftliche und politische Massenorganisationen. Die durch das Fabrikssystem eingeübte und ihm analog entwickelte Form disziplinierten, massenhaften gemeinsamen Handelns unter einheitlicher Leitung machte die Stärke dieser Organisationen aus. Sie unterschieden sich als Organisationsstruktur vom Fabrikssystem wesentlich nur dadurch, daß - zumindest formal - die Leitungen von den

¹¹ Marx, Das Kapital I, MEW 23, S. 531f

¹² Marx, Das Kapital I, MEW 23, S. 443

¹³ Marx, Engels, Das Manifest der kommunistischen Partei, MEW 4, S. 469

¹⁴ Marx, Das Kapital I, MEW 23, S. 446f

Mitgliedern gewählt wurden. Eine ihrer Schwächen lag darin, daß sie die Tendenz haben, die im Fabrikssystem eingeübte Teilung der Arbeit, besonders die Scheidung zwischen Hand- und Kopfarbeit, die Trennung zwischen Planenden und Ausführenden zu reproduzieren. Das koordinierte Handeln kommt nur zustande durch die steuernde Zentrale. Es entwickelt sich notwendig ein der Leitung aggregierter Apparat; der Dualismus zwischen Basis und Führung ermöglicht tendentiell eine Verselbständigung der Führung. Die Organisationen haben die Tendenz, sich von Kampforganisationen zur gemeinsamen Durchsetzung der gemeinsamen Interessen zu Organisationen der Interessenvertretung zu verwandeln.

Mit dem auf Grundlage der Mikroelektronik im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts einsetzenden Übergang zur weitgehenden Automatisierung der Produktionsprozesse beginnt ein ähnlich einschneidender Wandel in der Struktur der Arbeiterklasse, wie beim Übergang von der Manufaktur zur großen Industrie. Als lebendiges Anhängsel der Maschinerie wird der Arbeiter zunehmend entbehrlich, er tritt tendentiell als Wächter und Regulator neben den Produktionsprozeß, statt selbst sein Hauptagent zu sein. *Nach der manufakturmäßigen fachidiotisch-handwerklichen Spezialisierung und dann der tayloristisch-massenhaften Reduktion der Arbeit auf einfachste Handgriffe und ihre Unterordnung unter die Maschinerie wird nun das flexible selbständige Reagieren auf Störungen und wechselnde Erfordernisse des Produktionsprozesses zum an Bedeutung zunehmenden Anforderungsprofil an die Arbeitskraft im kapitalistischen Produktionsprozeß.*

Wie jede Revolution in der technischen Basis des Produktionsprozesses auf kapitalistischer Grundlage ist auch die gegenwärtige begleitet von einer sprunghaften zyklenübergreifenden Ausdehnung der Arbeitslosigkeit. Ihre nächsten Wirkungen auf die Arbeiterklasse bestehen in einer zunehmenden inneren Differenzierung. Das „numerisch unbedeutende Personal, daß mit der Kontrolle der gesamten Maschinerie und ihrer beständigen Reparatur beschäftigt ist,“ schwillt an und wird vom aggregierten zum integralen Bestandteil der Belegschaften. Die Stammbeschaften der Großbetriebe werden ausgedünnt und ergänzt durch eine sich ausweitende Zone mit extrem belastenden, niedrig entlohnten und sozial unsicheren Arbeitsverhältnissen. Die neuen Kommunikations- und Logistikapparate gestatten in Teilbereichen eine Deterritorialisierung der Arbeit, eine partielle Entgrenzung und Auflösung der Fabrik als Produktionsort.

Gleichzeitig entwickeln sich in einigen begrenzten Bereichen Formen neuer formell selbständiger Arbeit, die fatale Ähnlichkeiten haben mit der von Marx analysierten prekären, die Einführung der großen Industrie begleitenden „modernen Hausarbeit“, wobei der PC heute eine ähnliche Rolle spielt, wie damals die Nähmaschine. In diesen Bereich gehören die kleinen „Subunternehmen“ im Handwerk ebenso wie Programmierer und sonstige Dienstleister am heimischen Computer, Call-Center, Fahrradkuriere usw. Ihre Grundlage ist allgemein gesprochen die Entwicklung im Zwergformat anwendbarer Arbeitsmittel.

Das Ausmaß, die Dauerhaftigkeit und die Grenzen dieser Erscheinungen bedürfen noch einer eingehenderen Analyse.

Diese Entwicklungen stellen eines der Momente dar, die zur Krise der traditionellen Arbeiterorganisationen geführt haben. Doch gleichzeitig entwickeln sich aus ihr auch Möglichkeiten neuer Organisations- und Kampfformen, die tendentiell eine Aufhebung des Dualismus von Führung und Gefolgschaft ermöglichen, ohne das organisierte und einheitliche Handeln in Frage zu stellen. Dies ist jedoch vorerst nur eine Tendenz, für die sich gerade allererste Anhaltspunkte zeigen. Die Zeitdauer, die solche Veränderungen erfordern, ist nicht zu unterschätzen.

3. Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit, das Kapital als Schranke ihrer Entwicklung

Die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit bedeutet - bezogen auf die geschaffenen Gebrauchswerte -, daß weniger Arbeit erforderlich ist, um die gleichen Gebrauchswerte zu schaffen, und - bezogen auf die Arbeit -, daß mit der gleichen Arbeitsverausgabung mehr Gebrauchswerte geschaffen werden können. Sie ist das universelle Mittel der Entwicklung des gesellschaftlichen Menschen, der Entwicklung von Fähigkeiten, Fertigkeiten, Bedürfnissen und Mitteln ihrer Befriedigung. Daher konnten wir sagen, daß in dem Drang des Kapitals zur ständigen Revolutionierung und Weiterentwicklung der Produktivkräfte, die es braucht zur Produktion des relativen Mehrwerts, sein progressives Moment liegt. Aber das Kapital ist nicht nur Sporn für die Entwicklung der Produktivkräfte, sondern es hält die Entwicklung der Produktivkräfte zugleich im Zaum, fesselt sie, läßt sie nur in bestimmten Bahnen und Geschwindigkeiten sich vollziehen. Das Kapital bringt neue Produktivkräfte nicht dann zum Einsatz, wenn sie *überhaupt* Arbeit sparen, sondern nur dann, wenn sie *bezahlte* Arbeit sparen.¹⁵ Es verleibt sich die Produktivkräfte ein, läßt also die Produktivkräfte der Arbeit als Produktivkraft des Kapitals in Erscheinung treten und verwandelt sie so in Mittel der Ausbeutung, nutzt sie auch als Destruktivkräfte.

Mit der Entwicklung der Produktivkräfte verändert sich nicht nur - wie im vorigen Abschnitt beschrieben - die konkrete Arbeit und das System der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit, es ändert sich auch die erforderliche Mindestgröße der Einzelkapitale und Absatzmärkte, es steigt die Mehrwertrate und sinkt die Profitrate.

Wie der Kapitalismus die Produktion als gesellschaftliche Produktion entwickelt, so entwickelt er auch die Produktivkräfte als gesellschaftliche. Aber *das einzige Kriterium, unter dem die Produktivkräfte entwickelt werden, ist die Steigerung des privaten Profits. Dies ist das grundsätzliche Kennzeichen des kapitalistischen Typs der Produktivkraftentwicklung.*

Die Entwicklung der Produktivkräfte und die damit verbundene Revolutionierung der materiellen Basis der Produktion und Entwicklung neuer Bedürfnisse, die wechselnden Geschwindigkeiten, in denen sich dieser Prozeß vollzieht, sind eng verknüpft mit der Entstehung und Überwindung der zyklischen Realisierungskrisen des Kapitals.

Allgemein lassen sich folgende grundsätzlichen Zusammenhänge zwischen der stofflichen Beschaffenheit der materiellen Produktion und dem krisenhaften Wachstum der kapitalistischen Produktionsweise feststellen:

1. In dem wechselseitigen Zusammenhang der unterschiedlichen Sphären der Produktion gibt es in jeder größeren Entwicklungsperiode des Kapitalismus eine herausgehobene Sphäre, deren Entwicklung gewissermaßen die anderen Sphären regiert. Im 19. Jahrhundert stand die Baumwollindustrie im Zentrum der Entwicklung des Kapitalismus, nachgelagert fand die Entwicklung und Revolutionierung von Maschinenbau, Kohle und Stahl, Eisenbahnen, Dampfschiffen, Agrarproduktion, Düngemittelindustrie, Telegraphie, Elektroindustrie usw. statt. Seit dem zweiten Viertel des 20. Jahrhunderts steht die Automobilindustrie im Zentrum der Entwicklung, nachgelagert findet die Entwicklung und Revolutionierung der Mineralölindustrie, der Chemieindustrie, des Anlagenbaus, der Luft- und Raumfahrt, der Produktion technischer Konsumgüter, der Mikroelektronik usw. statt, sowie die weitere Revolutionierung der schon bestehenden Industrien.

¹⁵ s. Marx, Das Kapital I, MEW 23, S.413ff und Marx, Das Kapital III, MEW 25, S.271ff

2. Die Wachstumsrate einer Industrie ist in der Phase, in der sie erstmals produziert und sich einen Markt schafft von anderen Gesetzen bestimmt als in späteren Phasen, in denen sie hauptsächlich reproduziert. Mit der erstmaligen Produktion eines neuen Produktes geht die Produktion des Bedürfnisses nach ihm einher. Die Ausweitung der zahlungsfähigen Nachfrage eilt der Ausweitung der Produktion bald voraus und stimuliert die Wachstumsgeschwindigkeit der Produktion, die dann die Nachfrage einholt und überholt. Dieser Prozeß wiederholt sich mehrfach zyklisch auf stets wachsendem Niveau bis die zahlungsfähige Nachfrage nach diesem Produkt vorwiegend stationär wird und der Produktionsprozeß in seine vorwiegend reproduktive Phase tritt. Dann sind die industriellen Kapazitäten so weit entwickelt, daß die Produktion auf Schwankungen der zahlungsfähigen Nachfrage durch Ausdehnung oder Einschränkung unmittelbar reagieren kann. Der Kampf geht nun weniger um die Ausdehnung des Marktes, als um die Ausdehnung der eignen Anteile am vorhandenen Markt. Auch das impliziert natürlich die beständige Schaffung von Überkapazitäten im Verhältnis zur zahlungsfähigen Nachfrage. Aber primär muß nun die Akkumulation des Kapitals durch Anlage in anderen Sphären vonstatten gehen. Bei der Produktion von Produktionsmitteln ist dieser Unterschied zwischen der Phase der Ersteroberung des Marktes und der reproduktiven Phase meist noch stärker ausgeprägt, als bei der Produktion von Gütern des individuellen Konsums. Während bei der Produktion von Konsumgütern das Bedürfnis zuerst als Luxusbedürfnis in Erscheinung tritt und sich langsam verallgemeinert, wird das Bedürfnis des Kapitals nach einer neuen Generation von Produktionsmitteln, die die Produktivkraft der Arbeit erhöhen, schlagartig zum allgemeinen Bedürfnis der Branche, sobald es an einer Stelle in Erscheinung tritt.

3. Daraus resultiert ein Unterschied in der Art der Überwindung der zyklischen Überproduktionskrisen. Während in der Phase der Ersteroberung des Marktes durch ein Produkt die Depression überwunden wird durch Erschließung neuer Märkte und weitere Ausdehnung der Produktion hängt in der reproduktiven Phase die weitere Akkumulation des Kapitals davon ab, ob das Kapital sich neue Produktionszweige erschließen kann, in denen Bedürfnis und damit die Produktion noch große Wachstumsmöglichkeiten haben. Die Entwicklung neuer Produktivkräfte und somit neuer Bedürfnisse wird - neben der Ausweitungsmöglichkeit der Märkte - zu einer zweiten entscheidenden Voraussetzung für die Kapitalakkumulation und die Überwindung der Depressionsphasen.¹⁶

4. Der Aufbau von Produktionszweigen, die erst langfristig Profit abwerfen (klassisches Beispiel: der Eisenbahnbau), ist ein Mittel zur Schaffung von Nachfrage, ohne zeitgleich das Angebot zu erhöhen. Er ist auch ein Aufsaugungsmittel für überschüssiges Anlage suchendes Geldkapital. Gleichzeitig bedeutet er starke Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals und damit tendentiellen Fall der Profitrate.

Andererseits hat der Eisenbahnbau - zeitlich versetzt - entgegengesetzte Wirkung. Denn er verkürzt die Umschlagszeit des Kapitals und setzt dadurch Kapital als Geldkapital frei, das zuvor als Warenkapital in der Zirkulation gebunden war. Als Mittel zur Verkürzung der Umlaufzeiten anderer Waren bewirkt die Eisenbahn die Erhöhung der allgemeinen Profitrate, auch wenn ihre eigene Umschlagszeit aufgrund des hohen Anteils an fixem Kapital lang ist. Verkürzung der Umlaufzeit des Kapitals ist eine ganz entscheidende, dem tendentiellen Fall der Profitrate ent-

¹⁶ Wenn z.B. die Uneinholbarkeit der militärischen Überlegenheit der USA damit begründet wird, daß diese in einer Zeit hoher Wachstumsraten aufgebaut wurde und schon deshalb nicht wiederholbar sei, „weil die Quellen des Wachstums versiegt sind, die Weltwirtschaft sich in einer Phase anhaltender Stagnation befindet,“ (Leo Mayer, 17.04.04), dann läßt sich nur in dem hier entwickelten Kontext klären, worin denn diese ominösen Quellen des Wachstums liegen und wie anhaltend die Phase der Stagnation wirklich ist.

gegenwirkende Ursache. Während der Umlaufzeit ist das Kapital in der Zirkulation gebunden und kann nicht in der Produktion angewandt werden. Aber nur in der Produktion wird Mehrwert erzeugt. Produktionszeit und Umlaufzeit schließen sich wechselseitig aus, die Umlaufzeit ist die „negative Schranke“ für den Umfang, in dem das Kapital als produktives Kapital fungiert. „Je mehr die Zirkulationsmetamorphosen des Kapitals nur ideell sind, d.h. je mehr die Umlaufzeit = 0 wird, oder sich Null nähert, um so mehr fungiert das Kapital, um so größer wird seine Produktivität und Selbstverwertung.“¹⁷

Hier liegen - neben der Verdichtung der Poren des Arbeitsprozesses - entscheidende ökonomische Wirkungen von Internet, Just-in-time-Produktion und -Logistik usw. Die Durchsetzung der neuen Kommunikations- und Logistiktechnologien im Reproduktionsprozeß hat in den 80er und 90er Jahren des 20. Jahrhunderts zu einer nochmaligen erheblichen Verkürzung der Umschlagzeiten des Kapitals geführt. Damit gab es eine starke Gegenwirkung gegen den tendentiellen Fall der Profitrate. Marx: „Z.B. die Ware wird nach Indien geschickt. Dies dauert z.B. vier Monate. Wir wollen die Verkaufszeit = 0 setzen, d.h. die Ware sei auf Bestellung gesandt und werde bei Ablieferung an den Agenten des Produzenten gezahlt. Die Rücksendung des Geldes (die Form, in der es zurückgesandt wird, ist hier gleichgültig) dauert wieder vier Monate. So dauert es im ganzen acht Monate, bevor dasselbe Kapital wieder als produktives Kapital fungieren, dieselbe Operation damit erneuert werden kann.“¹⁸

Seitdem fand eine gewaltige Reduktion der Umlaufzeit statt, durch Suezkanal, Motorschiffahrt, Telegraphie, Luftverkehr, Internet usw. Heute sind diese 8 Monate auf großzügig gerechnet 3 Tage zusammengeschrumpft: 2 Tage Warenversand LKW-Flugzeug-LKW, 1 Tag elektronische Rücksendung des Geldes. In 8 Monaten konnte sich dieses Beispielkapital zu Marx' Zeiten einmal verwerten, heute kann es sich in der gleichen Zeit achtzigmal verwerten (die Produktionszeit mal beiseite gelassen). D.h. für dieses Beispiel lag in der Verkürzung der Umlaufzeit über 150 Jahre ein Potential, das einen Fall der Profitrate auf ein achtzigstel auszugleichen vermochte. Man sieht aber auch, daß mit der Reduktion der Umlaufzeit gegen ihr absolutes Minimum dieses Potential sich gegenwärtig erschöpft. Mehr als die Verkürzung der Umlaufzeiten auf „Echtzeit“ ist nicht zu erreichen; von diesem Blickwinkel aus ist zu erwarten, daß sich der tendentielle Fall der Profitrate in Zukunft beschleunigen wird.

Gleichzeitig wirken die neuen Kommunikations- und Transport- und Logistiktechnologien revolutionierend auf die Wechselwirkungsgeschwindigkeit der Märkte und die Bewegungsgeschwindigkeit des Geldkapitals und des zinstragenden Kapitals.

In den langen Umlaufzeiten lagen Potenzen für Spekulation und gegenseitige Überfüllung der Märkte, die heute nicht mehr in diesem Ausmaß wirksam sind. Das verändert den Verlauf der Krisenzyklen ebenso wie die anteilige Verschiebung vom warenproduzierenden zum dienstleistungsproduzierenden Kapital. Insofern Dienstleistungen nicht auf Vorrat produziert werden können, kann sich hier Überproduktion nicht derart akkumulieren, wie bei dinglichen Waren, das Dienstleistungskapital wird früher mit der Nase auf die „Überführung der Märkte“, wie Marx es nennt, gestoßen und früher entwertet.

Es gibt noch eine ganze Reihe weiterer Veränderungen, die modifizierend auf die Verlaufsformen des Krisenzyklus wirken. Wir wollen hier nur andeuten: Wer sich die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus mechanisch vorstellt als ein immer weiteres Aufschaukeln bis zu einer zerstö-

¹⁷ Marx, Das Kapital II, MEW 24, S. 127f

¹⁸ Marx, Das Kapital II, MEW 24, S. 254

rischen Endkrise, aus der nur noch der Sozialismus heraushilft, der macht sich ein falsches Bild. In der krisenhaften Entwicklung des Weltmarktes kommen die sämtlichen gegeneinander verselbständigten widersprüchlichen Bestimmungen des Kapitals in Bewegung und Wechselwirkung, durchkreuzen und vergessen sich, und stehen plötzlich als Schranken einander entgegen. Es geht um die Wechselwirkung vielfältigster Einflüsse. Um im Bild zu bleiben, können sich die Wellen mal gegenseitig auslöschen und mal zu einer Monsterwelle addieren. Wer genaue Aussagen über die ökonomische Entwicklung des Kapitalismus und seiner Widersprüche machen will, kann sich nicht auf die Untersuchung der Wertseite der Entwicklung beschränken; der kommt nicht umhin, auch die Gebrauchswertseite, die Wechselwirkungen mit der Produktivkraftentwicklung - auch nach ihrer technologischen Seite hin und deren Implikationen - ins Auge zu fassen. Jede Realisierungskrise ist immer nur eine relative, führt nicht aus sich heraus zum Zusammenbruch des Kapitalismus, weil die Wirkungen der Realisierungskrise ihre Ursachen aufheben.¹⁹ Aber ihr Verlauf, ihre Tiefe und Dauer hängen von einer Vielzahl konkreter, im einzelnen zu untersuchender Faktoren ab.

Krisen bedeuten also nicht das Ende des Kapitalismus, aber sie zeigen seine Beschränktheit. In den Krisen zeigt sich, daß das Kapital eine besondere Beschränkung der Produktion und der Entwicklung der Produktivkräfte enthält, die mit seiner eigenen Bestimmung der Maßlosigkeit, also seiner Tendenz, sich über jede Schranke der Produktion hinwegzusetzen, in Widerspruch gerät.

In der kapitalistischen Produktionsweise existieren die Phasen des Reproduktionsprozesses, Produktion, Zirkulation und Konsumtion, notwendig verselbständigt gegeneinander. Die Verselbständigung des Warenwerts im Geld ermöglicht die Verselbständigung von Kauf und Verkauf gegeneinander. Die Weiterentwicklung des Geldes im Kredit ermöglicht die Verselbständigung von Kauf und Zahlung gegeneinander. Im Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital werden lebendige und vergegenständlichte Arbeit, Produzenten und Konsumenten gegeneinander verselbständigt. Die Verselbständigung der Formen, die jedes Kapital nacheinander durchlaufen muß (produktives Kapital, Warenkapital, Geldkapital), zu selbständig fungierenden Einheiten, zu industriellem Kapital, Warenhandlungskapital, Geldhandlungskapital, und schließlich mit der Entwicklung des zinstragenden Kapitals die Verselbständigung des Kapitalbesitzes von der Kapitalfunktion im Gegensatz von Zins und Unternehmerngewinn, sind weitere Momente der Verselbständigung von Produktion, Zirkulation und Konsumtion gegeneinander.

Das innere Maß und die Grenze der Produktion liegt in der Produktion von Mehrwert, die beschränkt ist durch die Länge des Arbeitstages und die notwendige Arbeitszeit. Das innere Maß und die Grenze der Zirkulation liegt in dem vorhandenen Gegenwert, in dem der Wert realisiert werden kann; die Bedingung und Grenze der Realisierung von Mehrwert auf einem Punkt liegt also darin, daß auch auf einem anderen Punkt Mehrwert produziert wurde. Das innere Maß und die Grenze der Konsumtion liegt in den dem vorhandenen System der Bedürfnisse und Arbeiten entsprechenden quantitativen Proportionen der Gebrauchswerte. Produktion, Zirkulation und Konsumtion entwickeln sich also nach unterschiedlichen Maßstäben.

Aber Produktion, Zirkulation und Konsumtion existieren nur als aufeinander bezogene Phasen des Reproduktionsprozesses. Nur in der Produktion kann das Kapital sich verwerten, nur in der Zirkulation kann es sich als verwerteter Wert realisieren und nur im Durchgang durch die Konsumtion kann es sich als sich selbst reproduzierend erweisen, kann es akkumulieren. Abgesehen von ihren inneren Grenzen setzen sich die Phasen des Reproduktionsprozesses gegenseitig äußere Schranken. In den zyklischen Realisierungskrisen werden die gegeneinander verselbständigten

¹⁹ s. Marx, Das Kapital III, MEW 25, S. 261ff

Momente des Reproduktionsprozesses gewaltsam wieder aufeinander bezogen durch Entwertung und Vernichtung von produktivem Kapital und Warenkapital.

Kann kein Mehrwert produziert werden oder der produzierte Mehrwert nicht realisiert werden, dann kann überhaupt nicht produziert werden. Kann durch die Entwicklung der Produktivkräfte der Mehrwert nicht erhöht werden, dann können diese Produktivkräfte nicht entwickelt werden.

Trotz dieser immanenten Schranken hat das Kapital das System der gesellschaftlichen Produktivkräfte in einer Geschwindigkeit und in einem Maße entwickelt, wie keine Produktionsweise zuvor. *Diese Entwicklung des Produktivkraftsystems hat heute einen Punkt erreicht, an dem Quantität in neue Qualität umschlägt: Der Stoffwechselprozeß der Menschen mit ihrer Umgebung hat die Größenordnung globaler Naturprozesse erreicht.*

Äußerlich wird dies daran deutlich, daß erstmalig durch die menschliche Tätigkeit die Existenzgrundlagen der Menschheit insgesamt untergraben werden können und auch tatsächlich real gefährdet sind.

Damit gewinnt der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte und ihrer kapitalistischen, d.h. privaten Aneignung und Nutzung eine neue Dimension.

Entwicklung der Produktivkräfte der Arbeit bedeutet im Wesentlichen Ersatz lebendiger Arbeit durch vergangene, vergegenständlichte Arbeit und zwar so, daß die für einen gegebenen Zweck aufzuwendende Gesamtarbeit sinkt, d.h. daß die ersetzende vergegenständlichte Arbeitszeit kleiner ist als die zu ersetzende lebendige. Diese Beschreibung ist hinreichend genau, solange der Stoffwechselprozeß der Menschheit klein ist im Verhältnis zu den globalen Naturprozessen und daher im Wesentlichen mit einer natürlichen Reproduktion der natürlichen Produktionsbedingungen gerechnet werden kann. Solange dies der Fall ist, läßt sich mit Fug und Recht davon sprechen, daß Naturkräfte und Naturstoffe kostenlose Produktivkräfte sind, kann man sagen, Luft, Wasser, Stoffe aller Art in ihrem naturursprünglichen Zustand haben keinen Wert, da zu ihrer Produktion keine menschliche Arbeitskraft benötigt wird. In dem Maße nun, in dem durch die Größenordnung ihrer Vernutzung die natürliche Reproduktion dieser Stoffe nicht mehr gewährleistet ist, gewinnen sie einen Wert, der bestimmt ist durch die zu ihrer Reproduktion gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit. Solange sie jedoch noch in hinreichender Qualität und Menge von Natur aus vorhanden sind, werden sie nicht zur Ware, lassen sich nach wie vor gratis aneignen, denn ihre Nutzung findet privat statt, durch das Kapital, während ihre Reproduktion eine gesellschaftliche Aufgabe ist. Es findet hier praktisch neben der Ersetzung lebendiger Arbeit durch vergangene auch eine Substitution lebendiger Arbeit durch zukünftige statt, die im Gegensatz zur völlig bezahlten toten Arbeit und zur teilweise bezahlten lebendigen Arbeit nicht bezahlte und nicht geleistete Arbeit ist, ein ungedeckter Wechsel auf die Zukunft, Beraubung künftiger Generationen.

Beispiel: Giftige Produktionsrückstände werden in der Nordsee verklappt. Dies spart in großem Stil lebendige Arbeit, die notwendig wäre um diese Stoffe unschädlich zu machen, aufzuarbeiten und in den Stoffwechselkreislauf zu reintegrieren, bzw. um die Produktion so zu verändern, daß diese Stoffe gar nicht erst anfallen. Gleichzeitig erwächst hieraus für die Zukunft die in ihrem Umfang überhaupt nicht überschaubare Aufgabe der Entgiftung der Meere.

Dies zeigt: Der Kapitalismus ist nicht mehr in der Lage, die Produktivkraft der Arbeit richtig zu bewerten. Die von ihm hervorgebrachten gesellschaftlichen Produktivkräfte verlangen nach *gesellschaftlicher Bewertung*. Das Maß jedoch, das der Kapitalismus als einziges zur Beurteilung der Produktivität kennt, liegt in der privaten Aneignung der Produktionsergebnisse, ist der erzielte

Profit. Das profitable Verklappen ist aber Bestandteil einer höchst unproduktiven Produktion wenn man die unterschlagene zukünftige Arbeit mit in Rechnung stellt. So wird der Widerspruch der privat organisierten gesellschaftlichen Produktion zur Fessel der gesellschaftlichen Produktivkraftentwicklung und kann gesamtgesellschaftlich gesehen sogar zu entscheidenden Senkungen der Produktivkraft der Arbeit führen. Der kapitalistische Typ der Produktivkraftentwicklung wird damit auf der heute erreichten Stufe des Soffwechselprozesses zunehmend zu einer *Scheinentwicklung*, die durch einen unmittelbar gesellschaftlichen Typ der Produktivkraftentwicklung - Entwicklung der Produktivkräfte als „bloße Mittel für eine sich stets erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die Gesellschaft der Produzenten“²⁰ abgelöst werden muß.

Die Überlebtheit der kapitalistischen Produktionsweise zeigt sich durch nichts deutlicher als dadurch, daß beim heutigen Stand der Produktivkräfte der kapitalistische Typ der Produktivkraftentwicklung die Existenzgrundlagen menschlichen Lebens überhaupt gefährdet.

4. Der Weltmarkt

Märkte sind nicht die Orte der Produktion von Wert, sondern die Orte seiner Realisation. Sie bilden die Zentren der Zirkulationssphäre für Waren und Kapital, in denen Käufer und Verkäufer als Massen, als gesellschaftliche Aggregate, aufeinandertreffen, wo sich die Marktpreise bilden und wo die Marktwerte, bzw. die Marktproduktionspreise bestimmt werden. Sie sind die Schnittstellen zwischen den Einzelkapitalen. Märkte haben eine räumliche und eine zeitliche Dimension: Sie müssen das Zusammentreffen der aggregierten Käufer und Verkäufer ermöglichen. Ursprünglich ist auch die Anwesenheit der Ware auf dem Markt zur Prüfung ihrer Gebrauchswerteigenschaften und zum Händewechsel vom Verkäufer zum Käufer erforderlich. Da die eigentliche Warenmetamorphose jedoch nicht in ihrem Ortswechsel besteht, sondern im Wechsel des Besitztitels, können in dem Maße, in dem sich die Gebrauchswerteigenschaften der gehandelten Waren qualitativ normieren lassen, Marktplatz und Stapelplatz der gehandelten Waren auseinanderfallen. Eine weitere Tendenz zur Auflösung der räumlichen Dimension der Märkte ergibt sich durch die Entwicklung der modernen Telekommunikation.

Märkte bilden zwar die Sphäre der Zirkulation der Waren, aber sie sind dennoch auf die Produktion bezogen. Dies zeigt sich nachdrücklich an der Bestimmung der Marktgröße. Die Marktgröße ist bestimmt einmal durch die Masse der Konsumenten, und zum anderen durch die Anzahl der gegeneinander verselbständigten Beschäftigungsweisen,²¹ also vom Stand der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit in der Produktion abhängig. Betrachtet man den Markt als das Absatzgebiet einer Ware, so läßt sich die Marktgröße auch bestimmen durch die Bevölkerungsdichte und die räumliche Ausdehnung des Absatzgebiets als Peripherie im Verhältnis zur Produktionssphäre der Ware als dem Zentrum.²²

Die Herausbildung des Weltmarktes ist ebenso wie die Herstellung der inneren Märkte von Anfang an mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise verbunden. Der Weltmarkt ist „sowohl Voraussetzung als Resultat der kapitalistischen Produktion.“²³ Wie den Staat, so hat das

²⁰ Marx, Das Kapital III, MEW 25, S. 260

²¹ Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW 26.3, S. 265

²² Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW 26.3, S. 283

²³ Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW 26.3, S. 250

Kapital auch die Märkte nicht erfunden. Sie sind - wie der Staat - ein historisches Produkt vorbürgerlichen Privateigentums und bilden die Voraussetzung für die Entwicklung des Kapitals. Die Entwicklung des Kapitals verändert jedoch grundlegend die Funktion des Handels und der Märkte im Gesamtzusammenhang der gesellschaftlichen Reproduktion: „Der Handel erscheint hier nicht mehr als zwischen den selbständigen Produktionen zum Austausch ihres Überflusses vorgehende Funktion, sondern als wesentlich allumfassende Voraussetzung und Moment der Produktion selbst.“²⁴ Das Handelskapital als älteste Form des Kapitals vermittelt ursprünglich zwischen den einzelnen Märkten und konstituiert so den Weltmarkt.

Als Prozeß, in dem sich eine gesamtgesellschaftliche Produktion in Form von Privatproduktion durchsetzt, ist der Kapitalismus auf den Weltmarkt ausgerichtet, weil er erst hier die menschliche Arbeit *in ihrer Gesamtheit* ergreifen kann. Der Wert selbst erhält erst im Weltgeld seine adäquate Verkörperung, und erst in dem Maße, worin sich die konkrete Arbeit zu einer den Weltmarkt umfassenden Totalität verschiedener Arbeitsweisen entwickelt. Denn erst in der Form des Weltgeldes erscheint das Geld als wirklich allgemeines Äquivalent, das sich ohne weiteres in *jede* konkrete Form, in der menschliche Arbeit vergegenständlicht ist, verwandeln kann.

Die Maßlosigkeit seiner Bewegung treibt das Kapital dazu, alle stofflichen Potenzen der Produktion als Mittel seiner Selbstverwertung zu entdecken und zu mobilisieren. Es findet aber auf seinem angestammten Territorium nur ein begrenztes Stück Natur vor. Es muß sich daher von den Zufälligkeiten der auf seinem Territorium vorfindlichen Naturbedingungen emanzipieren und die ganze Erde zu seinem Laboratorium machen.

Doch diese maßlose Bewegung der Selbstverwertung des Kapitals muß als gesellschaftlicher Reproduktionsprozeß, als in sich widersprüchliche Einheit von Produktion und Zirkulation begriffen werden. Die Produktion von Wert und Mehrwert und seine Realisation fallen räumlich und zeitlich auseinander, unterliegen anderen Gesetzen und beschränken sich gegenseitig, aber bedingen einander. „Die Schöpfung von absolutem Mehrwert durch das Kapital - mehr vergegenständlichte Arbeit - hat zur Bedingung, daß sich der Zirkel der Zirkulation erweitert, und zwar beständig erweitert. Der an einem Punkt geschaffene Mehrwert erheischt die Schöpfung des Mehrwerts an einem anderen Punkt, gegen den er sich austausche“²⁵. Das Kapital dehnt jedoch nicht nur die Produktion und den Austausch beständig aus; es wälzt auch die technisch-soziale Basis des Produktionsprozesses laufend um, verringert dadurch die notwendige Arbeit und produziert so den relativen Mehrwert. Wie die Produktion des absoluten Mehrwerts die beständige Erweiterung des produktiven Zirkels der Zirkulation verlangt, so erfordert die Produktion des relativen Mehrwerts die ständige Erweiterung des konsumtiven Zirkels innerhalb der Zirkulation, u.a. durch die Produktion neuer Bedürfnisse, Entdeckung und Schöpfung neuer Gebrauchswerte, Produktion neuer Produktionszweige, damit Schaffung neuer Märkte für neue Warenarten.²⁶

Mit der Verwandlung der Produktion in kapitalistische schafft sich das Kapital einen inneren Markt; aber dessen zahlungsfähige Nachfrage bildet eine Schranke für seine maßlose Akkumulationsbewegung, die es mit der Expansion auf auswärtige Märkte überwindet.

In dem Maße aber, in dem ein Kapital auswärtige Märkte bedient, wird auch sein heimischer Markt ein Markt für auswärtige Waren. Es vertieft und entwickelt sich eine internationale Teilung

²⁴ Marx, Grundrisse, MEW 42, S.321

²⁵ Marx, Grundrisse, MEW 42, S.321

²⁶ vgl. Marx, Grundrisse, MEW 42, S.322f

der Arbeit. Auf jedem Binnenmarkt werden heimische und ausländische Waren, Besitztitel und Schuldverschreibungen gehandelt; jeder Markt ist - je nach Standpunkt - zugleich innerer und äußerer Markt und die Wechselwirkung zwischen den Märkten konkretisiert sich zum Weltmarkt. Wie auf den einzelnen Märkten Käufer und Verkäufer einer Ware als gewichtete Massen aufeinander wirken, so wirken auf dem Weltmarkt die einzelnen Märkte einer Ware als gewichtete Massen. Die größten Märkte für diese Ware bestimmen am maßgebendsten ihren Weltmarktpreis.

Der Weltmarkt ist aber keine Weltgesellschaft. Die universalistische Tendenz des Kapitals ist widersprüchlich: Einerseits produziert sie in der Durchsetzung gegen die vorkapitalistische Zersplitterung von Territorial- und Herrschaftsverbänden einen inneren Markt und dessen staatlichen Überbau im Nationalstaat, andererseits produziert sie parallel und nicht etwa historisch nachgelagert den die Nationalstaaten und ihre Binnenmärkte überlagernden Weltmarkt, *also die Abhängigkeit der Nationen voneinander*.

Um sich als Produktionsverhältnis entwickeln und reproduzieren zu können, braucht das Kapital - wie oben entwickelt - den Staat. Der Staat ist in seiner Notwendigkeit aus den Wert- und Kapitalbestimmungen herleitbar, aber nicht in seiner konkreten Form, seiner nationalstaatlichen Verfaßtheit. Die ist auf die spezifischen historischen Bedingungen zurückzuführen, unter denen sich das Kapital in Europa entwickelt hat, das heißt auf die bürgerliche Revolutionierung spätmittelalterlicher feudaler Territorialverbände. Die kapitalistischen Gesellschaften sind daher nationalstaatlich voneinander abgegrenzt und der Nationalstaat bildete den Rahmen der Entwicklung und Befestigung einer vereinheitlichenden kapitalistischen Vergesellschaftung. Umgekehrt bedeutete dies auch, daß die Nation damit einen gesellschaftlichen Inhalt bekam und kein reines ideologisches Konstrukt blieb, ungeachtet ihrer völkischen oder republikanischen Selbstmystifikation.

Aber der nationale Markt, obwohl Voraussetzung für die Entwicklung des Kapitals, begrenzte nie seinen Aktionsradius; es setzt seiner Expansionsfähigkeit nur eine Schranke, die es jederzeit überwindet.

Wodurch unterscheiden sich nun die Märkte als äußere Märkte von sich als inneren Märkten - und schließlich vom Weltmarkt?

Die inneren Märkte bilden sich auf der Grundlage relativ einheitlicher natürlicher und gesellschaftlicher Lebens- und Produktionsbedingungen. Die Konkurrenz, die freie Beweglichkeit des Kapitals und der Arbeitskraft und ihre Unterordnung unter einen einheitlichen Rechtsrahmen führt dazu, daß sich im heimischen Produktionsfeld der Märkte tendentiell relativ gleichartige Produktionsbedingungen durchsetzen: Die Wertbestimmungen der Ware Arbeitskraft, gegeben durch Preis und Umfang der historisch gegebenen Lebensbedingungen, Erziehungskosten, durchschnittliche Anzahl der Berufstätigen pro Familie gruppieren sich im jeweils nationalen Rahmen tendentiell um einen Durchschnittswert. Die Intensität der Arbeit und ihre Länge, bestimmt durch die durchschnittliche Wochenarbeitszeit, die Anzahl der Urlaubs- und Feiertage und die durchschnittliche Lebensarbeitszeit, gruppieren sich ebenfalls jeweils um einen nationalen Durchschnittswert. Gleiches gilt von den Abgaben an den Staat zur Aufrechterhaltung der allgemeinen Produktionsbedingungen. In den einzelnen inländischen Produktionszweigen setzt sich eine durchschnittliche Produktivität der Arbeit durch, die sich unter den Bedingungen des jeweils zugehörigen Systems der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit in einem nationalen Durchschnitt der Arbeitsproduktivität und der organischen Zusammensetzung des Kapitals niederschlägt. Auf dieser Grundlage bilden sich die inneren Märkte als der Rahmen, in dem sich die Mehrwertraten und Profitraten um nationale Durchschnittswerte gruppieren und ausgleichen.

Mit der Herstellung eines nationalen inneren Marktes sind die lokalen Märkte jedoch nicht verschwunden - im Gegenteil, die inneren Märkte bestehen in der Wechselwirkung der lokalen Märkte. Sind im Inneren die künstlichen Schranken für die freie Beweglichkeit von Waren, Arbeitskraft und Kapital (in Form von Zöllen, unterschiedlichen Währungen, Steuern oder Subventionen, Beschränkungen der inneren Migration usw.) weitgehend beseitigt und die technischen Voraussetzungen für die Beweglichkeit der gehandelten Waren gegeben, gleichen sich die unterschiedlichen Marktwerte bzw. Marktproduktionspreise weitgehend an zu nationalen Marktwerten. Die verbleibenden Unterschiede zwischen den lokalen Märkten haben ihre Gründe in den unterschiedlichen durchschnittlichen Transportkosten und Umschlagszeiten des Kapitals, die der unterschiedlichen durchschnittlichen Entfernung der lokalen Märkte von den Produktionsorten geschuldet sind, sowie der unterschiedlichen lokalen Oszillationen der Marktpreise um die Marktwerte.

Die Zeitdauer und Vollständigkeit dieser Ausgleichung kann allerdings für die einzelnen Waren sehr unterschiedlich sein; sie ist abhängig von dem Widerstand, den die stoffliche Natur der jeweiligen Ware ihrer Beweglichkeit entgegensetzt, und vom Entwicklungsstand der Konservations-, Transport- und Kommunikationsmittel, der Spekulation und des Normungswesens, mit denen dieser Widerstand überwunden wird. Je haltbarer und je leichter transportierbar eine Ware ist, desto schneller und vollständiger findet die Ausgleichung zwischen den Märkten statt. Die Geldmärkte einschließlich der Märkte für Anleihen, Aktien usw. sind daher die Märkte mit den schnellsten Wechselwirkungen untereinander und auch von Haus aus räumlich am konzentriertesten.²⁷ Die Wechselwirkungsgeschwindigkeit der eigentlichen Produktenmärkte ist schon etwas geringer und nach der Art der Produkte sehr differenziert. Die Arbeitsmärkte haben eine noch geringere Wechselwirkungsgeschwindigkeit.

Im Gegensatz zur relativen Vereinheitlichung der Produktionsbedingungen im Inneren kann von Land zu Land die Wertgröße der Arbeitskraft, die durchschnittliche Arbeitszeit, -intensität und -produktivität, das Verhältnis der Arbeitsproduktivitäten zwischen den einzelnen Produktionszweigen, sowie die Staatsquote stark wechseln.

Daraus resultieren zwischen den einzelnen nationalen - und soweit sie sich noch nicht herausgebildet haben auch lokalen - Märkten unterschiedliche Kostpreise, Unterschiede in den durchschnittlichen Mehrwert- und Profitraten und Unterschiede im relativen Wert des Geldes.

Bei der Betrachtung der Wechselwirkung der nationalen Märkte und ihrer Zusammenfassung als Weltmarkt, haben wir zu unterscheiden zwischen den Warenmärkten, den Geld- und Kapitalmärkten und den Arbeitsmärkten. In der Reihenfolge, in der sie historische Bedeutung erlangen, ist zu beginnen mit den Warenmärkten.

Während im Produktionsfeld des inneren Marktes gleiche Produktivkraft der jeweiligen eine Ware produzierenden Arbeiten als Normalfall gesetzt ist und sich tendentiell auch durchsetzt, ist auf dem Weltmarkt ihre Ungleichheit die Regel und hat auch eine relative Stabilität.

Ist im nationalen Rahmen die den Wert einer Ware bestimmende gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit nicht nur mathematischer Durchschnitt, sondern auch die Regel, von der nur wenige Produzenten nach oben und unten abweichen, so hat sie auf dem Weltmarkt - obwohl sie erst hier die wirklich notwendige Arbeitszeit darstellt, die für die Produktion erforderliche Zeit universeller gleicher menschlicher Arbeit - zunächst keine einheitliche Basis, ist nur gewichteter Durchschnitt der - aufgrund unterschiedlicher Produktivkraft - unterschiedlichen erforderlichen Arbeitszeiten in den verschiedenen Ländern.

²⁷ s. Marx, Grundrisse, MEW 42, S.205ff

Die gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeiten, die der Wertbestimmung einer Ware auf nationaler Ebene zugrunde liegen, haben also unterschiedliche Größen. Die hieraus resultierenden unterschiedlichen nationalen Werte bilden gewissermaßen noch unentfaltete Wertbestimmungen. Erst „im Welthandel entfalten die Waren ihren Wert universell“²⁸. Dabei affiziert das Erscheinen von Importwaren natürlich den nationalen Wert der entsprechenden heimischen Ware und nähert ihn ihrem Weltmarktwert an.

Beim Außenhandel findet ein Austausch zwischen Privatproduzenten aus Zonen unterschiedlicher Produktivkraft der Arbeit statt, Zonen, die in Form von Nationalstaaten konstituiert sind. Grundlage dieses Handels ist der Austausch gleicher Mengen universeller Arbeit. Aber die gleichen Mengen universeller Arbeit erweisen sich aufgrund der unterschiedlichen durchschnittlichen Produktivität als ungleiche Mengen nationaler, wirklich aufgewandter Arbeit.

Es tauschen sich auf dem Weltmarkt also ungleiche Arbeitsquanten aus, aber nicht ungleiche Werte. Es findet kein Werttransfer statt.

Unterschiede in der durchschnittlichen nationalen Produktivität sind kein Hindernis für den Handel zwischen den Ländern. Sie führen aber dazu, daß das Kapital aus dem produktiveren Land im Export - verglichen mit dem Binnenhandel - Extraprofiten erzielen kann, während es im Import Verluste erleiden muß. Und sie führen zu Unterschieden im relativen Wert des Geldes.

Entscheidend bei der Untersuchung der Bedeutung der Produktivitätsunterschiede für die Funktion des Weltmarkts ist nun aber die Tatsache, daß nicht nur die nationalen Durchschnitte der Produktivkraft der Arbeit unterschiedlich sind, sondern auch die Relationen der Arbeitsproduktivität zwischen den einzelnen Produktionszweigen in den verschiedenen Ländern. Dies erst stachelt den äußeren Handel an: Die produktivere Nation kann beim Export mehr gewinnen als sie beim Import verliert und die unproduktivere kann ihrerseits beim Import mehr gewinnen, als sie beim Export verliert. Dies führt zu einer internationalen Teilung der Arbeit, in deren Rahmen die unproduktivere Nation eine Weile auf ihrem Niveau verharren kann²⁹, während der unproduktivere Einzelproduzent im Rahmen des nationalen Marktes seine Produktivität anpassen oder untergehen muß.

Wenn wir den internationalen Warenhandel für sich betrachten und zunächst von den internationalen Bewegungen von Kapital und Arbeitskraft absehen, müssen Import und Export der Waren sich ausgleichen. In dem Maße, in dem sie sich nicht zu jedem Zeitpunkt ausgleichen, fließt die Geldware hin und her. Die regelmäßigen Schwankungsperioden zwischen Import und Export, die den unterschiedlichen Produktionszyklen der Waren entspringen und die unterschiedliche Dauer der Transaktionen aufgrund der Entfernungen der Märkte, sind zwei der Gründe, die im Fernhandel zur Herausbildung des Kredits und des Geldes als Zahlungsmittel in Form der Wechsel führte. Hierdurch wurden die Grundlagen gelegt für die enorme Entwicklung des Geldes als zinstragendes Kapital und des Bankwesens. Für den Fernhandel bedeutet die Entwicklung des Wechsels eine gewaltige Ökonomisierung. Nicht mehr jede Differenz zwischen Import und Export der einzelnen Handelsgesellschaft muß durch den Transport der Geldware und ihr Umschmelzen in die jeweils erforderliche Münze ausgeglichen werden. Stattdessen finden die Differenzen zwischen Export und Import nun ihren gesellschaftlichen Ausdruck in der Änderung der Wechselkurse, in der Austauschrelation der nationalen Währungen, in den Schwankungen der Währungen um ihren relativen Wert. „Im Wechselkurs - sosehr die Privatinteressen jeder Nation

²⁸ Marx, Das Kapital I, MEW 23, S. 156

²⁹ vgl. Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW 26.3, S.239

sie in ebenso viele Nationen teilen als sie fullgrown individuals besitzt und die Interessen der Exporters und Importers sich hier gegenüberstehn - erhält der Nationalhandel einen *Schein* von Existenz.³⁰ Waren zuvor die Herrscher der mittelalterlichen Territorialverbände - abgesehen von den ausgesprochenen Handels„nationen“ - am Handel wesentlich nur als Einnahmequelle in Form von Zöllen und Verkauf von Handelsprivilegien interessiert, so ändert sich dies nun. Der Schein von Existenz eines Nationalhandels im Wechselkurs ist einer der Ausgangspunkte für den Merkantilismus, für verstärkte staatliche Interventionen in Form von staatlich gegründeten Monopolgesellschaften im Fernhandel, mit Staatsgewalt für den Nationalhandel monopolisierten Seewegen, Handelsgebieten und Kolonien, Ein- oder Ausfuhrbeschränkungen, Währungsmanipulationen, usw.

Es entbrennt die Konkurrenz zwischen den sich bildenden Nationalstaaten um die Beherrschung des Fernhandels.

Ähnlich wie auf dem Binnenmarkt müssen auch für den Weltmarkt die Konkurrenzbedingungen geregelt werden, nur ist das hier nicht wie im Binnenmarkt Aufgabe des *einen* Staates als über den Konkurrenten stehender Macht, sondern der *mehreren* Staaten als mit einzelnen Konkurrenten verbundenen Mächten. Wir haben es hier also mit der Konkurrenz der Staaten untereinander zu tun, die über sich keinen Souverän mehr haben, die also wesentlich geregelt wird durch das gegenseitige Kräfteverhältnis. Die Durchsetzungsfähigkeit der jeweiligen Interessen ist dabei eine Sache des Kalibers der ökonomischen, politischen und militärischen Druckmittel, die zu Gebote stehen.

In dieser Konkurrenz der Staaten erringt in jeder Etappe der Herausbildung des kapitalistischen Weltmarkts eine Nation die Hegemonie: Im 15. Jahrhundert Venedig, im 16. Portugal, im 17. die Niederlande, im 18.-19. Jahrhundert England, im 20. Jahrhundert die USA.

Im Laufe dieser Entwicklung bildet sich zunächst das reine Kaufmannsvermögen als herrschende Form des Kapitals. Das Kapital hat sich der Produktionen, zwischen denen es vermittelt, noch nicht bemächtigt. Der Produktionsprozeß hat die Zirkulation noch nicht als bloßes Moment in sich aufgenommen. Das Handelskapital produziert keinen Mehrwert, sondern eignet sich nur fremdes Mehrprodukt an, einerseits durch Ausnutzung der natürlichen Unterschiede in der Produktivkraft der Arbeiten zwischen den verschiedenen Weltregionen, andererseits durch Übervorteilung der Produzenten, zwischen denen es vermittelt, und durch direkten Raub.

Mit der Ausweitung des Welthandels und der Märkte, der wachsenden gesellschaftlichen Teilung der Arbeit sowohl innerhalb der einzelnen Länder als auch international, der zunehmenden Verwandlung der Produktion in kapitalistische Warenproduktion, dem zunehmenden Bedarf der konkurrierenden Staaten an Ausrüstung für ihre Armeen - dies alles sind Ausdrucksformen eines einheitlichen Prozesses von Wechselwirkungen, nur einmal von der Seite der Zirkulation, einmal von der Seite der Produktion und einmal von der Seite der Konsumtion her betrachtet - greift das Kapital auf die Produktion über und die Funktionen des Kaufmanns, des Bankiers und des industriellen Kapitalisten beginnen sich zu trennen. War zunächst die Ausweitung der Märkte Anstoß für die kapitalistische Produktion, ist nun die kapitalistische Produktion der Anstoß für die Ausweitung und Diversifizierung der Märkte. Das Handelskapital wird dem industriellen Kapital untergeordnet. Diese Unterordnung fällt zeitlich zusammen mit dem Aufstieg Englands zur Hegemonialmacht. Hatten 100 Jahre zuvor die Niederländer noch einen Großteil ihres Profits mit dem Handel in Baumwolltuchen aus den traditionellen Hausindustrien Indiens nach Indonesien und Europa gemacht, so realisiert nun England einen großen Teil seiner Profite im Export seiner eignen industriell gefertigten Baumwolltuche nach Indien.

³⁰ Marx, Grundrisse, MEW 42, S.93

Hier ist nun der Zeitpunkt gekommen, wo wir über die Entwicklung der internationalen Warenströme hinaus auch den Blick auf die Entwicklung der Kapitalströme werfen müssen.

Mit der Entwicklung des Wechsels bildet sich eine Form des internationalen Kredits und damit des zinstragenden Kapitals heraus, den sich Händler untereinander geben. Mit der Herausbildung der Banken werden die Wechsel als Zahlungsmittel zirkulationsfähig und bilden das eigentliche Handelsgeld. Auf dem kommerziellen Kredit baut damit der Bankierskredit auf, durch den die Abhängigkeit der Saldierung vom Rückfluß des wirklichen Kapitals aufgehoben und die Akkumulation von Geldkapital als potentiell, leihbarem Kapital bei den Bankiers bewirkt wird, das nun auch für andere Formen als den bloßen Handelskredit zur Verfügung steht. Wir haben es daher zunächst mit zwei Formen von internationalen Kapitalflüssen zu tun: erstens dem Wechselhandel, der sich auf Grundlage des Warenhandels entwickelt, aber durch die erreichte Unabhängigkeit von den Rückflüssen des wirklichen Kapitals schon die Möglichkeit enthält, sich in fiktives Kapital zu verwandeln, und zweitens der Finanzierung ausländischer Staatsanleihen durch die Bankiers. Die ersten Formen des Kapitalexports, sind also wesentlich Formen des Exports von fiktivem Kapital - Kapital, das sich nicht durch die Produktion und Realisation von Mehrwert, sondern durch die Umverteilung von Mehrwert verwertet.

Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und der Unterordnung des Handelskapitals und des zinstragenden Kapitals unter das industrielle Kapital verändern sich die Quellen und reduzieren sich die Größen des Handelsprofits und des Zinses: Der Handelsprofit wird reduziert auf den Teil des vom industriellen Kapital produzierten Gesamtmehrwerts, der der relativen Größe des Handelskapitals am gesamten fungierenden Kapital entspricht; das Handelskapital zieht also entsprechend seiner Größe Durchschnittsprofit auf sich und bildet so einen Abzug vom industriellen Profit. Der Zins wird zum Ausdruck des jeweiligen quantitativen Teilungsverhältnisses des Bruttoprofites zwischen den fungierenden Kapitalisten und den Geldkapitalisten. Er ist in seiner Höhe bestimmt durch das Verhältnis zwischen Nachfrage der fungierenden Kapitalisten (und der Staaten) nach Leihkapital und Angebot an Leihkapital durch die Geldkapitalisten und befestigt sich qualitativ in der Teilung des Bruttoprofites in Zins und Unternehmergewinn.

Auf einer gewissen Stufe der Entwicklung reicht nun dem Kapital, das sich auf einem Punkt, England, gebildet hat, der Umfang der auswärtigen Warenproduktion für seine Produktions- und Realisierungsbedürfnisse nicht mehr aus. „Der an einem Punkt geschaffene Mehrwert erheischt die Schöpfung des Mehrwerts an einem anderen Punkt, gegen den er sich austauscht.“ Die im Ausland winkenden hohen Profitraten fordern gebieterisch die Anlage des akkumulierten Mehrwerts nun auch in produktives Kapital im Ausland.

Doch der Kapitalexport für produktive Anlagen gestaltet sich komplizierter als der Kapitalexport für Handelskredit oder fiktives Kapital, weil hierzu auch die Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise exportiert werden müssen. Kapital ist eben nicht eine Sache, sondern ein durch Sachen vermitteltes gesellschaftliches Verhältnis zwischen Personen. Das Eigentum an Geld, Lebensmitteln, Maschinen und andren Produktionsmitteln stempelt einen Menschen noch nicht zum Kapitalisten, wenn die Ergänzung fehlt, der Lohnarbeiter, der sich selbst freiwillig zu verkaufen gezwungen ist. Und an freien Lohnarbeitern mangelt es zunächst in den Kolonien.

Das aus der Zeit der Vorherrschaft des Handelskapitals vorgefundene Mittel der Sklaverei schafft in einem Teil der Kolonien zunächst Abhilfe: Wo der Fernhandel nicht wie in Asien an vorgefundene Formen von Warenproduktion anknüpfen kann, ist Versklavung der vorgefundenen Bevölkerung das erste Mittel zur Produktion von Waren auf Zucker- und Tabakplantagen und ergänzt die Tributabpressung; nachdem die vorgefundene Bevölkerung so weitestgehend dezimiert ist, beginnt der Sklavenimport aus Afrika nach Brasilien, der Karibik und den Südstaaten der

USA. Mit der Entwicklung der englischen Textilindustrie findet hier der Übergang von Tabak- zu Baumwollplantagen statt. In dieser „Sorte Kolonien - plantations -, von vornherein Handelsspekulationen, für den Weltmarkt produzierend, findet kapitalistische Produktion statt, obgleich nur formell, da die Negersklaverei die freie Lohnarbeit, also die Grundlage der kapitalistischen Produktion ausschließt. Es sind aber *Kapitalisten*, die das Geschäft mit Negersklaven treiben. Die Produktionsweise, die sie einführen, ist nicht aus der Sklaverei entsprungen, sondern wird auf sie gepfropft.“³¹ Doch diese Sonderform kapitalistischer Produktion, die nur innerhalb eines auf der freien Arbeit beruhenden Weltmarkts als Anomalie bestehen kann, verträgt sich nicht mit der für die Entwicklung des Kapitalismus so entscheidenden Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit.

Auch in der anderen Sorte von Kolonien³² sind der Entwicklung kapitalistischer Produktion zunächst enge Grenzen gesetzt, da hier eine wesentliche Voraussetzung fehlt, auf der sich der Kapitalismus in Europa entwickelt: Die Verwandlung des ganzen bebaubaren Bodens in Privateigentum. Mit fast derselben Geschwindigkeit, in der die Lohnarbeiter aus Europa in die Kolonien exportiert werden, verwandeln sie sich dort in selbstwirtschaftende Bauern und Handwerker und verschwinden vom Arbeitsmarkt.³³

Erst als im 19. Jahrhundert in den europäischen Zentren der kapitalistischen Entwicklung durch die industrielle Revolution eine im Verhältnis zu den Akkumulationsbedürfnissen des Kapitals stark anwachsende Überbevölkerung produziert wird und der Strom der Auswanderer anschwillt, verbessern sich in den Kolonien die Bedingungen für die Entwicklung des Kapitalismus. „Einerseits läßt der ungeheure und kontinuierliche Menschenstrom, jahraus, jahrein nach Amerika getrieben, stockende Niederschläge im Osten der Vereinigten Staaten zurück, indem die Emigrationswelle von Europa die Menschen rascher dorthin auf den Arbeitsmarkt wirft, als die Emigrationswelle nach Westen sie abspülen kann.“³⁴ Das Kapital muß hier zwar wesentlich höhere Löhne zahlen, als in Europa. Aber andererseits steht hier die Profitrate doch hoch, weil zum einen noch keine absolute Grundrente existiert, die die Profite schmälert und zum anderen aufgrund der Lohnhöhe auf besonders hohem Produktivitätsniveau produziert werden kann; die modernsten in England gefertigten Maschinen, die in ihrem Ursprungsland noch gar nicht rentabel einsetzbar sind, können hier angewandt werden.³⁵ Nach Marx wird bereits 1865 ein größerer Teil des in England produzierten Mehrwerts im Ausland in Kapital rückverwandelt als in England selbst.³⁶

³¹ Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW 26.2, S. 299

³² Kolonien im eigentlichen Sinne, als Gebiet mit jungfräulichem Boden, der durch freie Einwanderer kolonisiert wird. Insofern sind auch die USA bis nach dem amerikanischen Bürgerkrieg noch Kolonialland Europas. Weiter zählen hierzu in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika und mit starken Einschränkungen - weil ein Großteil des unbebauten Bodens sich hier bereits in den Händen alteingesessener Oligarchien befand - Argentinien, Uruguay und Südbrasilien.

³³ vgl. Marx, Das Kapital I, MEW 23, S 793ff und Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW 26.2, S. 297f

³⁴ Marx, Das Kapital I, MEW 23, S. 801 - Daß in den Kolonien die Lohnarbeit zunächst für den Einzelnen erscheint als Übergangsstadium auf dem Weg zum selbstwirtschaftenden Produzenten und nicht wie in Europa als lebenslange Perspektive, hat ebenso wie die Tatsache, daß hier der Kapitalismus sich nicht entwickelte auf Grundlage und im Kampf mit dem feudalen Grundeigentum, bis heute nachwirkende Folgen für die ideologischen Prozesse und eine im Vergleich mit Europa etwas unterschiedliche Ausprägung des Klassenbewußtseins.

³⁵ s. Marx, Das Kapital I, MEW 23, S. 414f

³⁶ Marx, Das Kapital I, MEW 23, S. 639

Der Kapitalexport kann auf verschiedene Weisen vor sich gehen. Diese Weisen unterscheiden sich nach der *Art des Kapitalflusses*, nach *Art der Kapitalanlage* und nach der *Art des ökonomischen Effekts*.

Nach der *Art des Kapitalflusses* ist zu unterscheiden:

- a) Ausfuhr von stofflichen Elementen des produktiven Kapitals nicht zum Zwecke des Verkaufs, sondern zum Zweck der Produktion im Ausland
- b) Kapitalanlage im Ausland mit dort realisiertem Kapital, also entweder als Folge vorangegangenen Warenexports oder als Akkumulation, als Reinvestition von im Ausland mit bereits exportiertem Kapital erzielten Profiten
- c) Kapitalanlage im Ausland mit zu diesem Zweck dorthin transferiertem Geldkapital.

Hier zeigt sich, daß die Kapitalströme nicht getrennt werden können von den Waren- und Geldströmen. Kapital kann nur strömen entweder in Form von Waren, als Warenkapital, oder in Form von Geld, als Geldkapital.³⁷ Als Warenstrom unterscheidet sich der Kapitalstrom vom Handelsstrom dadurch, daß kein entsprechender Rückfluß stattfindet. Als Geldstrom unterscheidet sich der Kapitalstrom vom Strom des internationalen Kauf- und Zahlungsmittels dadurch, daß er nicht Folge von vorangegangenen internationalen Transaktionen ist, sondern als neuer Vorschuß in die Zirkulation geworfen wird und kein entsprechender Rückfluß stattfindet.

In der Zahlungsbilanz einer Volkswirtschaft entspricht daher der Kapitalfluß im Saldo dem Teil des Leistungsbilanzungleichgewichtes, der nicht durch Veränderungen in der Devisenbilanz der Zentralbank, d.h. durch Bewegung von Weltgeld, ausgeglichen wird.

Der Grad der Ausgleiche der Im- und Exporte von Waren und Dienstleistungen wird in der Leistungsbilanz registriert. Gleichen sich Import und Export nicht aus, so führt das zu entsprechenden Veränderungen der Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland in der Kapitalverkehrsbilanz, bzw. zu einem entsprechenden Geldab- oder -zufluß in der Devisenbilanz der Zentralbank, sodaß es scheinen könnte, als sei eine ausgeglichene Leistungsbilanz ein Ausdruck dafür, daß die Austauschrelation zwischen den Staaten ihrem Anteil an der universellen Arbeit entspricht. Aber dabei wird übersehen, daß

1. aufgrund der ungleich entwickelten Produktivkraft der Arbeit gleiche Mengen der universellen Arbeit sehr ungleiche Mengen wirklich verausgabter nationaler Arbeit darstellen, daß in die Zahlungsbilanz
2. auch anderen Ländern abgepreßte Tribute eingehen, die dem abpressenden Land Importe ohne entsprechende Gegenleistung ermöglichen, und daß
3. der scheinbare Anteil einer Volkswirtschaft an der universellen Arbeit in der Zahlungsbilanz auch den Anteil ausländischer Arbeit umfaßt, der nach Kapitalexport diesem Kapital als Profit zufließt.

³⁷ Die internationale Beweglichkeit des Kapitals in Form des produktiven Kapitals ist weitgehend auf bewegliche Transportmittel wie Schiffe, Flugzeuge usw. einschließlich der ihnen einverleibten Besatzungen und auf nicht durch Bestandteile des fixen Kapitals ortsgebundene Produktionen, z.B. Montagearbeiten, beschränkt. Zwar können auch ganze Industrieanlagen zerlegt und in fremden Ländern wieder aufgebaut werden, aber während dieser Zeit wirken sie nicht als produktives Kapital und verwandeln sich sofern mit ihrem Export ein Besitzerwechsel verbunden ist, in Warenkapital. Die Verbindung des fixen Kapitals mit dem Produktionsstandort ist der Hinderungsgrund für die internationale Beweglichkeit des produktiven Kapitals, die dazu führt, daß Produktionsstätten in der Regel erst nach Abschreibung des fixen Kapitals ins Ausland verlagert werden können.

Nach *Art der Kapitalanlage* ist zu unterscheiden

a) Anlage als fungierendes Kapital, hierzu gehören

- 1) Gründung von Unternehmen oder Tochterfirmen des verarbeitenden Gewerbes und des Handels, oder Errichtung von auswärtigen Produktionsstätten
- 2) Aufkauf ausländischer Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes und des Handels oder wesentliche Beteiligung an ihnen.

b) Anlage als zinstragendes Kapital, hierzu gehören

- 1) Gründung, Aufkauf oder wesentliche Beteiligung an Kreditinstituten, Finanzierungsinstitutionen, Versicherungen, Beteiligungsgesellschaften
- 2) Kapitalanlage in Aktien ausländischer Unternehmen, ausländischen Wertpapieren, Fonds, Immobilien und sonstigen Formen fiktiven Kapitals
- 3) Kreditgewährung an ausländische Unternehmen oder Staaten

Von einer wesentlichen Beteiligung an ausländischen Unternehmen muß unterschieden werden der bloße Kauf von Aktien ausländischer Unternehmen, wobei die Abgrenzung in der Praxis nicht ganz einfach ist.³⁸ Bei letzterem handelt es sich häufig nur um die Verwandlung von notwendigen Reservefonds ausländischer Währung in die Form des fiktiven Kapitals.

Nach *Art des ökonomischen Effekts* ist zu unterscheiden zwischen

a) Bildung von fungierendem Kapital

b) Freisetzung von Geldkapital

Bei Gründung neuer Betriebe, Zeichnung von Aktien und Kapitalerhöhungen handelt es sich um dauerhafte, bei Vergabe von Krediten an fungierendes Kapital um temporäre Verwandlung von Geldkapital in fungierendes Kapital.

Bei dem Aufkauf von Betrieben und handelt es sich zwar von Seiten der Käufer ebenfalls um Verwandlung von Geldkapital in fungierendes Kapital, von Seiten der Verkäufer aber um Verwandlung von fungierendem Kapital in Geldkapital. Durch die Verwandlung von Geldkapital in produktives Kapital wird hier in anderer Hand ein entsprechendes Geldkapital freigesetzt. Das quantitative Verhältnis von Geldkapital und produktivem Kapital wird dadurch insgesamt nicht tangiert, sondern nur bezogen auf das jeweilige nationale Kapital.

Ebenso handelt es sich beim Kauf von Aktien, Wertpapieren, Immobilien usw. von Seiten des Käufers um Verwandlung von Geldkapital in fiktives Kapital und von Seiten des Verkäufers um Verwandlung von fiktivem Kapital in Geldkapital.

Das jeweils freigesetzte Geld muß sich, um sich als Geldkapital zu erweisen, seinerseits wieder verwandeln in fungierendes oder fiktives Kapital, wobei es entweder neues fungierendes Kapital bildet, oder aber selbst wieder Geldkapital in dritter Hand freisetzt, das sich nun wieder verwandeln muß, um sich als Kapital zu erweisen. Hier zeigt sich zum einen, daß Geld nur potentielles Kapital ist, Kapital für seinen Besitzer erst wird, wenn er es weggibt, und zum anderen zeigt sich,

³⁸ In der statistischen Erhebungen zur Aufstellung der Zahlungsbilanz werden gegenwärtig Beteiligungen von über 10% zu den ausländischen Direktinvestitionen gezählt.

daß nur durch die Verwandlung in fungierendes, letztlich in produktives Kapital zusätzlicher Mehrwert produziert wird, das Kapital sich also wirklich verwertet, während bei Dividenden- und Zinszahlungen auf fiktives Kapital und bei realisierten Kursgewinnen der bereits produzierte Mehrwert nur innerhalb der Kapitalistenklasse umverteilt wird.³⁹

Wir wollen hiermit zeigen, daß Kapitalexport nicht gleich Kapitalexport und ausländische Direktinvestition nicht gleich ausländischer Direktinvestition ist, sondern daß bei einer tragfähigen Analyse auch die spezifischen Unterschiede ins Auge gefaßt werden müssen.

Wie bereits angedeutet findet eine Verschlingung und Wechselwirkung zwischen den internationalen Waren-, Geld-, Kapital- und Arbeitskraftströmen statt. Dabei wird jeder dieser Ströme durch unterschiedliche Faktoren geregelt: Die Warenströme durch die Preisdifferenzen zwischen den Warenmärkten, die Menschenströme durch die Lohndifferenzen zwischen den Arbeitsmärkten, die Kapitalströme für Anlage als Geldkapital durch die Zinsdifferenzen zwischen den Geldmärkten, die Kapitalströme für Anlage als fungierendes Kapital durch die Differenzen in den Profitraten.⁴⁰ Die Geldströme ergeben sich als Resultierende dieser anderen Ströme.

Gleichfalls hatten wir schon dargestellt, daß sich mit der Weltmarktintegration die Preise auf den einzelnen nationalen Märkten sich nicht zum Weltmarktpreis ausgleichen, weil ihnen auch Abweichungen der Wertbestimmung in nationaler Arbeit von der Wertbestimmung in universeller Arbeit aufgrund der unterschiedlichen nationalen Produktivkraft der Arbeit zugrunde liegen und daher einheimische Waren, die nicht weltmarktfähig sind, auf dem heimischen Markt die Wertbestimmung der entsprechenden Ware noch erheblich mit beeinflussen.

Nun kommen wir zu der Frage, wodurch die Differenzen zwischen den nationalen Durchschnittsprofitraten und Lohnniveaus bestimmt werden.

Im Allgemeinen haben entwickeltere kapitalistische Länder eine höhere Intensität und Produktivität der Arbeit als weniger entwickelte. Die intensivere nationale Arbeitsstunde produziert mehr Wert, ausgedrückt in mehr Geld, und führt zu bedeutend höheren Mehrwert- und Profitraten in den entwickelteren Ländern, selbst bei wesentlich höheren Nominal- und Reallöhnen. Durch die produktivere nationale Arbeit wird diese Wirkung auf die Mehrwertrate noch vervielfacht, denn auf dem Weltmarkt wirkt die produktivere nationale Arbeit ähnlich wie die intensivere. Zusätzlich ergibt sich durch die unterschiedliche Produktivität ein Gefälle im relativen Wert des Geldes. Der relative Wert des Geldes ist im produktiveren Land geringer, d.h. die Warenpreise und Nominallöhne sind im kapitalistisch entwickelteren Land höher als im weniger entwickelten.

Gegenläufig hierzu wirken folgende Faktoren:

1. In den kapitalistisch weniger entwickelten Ländern sind Wert und Preis der Arbeitskraft häufig niedriger als in den entwickelteren.⁴¹

³⁹ Auch bei dem Streit um die Abfindungen bei der Mannesmann-Übernahme und der Diskussion um die Höhe von Vorstandsbezügen geht es nur um die Aufteilung der Beute zwischen Vorstand und Aktionären. Die Lohnhöhe und damit die Ausbeutungsrate würde sich durch niedrigere Vorstandsbezüge um keinen Cent ändern.

⁴⁰ Dies sind natürlich nur die grundsätzlichen auslösenden Faktoren, die von anderen Faktoren modifiziert werden. So kann bei Überfüllung eines Marktes die Ware auch zu Märkten mit niedrigeren Preisen fließen, können beim Kapitalexport strategische oder technische Überlegungen eine Rolle spielen und bei den Menschenströmen Sprachbarrieren, Aufgabe des bekannten familiären und sozialen Umfelds - von künstlichen staatlichen Hindernissen für die jeweiligen Ströme einmal ganz abgesehen.

⁴¹ Ausnahmen hiervon bildeten die Kolonien im ökonomischen Sinn, in denen die Löhne über denen der

2. In den weniger entwickelten Ländern⁴² ist die Arbeitszeit meist länger als in den entwickelteren.

Diese beiden Momente wirken auf die Unterschiede in der Mehrwertrate gegenläufig zur Wirkung der höheren Produktivkraft und Intensität in den entwickelteren Ländern. Sie bremsen die Auseinanderentwicklung der Mehrwert- und Profitraten. Gleichzeitig zementieren und verstärken sie den Unterschied in der Entwicklung der Produktivität, denn niedrige Löhne sind eine Schranke für die Entwicklung der Produktivkraft.⁴³

Insgesamt liegen daher in der Regel die Mehrwertraten in den entwickelten kapitalistischen Ländern deutlich und die Profitraten geringfügig höher als in den weniger entwickelten.⁴⁴

Daraus ergibt sich:

1. Das Kapital akkumuliert in der Regel schneller in den kapitalistisch weiter entwickelten Ländern und bleibt zunächst dort. Es fließt erst in die niedriger entwickelten, wenn es in den höher entwickelten keine produktive Anlage mehr findet.
2. Eine Ausnahme von dieser Regel bilden bestimmte Produktionszweige, deren Produktivitätsentwicklung in den weniger entwickelten Ländern bessere Bedingungen vorfindet: Bestimmte Arbeiten können in Ländern, deren durchschnittliche Produktivität im allgemeinen niedrig ist, dennoch eine sehr hohe Produktivität haben; dies ist besonders in den Produktionszweigen der Fall, in denen besondere Naturgegebenheiten einen wesentlichen Faktor der Produktivkraft bilden. Erdölförderung ist in Saudiarabien produktiver als in Deutschland, Teeanbau ist in Indien produktiver als in England usw. Daher fließt das Kapital in den weniger entwickelten Ländern zunächst in die Industrien, die dort besonders produktiv und für den Markt der entwickelteren Länder von Interesse sind. Monokulturen und die Abhängigkeit der Volkswirtschaften dieser Länder von einzelnen Produktionszweigen sind die Folge.
3. Darüber hinaus verspricht in den niedriger entwickelten Ländern nur der Export in die höher entwickelten Länder durch das Gefälle im relativen Geldwert Profite, die denen in den entwickelteren Ländern entsprechen, oder sie gar übertreffen. Das Kapital, das in die weniger entwickelten Länder fließt, fließt daher dort primär in die Produktion für den Export und in deren infrastrukturelle Voraussetzungen.
4. Auf dieser Grundlage bildet sich eine internationale Teilung der Arbeit heraus, in der sich die hochproduktive Arbeit weiter in den entwickelteren Staaten und die weniger produktive in den weniger entwickelten Staaten konzentriert.

entwickelten kapitalistischen Staaten lagen; s.o.

⁴² von den weitgehend unentwickelten wird hier abgesehen

⁴³ Die Propaganda der Kapitalisten und ihrer Wirtschaftswaisen stellt diesen Zusammenhang auf den Kopf, wenn sie etwa behaupten, weil die Produktivität im Osten Deutschlands geringer sei, müßten dort die Löhne niedriger und die Arbeitszeiten länger sein. Umgekehrt: Weil dort die Löhne niedriger und die Arbeitszeiten länger als im Westen sind, wird dort auch die Produktivität im Durchschnitt niedriger bleiben; unter den Bedingungen des Lohngefälles zum Westen lassen sich im Osten Produktionsstätten mit höchster Produktivität nur durch künstliche Verbilligung des fixen Kapitals, etwa durch öffentliche Zuschüsse für Anlageinvestitionen, etablieren.

⁴⁴ Bezüglich der allgemeinen Profitraten ist einschränkend zu berücksichtigen, daß sie bei nur geringfügigen Unterschieden aus dieser grundsätzlichen Bestimmung ganz wesentlich von anderen Faktoren mitbestimmt wird, in erster Linie durch die Größe der nichtproduktiven Klassen und Schichten einer Nation, deren Einkünfte einen Abzug vom Gesamtmehrwert bilden, und durch die Höhe der Steuern, die ebenfalls einen Abzug vom Gesamtmehrwert bilden. Das konkrete Bild beim Vergleich nationaler Durchschnittsprofitraten kann also gegenüber dieser allgemeinen Bestimmung im einzelnen wesentlich verschoben sein.

5. Durch diese „Zulieferproduktion“, von außen induzierte Bildung kapitalistisch-industrieller Sektoren in den weniger entwickelten Ländern, wird auch in ihnen ein Markt geschaffen, der zum Teil auch die Warenproduktion im Land selbst befördert, im wesentlichen aber einen Markt bildet für Exporte aus den entwickelteren Ländern.
6. Diese Entwicklung führt zu einer Dreiteilung der Welt: In Länder eines hochentwickelten Kapitalismus mit hochentwickelter Produktivität, in weniger entwickelte Länder, die sich in Abhängigkeit von den ersteren entwickeln, die eine geringere durchschnittliche Produktivität haben und in denen sich die arbeitsintensivere, weniger produktive Produktion konzentriert, und eine dritte Gruppe, die weitgehend von der kapitalistischen Entwicklung abgekoppelt ist. Der Abstand zwischen diesen Gruppen wird im Allgemeinen nicht geringer, sondern er wächst.

Diese allgemeinen Gesetzmäßigkeiten werden natürlich im konkreten Geschichtsverlauf vielfach modifiziert, in erster Linie, weil die ökonomischen Antriebsmomente selbst widersprüchlich bestimmt sind, wie wir an einigen Punkten gezeigt haben, in zweiter Linie, weil auch außerökonomische, politische Momente auf die Weltmarktentwicklung wirken.

Politische Einwirkung auf die Weltmarktentwicklung ist so alt wie der Weltmarkt selbst. Die ursprüngliche Ermöglichung der Bildung von Märkten durch die Gewährung von Marktrechten, die Ausstattung der Märkte mit Privilegien (Stapelrecht), die Sicherung der Handelswege, die Gewährung von Handelsprivilegien und Erhebung von Zöllen im Mittelalter sind Ausdruck dessen, daß hier die Ökonomie der Politik noch untergeordnet ist. Mit der Entwicklung des Kredits beginnt wie oben dargestellt die Verselbständigung von Politik und Ökonomie in die politische Ökonomie als Nationalökonomie, die ökonomische Konkurrenz der Nationen, und die ökonomische Politik, die politische Konkurrenz der Staaten. Diese beiden verselbständigten Momente sind voneinander abhängig und schaffen den Weltmarkt, der sich in der Folge als kapitalistischer Weltmarkt entfaltet. Kolonialsystem, Zölle, Privilegien usw. existieren also bereits vorkapitalistisch, sie gewinnen aber im Kapitalismus neue Funktionen.

Die kapitalistische Weltmarktentwicklung ab 1825 läßt sich in folgende Phasen unterteilen⁴⁵:

1. Phase: 1825-1875. Dies war die Phase der absoluten Vorherrschaft Englands auf dem Weltmarkt. Der Vorsprung des englischen Kapitals in der Produktivkraftentwicklung, die daher unterdurchschnittlichen Produktionskosten waren das Mittel, mit dem es jeden Markt erobern konnte. Zölle und Handelsbeschränkungen standen ihm dabei im Wege. Auch hatte es keine Notwendigkeit, die von ihm bereits eroberten Märkte gegen auswärtige Konkurrenz zu schützen, denn sein Produktivitäts- und Akkumulationsvorsprung waren Schutz genug. Es war daher im Prinzip liberal, freihändlerisch, antikolonialistisch.⁴⁶ Anders seine unproduktivere Konkurrenz in

⁴⁵ Bei der Darstellung der Phasen des Weltmarktes in diesem Abschnitt konzentrieren wir uns auf die für die Entwicklung der Weltmarktbedingungen im jeweiligen Zeitraum maßgeblichsten Länder. Insofern ergibt sich ein grobes, etwas schematisches Bild. Durch die Einbeziehung der wirtschaftspolitischen Reaktion wichtiger anderer Ländergruppen auf die hier dargestellten, von den maßgeblichsten Ländern gesetzten Bedingungen würde sich ein differenzierteres Bild ergeben und besonders würden die Möglichkeiten und Grenzen von Konzepten nationaler ökonomischer Entwicklung im Rahmen der vom Weltmarkt diktierten Bedingungen deutlicher werden. Dies konnte hier jedoch nicht geleistet werden und bleibt weiteren Vertiefungen vorbehalten. Was die Gegenwart betrifft, wäre eine Ergänzung durch eine Einschätzung der Entwicklung Chinas unumgänglich.

⁴⁶ Die in England vorhandenen Importbeschränkungen für billiges Getreide verteuern dem englischen Kapital die Arbeitskraft und die Kolonien gelten ihm als bloße Kostenfaktoren, die den Staatshaushalt gefährden. Beides ist nur im Interesse der Grundbesitzer und des alten Geldadels der Kolonialcompanien.

den Ländern in denen der Kapitalismus noch in den Kinderschuhen steckte. Ihr ermöglichten Schutzzölle die Konkurrenzfähigkeit mit dem produktiveren ausländischen Kapital und schufen ihm die Möglichkeit, das ausländische Kapital in der Entwicklung der Produktivkraft einzuholen.⁴⁷

Diese Phase der Weltmarktentwicklung wurde im vorigen Abschnitt bereits als die Phase charakterisiert, in der die Entwicklung der Textilindustrie den Ton angab und die zyklischen Krisen vornehmlich durch Ausweitung der äußeren Märkte überwunden wurden. England etablierte ein internationales System der Teilung der Arbeit auf Grundlage seines industriellen Monopols. Die Phase war geprägt von einer starken Ausweitung der industriellen Produktion, einer noch stärkeren des internationalen Warenhandels und in seiner zweiten Hälfte von starkem Anwachsen der Kapitalexporte Englands. Gegen Ende dieser Phase stieß die extensive Ausweitung der Absatzmärkte für die Produkte der Textilindustrie langsam an ihre Grenzen. Die führende Rolle verlagerte sich zur Eisen- und Stahlindustrie, die mit der Entwicklung des Schiffs- und Eisenbahnbaus ihre sich ausweitenden Absatzmärkte fand.

Zugleich erwuchs der englischen Vorherrschaft auf dem Weltmarkt durch die Entwicklung in den USA und in Deutschland Konkurrenz.

Die USA entwickelten sich zunächst als Baumwoll- und Weizenproduzent Europas, speziell Englands. Durch diese Einbindung in den Welthandel, durch die mit der Eisenbahn ökonomisch gewordene Ausweitung der Weizenproduktion nach Westen, durch die Auswandererströme aus Europa und die mit den komplizierter werdenden Verwertungsbedingungen in England anschwellenden Kapitalexporte wuchs in den USA ein großer Binnenmarkt heran, der die Voraussetzung für die Entwicklung einer eigenen Schwerindustrie und starker Ausweitung der Industrieproduktion lieferte. Das hohe Lohnniveau und die verfügbaren Kapitalmengen führten dazu, daß diese Industrie von Anfang an auf dem höchsten damals möglichen Produktivitätsniveau aufgebaut wurde. Gleichzeitig wurde die Entwicklung dieser Industrie durch Schutzzölle gegen die englische Konkurrenz abgesichert.

In Deutschland wurde durch den Zollverein und die Reichsgründung ebenfalls ein großer Binnenmarkt hergestellt. Die Konzentration des Geldkapitals durch ein modernes Bankensystem, die Bereitstellung von großen Kapitalmengen für die Produktion durch Gründung von Aktiengesellschaften und die Entwicklung einer von vornherein hochzentralisierten Schwerindustrie wurden staatlich gefördert.

Von der Seite der Geldflüsse betrachtet war diese Phase die Zeit des Weltgeldes in der doppelten Form von Gold und Silber, das, wenn die Abweichung der Wechselkurse vom Nominalkurs eine gewisse Grenze überschritt, zwischen den Ländern hin- und herfloss und so die Ausgleiche der Wechselkurse bewirkte. Die Änderungen im Wertverhältnis zwischen Gold und Silber führten dabei aber zu großen Schwankungen zwischen den goldbasierten und den silberbasierten Währungen, von denen besonders England mit seiner goldbasierten Währung profitierte. Der Übergang Deutschlands und weiterer Länder zum Goldstandard führte zum Gold-Standard-System, daß die Form der Währungszusammenhänge in der folgenden Phase prägte.

⁴⁷ Die Schutzzölle verteuern die Waren auf dem inneren Markt, also auch den Preis der Arbeitskraft und können damit ein Ansporn zur beschleunigten Steigerung der Produktivkraft sein. Aber das bedeutet hohe Preise und ist ein Dorn im Auge der Industriezweige, die nicht vom Schutzzoll geschützt sind. Daher sind die Schutzzollkonzeptionen immer umstrittene Konzepte und setzen sich nur durch bei entsprechendem politischen Übergewicht des am Schutzzoll interessierten Teils der Bourgeoisie.

2. Phase: 1875-1914. Im Goldstandard-System verhielten sich die Wechselkurse zwischen den Goldwährungsländern relativ stabil und Edelmetallversendungen großen Stils wurden überflüssig, weil eventuelle Ungleichgewichte der Zahlungsbilanzen nun mit Hilfe von Devisenvorräten, bzw. durch Forderungen auf ausländische Guthaben ausgeglichen werden konnten. Grundlage hierfür war zum einen das starke Wachstum ausländischer Vermögen im Inland durch die allgemeine Zunahme des Kapitalexports und zum andern das Vertrauen in die feste Bindung der ausländischen Währungen ans Gold, die sie in Form von Devisen auch auf dem Weltmarkt befähigten, als Goldzeichen zu fungieren. Das Gold-Standard-System zerbrach daher 1913/14, als die europäischen Staaten die Konvertibilität ihrer Banknoten in Gold aufhoben. Trotz der idyllischen Bedingungen, die das Gold-Standard-System dem Welthandel bot - stabile, kalkulierbare Austauschbedingungen, einfacher Zahlungs- und Kapitalverkehr ohne Beschränkungen - war das Wachstum des grenzüberschreitenden Warenhandels in dieser zweiten Phase der Weltmarktentwicklung geringer; auch die Wachstumsrate der Industrieproduktion war geringer. Der Kapitalexport und die internationale Kapitalverflechtung weiteten sich allerdings erheblich aus.

Die Weltmarktentwicklung war von der Konkurrenz zwischen vornehmlich England, Deutschland und den USA geprägt. Den führenden Sektor bildete die Schwerindustrie, die in Deutschland und den USA stark zentralisiert und monopolisiert war und Überkapazitäten aufbaute, denen die Entwicklung der Absatzmärkte nicht folgen konnte.

In dieser Phase ging auch Deutschland in den Sparten Roheisen Stahl und Getreide zu einer Schutzzollpolitik über. Die Getreidezölle dienten in erster Linie dem Schutz der preußischen Junker vor den billigen amerikanischen und russischen Getreideimporten. Die Zölle auf Roheisen und Stahl haben nun allerdings eine völlig andere Funktion. Sie ermöglichten den Monopolen der Schwerindustrie auf dem Binnenmarkt hohe Monopolpreise und damit Monopolprofite, die die Grundlage bildeten um mit niedrigen, z.T. unter den Kostpreisen liegenden Exportpreisen den Weltmarkt zu erobern. Das führte natürlich zu entsprechenden Reaktionen, zu Schutzzöllen auch in den konkurrierenden Nationen. Regelrechte Zollkriege behinderten den Warenverkehr.

Dadurch zeigte sich, daß hohe Produktivität allein unter diesen Bedingungen nicht mehr das Mittel war, mit dem man automatisch die fremden Märkte eroberte; es gehörte auch der politische Einfluß dazu, der den freien Marktzugang gewährleistet. Dies führte zur politischen Aufteilung der Welt unter den führenden Industrienationen und dem 1914 folgenden Krieg um Neuaufteilung. Die dafür erforderliche Rüstungsproduktion schuf mit Staatsaufträgen neuen Absatz für die an Überkapazitäten leidende Schwerindustrie und legte mit der dadurch bedingten Staatsverschuldung den Grund für die Aufhebung der Goldkonvertibilität der Währungen und damit für den Zusammenbruch des Gold-Standard-Systems. Die Gefahr des sich abzeichnenden Weltkrieges wurde auch damals schon unter dem Gesichtspunkt der internationalen Kapitalverflechtung als entgegengewirkendem Moment diskutiert.⁴⁸ Die Verstärkung des Wachstums seit den

⁴⁸ Die Frage hat z.B. Rudolf Hilferding 1910 in seinem Werk „Das Finanzkapital“, diskutiert. Dort heißt es: „... Es ist eine Situation, die den Gegensatz zwischen Deutschland und England mit ihren Trabanten außerordentlich verschärfen muß, eine Situation, die zu einer gewaltsamen Lösung hindrängt. Diese wäre längst eingetreten, wenn nicht entgegengesetzte Ursachen entgegengewirkt hätten. Denn der Kapitalexport schafft selbst Tendenzen, die einer solchen gewaltsamen Lösung widerstreben. Die Ungleichheit der industriellen Entwicklung bewirkt eine gewisse Differenzierung des Kapitalexports. Die direkte Anteilnahme an der Erschließung der industriell rückständigen oder langsamer sich entwickelnden Länder fällt jenen zu, in denen die industrielle Entwicklung ... die höchste Form erreicht hat. ... Die anderen Länder mit alter kapitalistischer Entwicklung nehmen am Kapitalexport mehr in Form von Leihkapital Anteil als in der Form der Errichtung von Fabriken. Das führt dazu, daß zum Beispiel französisches, holländisches, im hohen Maße aber auch englisches Kapital zum Leihkapital wird für Industrien unter deutscher und amerikanischer Leitung. So entstehen Tendenzen zu einer Solidarität internationaler Kapitalinteressen. Französisches Kapital

1890er Jahren hing mit der Entwicklung der Chemieindustrie und der Elektroindustrie zusammen, in denen Deutschland zunächst das Monopol der fortgeschrittensten Technologie hielt.

3. Phase: 1914-1944. In der Folge des ersten Weltkrieges wurden die USA zum Weltgläubiger Nr.1, zum bedeutendsten Kapitalexporteur und zur führenden kapitalistischen Nation.

Der Leitsektor der Entwicklung blieb zunächst die Schwerindustrie - flankiert von Chemieindustrie, Mineralölindustrie und Elektroindustrie als Wachstumsmotoren, bis im letzten Drittel dieser Phase die Automobilindustrie in die Rolle des Leitsektors hineinwuchs.

Die Versuche, in den Zwischenkriegsjahren zum Gold-Standard zurückzukehren, waren nicht von Erfolg gekrönt. Zwar sind ab 1924 die wichtigsten kapitalistischen Länder zu festen Goldparitäten zurückgekehrt, doch da die innere Umtauschpflicht des Papiergeldes gegen Gold weitgehend aufgehoben blieb, das Papiergeld ausgeprägten Staatspapiergeldcharakter hatte und gleichzeitig Importrestriktionen und Exportförderung an der Tagesordnung waren, wurde es für die Staaten verlockend, zu versuchen, Abweichungen der nominellen Goldparität von der realen, d.h. beabsichtigte Unter- oder Überbewertungen der eigenen Währung als Mittel der Weltmarktstrategien des nationalen Kapitals einzusetzen. Ergebnis war eine dauerhafte Zerrüttung der internationalen Zahlungsbeziehungen, Devisenbewirtschaftung, Einschränkungen des Kapitalverkehrs und eine Stagnation des Welthandels auf niedrigem Niveau.

Der Einbruch der Weltmarktentwicklung in dieser Phase machte die Entwicklung der inneren Märkte um so wichtiger und dabei konnten die USA als das Land mit dem größten Binnenmarkt ihren Vorsprung gegenüber den übrigen kapitalistischen Staaten weiter ausbauen. Im letzten Drittel dieser Phase setzen sich verschiedene keynesianisch inspirierte Konzepte staatlicher Nachfragegenerierung durch, vom amerikanischen New Deal bis zur Wirtschaftspolitik der deutschen Faschisten.

4.Phase: 1944-1971. Dies war die Phase der absoluten Dominanz der USA. Leitsektoren waren die Automobil- und die Mineralölindustrie. Daneben entwickelten sich Luft- und Raumfahrt und die Produktion technischer Konsumgüter.

Grundlage war die Neuordnung der Weltmarktbeziehungen im Bretton-Woods-System. Kernpunkt des Systems: Angestrebt war bei festen Wechselkursen weitgehende Konvertibilität der Währungen untereinander (setzte sich praktisch nur teilweise und langsam durch, Beschränkungen bezüglich des Kapitalverkehrs blieben noch in erheblichem Umfang erhalten). Jedes Land vereinbarte mit dem IWF eine feste Goldparität für seine Währung und verpflichtete sich durch Devisenverkäufe bzw. Devisenkäufe der Notenbank den festen Wechselkurs seiner Währung zu garantieren; bei langandauernden Nachfrage- oder Angebotsüberhängen an den Devisenmärkten waren Paritätsänderungen (Aufwertung oder Abwertung) möglich. Ausnahme bildeten die USA, die nicht auf ihrem Devisenmarkt intervenierten und stattdessen die Verpflichtung übernahmen, Dollarguthaben fremder Notenbanken auf Verlangen in Gold (1 Unze = 35 \$) umzutauschen. Der Dollar nahm also eine Sonderstellung ein; während bei allen anderen Währungen die Möglichkeit einer Änderung der Goldparität bestand, war der Dollar in diesem System fester Goldausdruck, Goldzeichen auf der Ebene des Weltgeldes.

wird als Leihkapital interessiert an den Fortschritten deutscher Industrien in Südamerika usw. ... Welche von diesen Tendenzen überwiegt, ist in den konkreten Fällen verschieden und hängt vor allem ab von den Gewinnaussichten, die durch die Ausfechtung des Kampfes eröffnet werden.“ (Rudolf Hilferding, Das Finanzkapital, Berlin 1947, S. 458f)

Mit multilateralen Verhandlungen und Abkommen im Rahmen des GATT (später der WTO) wurden schrittweise die Zölle und sonstigen Handelsschranken reduziert. Zugrunde lag die Erkenntnis, daß die Störungen des Welthandels durch gegenseitige Beschränkungen und Währungsmanipulationen den nationalen Monopolen so gravierende Beschränkungen ihrer internationalen Ausdehnungsfähigkeit auferlegen, daß sie durch die dadurch erzielbaren kurzfristigen Monopolprofite keinesfalls aufgewogen werden können. Unter diesen erneut sich entwickelnden Bedingungen von Marktoffenheit und angesichts des zunehmenden antikolonialistischen Kampfes der nationalen Befreiungsbewegungen rechneten sich auch die Kosten der militärischen Aufrechterhaltung exklusiver Einflußgebiete nicht mehr. Sie war leicht zu ersetzen durch Anbindung der Währungen an die der ehemaligen Kolonialmacht und Zollpräferenzen, die das Fortbestehen der in der Zeit des Kolonialismus erzeugten ökonomischen Abhängigkeitsbeziehungen gewährleisteten.

Mit der UNO, dem IWF, der BIZ, der WTO und der Weltbank wurden erstmals supranationale Organisationen zur globalen Regelung der politökonomischen Beziehungen geschaffen. Dies sind jedoch keine neuen Macht- oder Herrschaftsstrukturen jenseits der Nationalstaaten, sondern Austragungsorte der nationalen Konkurrenz, die die Konfliktaustragung in solchen Formen ermöglichen sollen, die nicht wieder zur Zerrüttung des Weltmarktes wie in der vorangegangenen Phase führen. Die Verteilung der Stimmrechte in diesen Organisationen orientiert sich am Kräfteverhältnis der Nationen in dem jeweiligen Handlungsfeld.

In dieser Phase hatte die Weltproduktion wieder hohe und der Welthandel noch deutlich höhere Wachstumsraten. Dabei stieg der Anteil Westeuropas am Welthandel, während der Anteil Lateinamerikas, Nordamerikas und Afrikas zurückging. Dies korrespondierte mit einem relativen Rückgang des Handels mit Agrar- und Bergbauprodukten (Ausnahme Erdöl) gegenüber dem Handel mit Industriewaren, die den Veränderungen in der materiellen Basis der Produktion geschuldet waren.

In der über die festen Wechselkurse zum Dollar indirekt ans Gold gebundenen Architektur des Bretton-Woods-Systems und der Sonderrolle des Dollar in diesem System lagen einerseits die Sonderbedingungen für das US-Kapital in dieser Phase und andererseits das notwendige Scheitern des Systems begründet. „Alle Teilnehmer des Systems waren gezwungen, ihre Zahlungsbilanzen ... im Gleichgewicht zu halten - außer den USA. Im Gegenteil. Wenn der Dollar als weltweites Zahlungs- und Reservemittel wirklich fungieren sollte, mußte die Zahlungsbilanz der USA negativ werden, da nur so ausreichende Mengen von Dollarforderungen in die Verfügung der übrigen Zentralbanken gelangen konnte.“⁴⁹ Die gewaltige Nachfrage nach Dollar war geradezu eine Einladung für die US-amerikanische Notenbank, Dollar nicht nur gegen Papiere, die sich durch wirkliches Kapital verzinsen, sondern auch gegen Papiere, die sich durch fiktives Kapital verzinsen, auszugeben. Dadurch sank der wirkliche Goldgehalt des Dollar gegenüber dem nominellen. Dies führte seit Ende der 50er Jahre zu einem beständigen Dahinschmelzen der amerikanischen Goldreserven und eklatierte 1971 in der amerikanischen Aufkündigung der Umtauschpflicht von Dollar in Gold.

Zusätzlich ließ der wirtschaftliche Wiederaufstieg Westeuropas und Japans nach dem Krieg hier die Produktivität stark ansteigen, während sie in den USA auf hohem Niveau stagnierte. Dadurch war der Dollar bald auch im Vergleich zu den Währungen vieler anderer entwickelter kapitalistischer Länder überbewertet. Damit sind die Ursachen benannt für die Hauptkennzeichen dieser Phase der Weltmarktentwicklung: Die anfangs großen Handelsbilanzüberschüsse der USA

⁴⁹ Erhard Sanio, Geld und Währung, Verlag Marxistische Blätter FfM 1978, S. 38

schwinden, die US-Kapitalexporte, hauptsächlich in Form von Direktinvestitionen, schwellen gewaltig an, ihre Auslandsverschuldung konnte ins Gigantische wachsen und der Welthandel wurde durch Währungskrisen zunehmend behindert. Die Direktinvestitionen der USA gingen zu einem Drittel nach Kanada, zu einem Drittel nach Westeuropa. Vom restlichen Drittel ging der größte Teil nach Lateinamerika.

Diese Verhältnisse gaben den USA einen Vorsprung bei der Herausbildung weltumspannender internationaler Konzerne.

5.Phase: seit 1971. Mit der Aufhebung der Goldeinlöschungspflicht war das System der goldbasierten festen Wechselkurse erledigt. Der Dollar verlor seine Funktion als Zeichen eines fixierten Goldquantums. 1973 setzte sich ein System freigegebener Wechselkurse durch. Seit 1975 gilt: „Nach der Abschaffung des Paritätensystems sind die Mitgliedsländer des IWF übereingekommen, jedem Mitglied die Wahl seiner eigenen Methode zur Festlegung des Wechselkurses seiner Währung zu überlassen. Die einzigen Bedingungen sind, daß das Land den Wert seiner Währung nicht mehr an Gold bindet und die anderen Mitglieder genau davon unterrichtet, wie es den Wert bestimmt.“⁵⁰ Durch diese Abschaffung der nominellen Bindungen der Währungen ans Weltgeld, das Gold, wird der Widerspruch zwischen der Entwicklung von Nominalwert und Realwert der Währungen entschärft. Die Entschärfung des Widerspruchs besteht darin, den Nominalwert nicht mehr fix festzulegen, sondern ohne es offen auszusprechen sich damit zu begnügen, daß das jeweilige dem Goldpreis zugrunde liegende Wertverhältnis dem Geld seine Fähigkeit verleiht, Maß der Werte zu sein.

Neben dem Gold und den Reservepositionen beim IWF bilden Dollar, Euro, Yen und Pfund die internationalen Reserveaktiva. Die wichtigsten Länder legen den Wert ihrer Währung nicht mehr fest, sondern lassen den Wert sich durch den am Geldmarkt sich bildenden Wechselkurs bestimmen. Andere Länder binden ihre Währung an eine andere (meist an den Dollar). Dieses System führt zwar nicht mehr automatisch zu den heftigen Aufblähungen oder Auszehrungen der Devisenreserven der Zentralbanken, dafür aber zu starken Wechselkursschwankungen, die die Kalkulation der Profitraten im Außenhandel erschweren. Die EU-Staaten reagierten hierauf mit der Bildung der Wirtschafts- und Währungsunion,⁵¹ die großen Konzerne mit dem verstärkten Aufbau internationaler Strukturen, die ihnen die konzerninterne Abwicklung ihrer grenzüberschreitenden Zulieferungen ermöglicht und dadurch für sie die Auswirkungen der Kursschwankungen begrenzt.

Das Wachstum der Produktion geht in dieser Phase zurück, ebenso das Wachstum des Welthandels, das aber in den 90er-Jahren wieder leicht anzieht.

Die Leitindustrie bleibt weiterhin die Automobilproduktion, die aber beginnt stationär zu werden. Wachstumsimpulse gehen in der zweiten Hälfte der 80er und den 90er Jahren von der Umwälzung der technischen Basis von Produktion, Kommunikation und Verwaltung auf Grundlage der Mikroelektronik aus.

⁵⁰ David D. Driscoll, Was ist der Internationale Währungsfonds?, Washington DC 1998, S. 14 bzw. unter <http://www.imf.org>

⁵¹ Die Schaffung des europäischen Binnenmarktes erforderte die Entwicklung von über den einzelnen Nationalstaat hinausgehenden staatlichen und rechtlichen Strukturen, die jedoch nicht als Zusammenschluß der Nationalstaaten in einen neuen einheitlichen Staat realisiert werden, sondern in Form von Abkommen und Vereinbarungen darüber, daß bestimmte Fragen nicht mehr einzeln, sondern nur noch auf der Ebene gemeinsamer Verhandlungen entschieden werden. Das Gewaltmonopol bleibt weitgehend auf der Ebene der Einzelstaaten, daher bleibt dieser Zusammenschluß vorläufig noch fragil.

Die damit gegebenen Möglichkeiten und die aus den Wechselkursschwankungen folgende Notwendigkeit für die Konzerne, ihre Produktion weltweit vernetzt zu organisieren, führen zu einer gewaltigen Ausweitung des Kapitalexports und fordern energisch die Aufhebung sämtlicher Beschränkungen für den Kapital- und Zahlungsverkehr.

Bei quantitativ stationären Märkten muß die Transnationalisierung notwendig vor sich gehen durch Übernahmeschlachten und internationale Fusionen. Dadurch werden zugleich Überkapazitäten beseitigt, die unproduktivsten Bereiche der Fusionierten stillgelegt und die produktivsten neu kombiniert. Damit verändert sich für die Konzerne das notwendige quantitative Verhältnis zwischen dem im Produktionsprozeß festgelegten Kapital und dem flüssigen Kapital. Die erforderlichen Kampffonds in der Konkurrenz der transnationalen Konzerne für Übernahmen, bzw. deren Abwehr müssen gewaltig anwachsen. Zugleich wächst für die Konzerne die Bedeutung hoher Börsennotierungen, weil sie eine gewisse Sicherheit vor „feindlichen Übernahmen“ bieten.

Nach wie vor sind die USA die führende Macht auf dem Weltmarkt; weniger wegen der Größe ihres Außenhandels, vielmehr wegen der Größe ihres Binnenmarktes und ihrer Sonderstellung dadurch, daß die bei den Zentralbanken angehäuften Dollarmilliarden weiterhin die größte Reserveposition darstellen. Die japanische Zentralbank z.B., ob sie will oder nicht, könnte gar nicht ihre Dollarforderungen in einem überschaubaren Zeitraum in andere Reservemittel, Pfund, Euro oder Gold umwandeln, das ist rein quantitativ kaum möglich. Daher bleiben auch in dieser Phase alle Länder am relativen Wohlergehen des Dollar interessiert. Auf dieser Grundlage können die USA noch einmal den Weg gigantischer Auslandsverschuldung gehen und die Exporte der übrigen Welt auf Pump aufsaugen.

Die starke Ausweitung des Welthandels und der internationalen Kapitalverflechtungen muß jedoch differenziert betrachtet werden.

Der größte äußere Markt der USA ist die NAFTA-Zone (Kanada und Mexiko) es folgt die EU, dann Japan, China. Der mit Abstand größte äußere Markt für die EU-Länder ist die EU selbst (über 60%), mit weitem Abstand folgen die USA (6%), dann alles weitere. Der größte äußere Markt Japans ist der der USA, es folgen gleichauf China und die EU.⁵²

Das Deutsche Kapital im Ausland belief sich 2002 auf etwa 700 Mrd. Euro, davon waren 92% in Industrieländern angelegt: 46% in der EU, 40% in den USA, 3% in der Schweiz, 1,5% in Japan, auf alle anderen Länder entfallen Anteile von unter 1%.

Das ausländische Kapital in Deutschland belief sich 2002 auf etwa 300 Mrd. Euro, davon kamen 97% aus Industrieländern: 68% aus der EU, 16% aus den USA, 7% aus der Schweiz, 3% aus Japan, alles weitere bewegt sich unter 1%.⁵³

Dies verdeutlicht, daß der Welthandel und die Kapitalverflechtungen wesentlich regional ablaufen und darüber hinaus die Verflechtung besonders zwischen den kapitalistischen Zentren stattfindet.

Um den Kapitalexport differenziert einschätzen zu können, nun noch Antworten auf die Frage: *Wer exportiert in welche Bereiche?*

Etwa 38% der deutschen Direktinvestitionen werden von Beteiligungsgesellschaften getätigt, es folgen die Autoindustrie und die Banken mit je etwa 15%, dann die Chemieindustrie mit unter

⁵² Datenbasis: WTO, International trade statistics 2003

⁵³ Datenbasis: konsolidierte unmittelbare und mittelbare Direktinvestitionen 2002. Quelle: Kapitalverflechtung mit dem Ausland, Statistische Sonderveröffentlichung 10 der Deutschen Bundesbank, FfM, Mai 2004

8%, gefolgt von Elektroindustrie, Versicherungen und Maschinenbau mit je unter 3%.

Bei den Wirtschaftszweigen der ausländischen Investitionsobjekte stehen die „Sonstigen Finanzierungsinstitutionen“ mit etwa 22% an der Spitze, gefolgt von Handelsgesellschaften (12%), Banken (10%), Chemieindustrie (9%), Beteiligungsgesellschaften (8%), Automobilindustrie (7%), Elektroindustrie und Maschinenbau (je unter 3%).⁵⁴

Danach läßt sich abschätzen, daß etwa 50% des Kapitalexports der internationalen Anlage von Geldkapital auf dem internationalen Kapitalmarkt dient, 33% der internationalen Verflechtung von Produktion und Vermarktung und die restlichen 18% der internationalen Verflechtung von Banken und Versicherungen.

Wird der Weltmarkt damit ein immer einheitlicheres Verwertungsfeld des Kapitals?

Dagegen spricht einiges: Mit dem Abbau der politischen Hemmnisse für die internationale Beweglichkeit des Kapitals werden die Unterschiede in den Verwertungsbedingungen noch keineswegs beseitigt. Diese lassen sich überhaupt nicht beseitigen. Dazu wäre nämlich nicht bloß die freie Beweglichkeit von Kapital, Technologie und Know How erforderlich, sondern auch die freie Beweglichkeit der Arbeitskraft, ja darüber hinaus eine weltweite Vereinheitlichung der Lebensbedingungen, der Kulturen, des Bildungsstandes, der geographischen und klimatischen Bedingungen usw. Einheitliche Verwertungsbedingungen wären gleichbedeutend mit einer völlig homogenen Welt. Dann würde auch kein Kapitalexport mehr stattfinden können. Gerade die uneinheitlichen Verwertungsbedingungen sind es ja, die das Kapital in Bewegung bringen. Auch eine Einheitlichkeit wie auf dem nationalen Markt, die ja auch nur als Resultierende beständig sich ausgleichender Uneinheitlichkeiten besteht, ist für den Weltmarkt nicht zu vermuten.

Der Weltmarkt wird keineswegs immer einheitlicher. Der kapitalistische Weltmarkt ist die Wechselwirkung der nationalen Märkte aufeinander und die ungleichmäßige Entwicklung der nationalen Märkte ist sein Lebenselixier. Die notwendig ungleichmäßige Entwicklung macht es möglich, daß sich die Rangfolge der Länder, ihr ökonomisches Gewicht verändert; ein Land kann aus der einen Gruppe in die andere auf- oder absteigen, aber das ändert an der Existenz dieser Ländergruppen und dem Wachstum ihres Abstandes ebenso wenig, wie der Wechsel einzelner Individuen aus einer Gesellschaftsklasse in die andere etwas am Vorhandensein von Klassen ändert.

Aber muß sich nicht mit der freien Beweglichkeit des Kapitals zwischen den Märkten eine einheitliche Profitrate herausbilden?

Nach unserem gegenwärtigen Erkenntnisstand muß die Antwort nein lauten. Durch internationalen Handel, Kapitalexport und die Aufhebung der Wanderungshindernisse für das Kapital findet eine Angleichung von Profitraten statt, die aber keine Angleichung zu einer allgemeinen weltweiten Profitrate darstellt. Die Unterschiede zur Bildung der allgemeinen Profitrate auf nationaler Ebene sind folgende:

Voraussetzung der Bildung einer allgemeinen Profitrate auf nationaler Ebene ist erstens die Bildung einer allgemeinen Mehrwerttrate und zweitens auf dieser Grundlage die Reduzierung der

⁵⁴ Datenbasis 1999-2002. Berechnet nach: Kapitalverflechtung mit dem Ausland, Statistische Sonderveröffentlichung 10 der Deutschen Bundesbank, FfM, Mai 2004, S. 40

Profitraten in jeder besonderen Sphäre auf die besonderen Durchschnittsprofitraten. Erst diese Bildung wirklicher besonderer Durchschnittsprofitraten in den einzelnen Sphären auf Grundlage einheitlicher Mehrwertraten, und daher ausdrückend eine wirkliche durchschnittliche Produktivität, schafft die Voraussetzung für die von Profitratendifferenzen getriebene Auswanderung von einer Sphäre in die andere. Wäre der Durchschnittswert der Profirate in einer Sphäre nämlich nicht realer, sondern nur mathematischer, so wäre es für das einwandernde Kapital ein reines Lotteriespiel, zu welcher wirklichen Profitrate es sich in dieser Sphäre verwertet.

Diese Voraussetzungen für die Bildung einer allgemeinen Profitrate sind auf Weltmarktebene nicht gegeben. Hier haben wir von Land zu Land sehr unterschiedliche Mehrwertraten. Daher können hier in einer Sphäre die realisierten Profitraten verschieden sein, und falls sie gleich sind, ist damit immer noch nicht gesagt, ob dies das Ergebnis niedriger Löhne oder hoher Produktivität ist. Auf Weltmarktebene müßte vor der Ausgleichung zu einer allgemeinen Profitrate erst einmal die Ausgleichung zu besonderen Durchschnittsprofitraten in den einzelnen Produktionssphären vor sich gehen. Daß dieser Prozeß in stark transnationalisierten Sphären mit der Zunahme transnationaler Fusionen beginnen könnte, ist nach unserem gegenwärtigen Kenntnisstand nicht auszuschließen. Aber auch hier liegen in den unterschiedlichen Mehrwertraten noch starke Hinderungsmomente begründet. Hauptsächlich sind andere Bewegungen zu registrieren:

Kapital fließt international in erster Linie in seiner ökonomischen Funktion als Geldkapital freisetzendes Kapital. Es fließt nicht in erster Linie zur Neubildung von fungierendem Kapital in Branchen mit weltweit hohen Profitraten, sondern es fließt zur Übernahme von bereits bestehendem fungierendem Kapital, das als Ergänzung des eignen fungierenden Kapitals eine Erhöhung der Profitrate ermöglichen könnte. Auch wenn es in der ökonomischen Funktion der Neubildung von fungierendem Kapital fließt, fließt es primär zur Bildung von Tochterunternehmen oder Zweigwerken in anderen Ländern. Hier liegt der Hauptgrund der Transnationalisierung in der dadurch bewirkten relativen Unabhängigkeit von Wechselkursschwankungen. Soweit Kapital international in expandierende Branchen mit hohen Profitraten fließt, fließt es nicht irgendwo hin, sondern zunächst in die Länder, in denen diese Expansion bereits stattfindet und die hohen Profitraten sich bilden.

Sehen wir zu, wie sich die Sache für ein transnationales Kapital darstellt:

Weder das national, noch das transnational organisierte Kapital produzieren „für den Weltmarkt“. Sie produzieren für ganz bestimmte Märkte, für den europäischen, amerikanischen, asiatischen usw. Nur was auf dem Markt, für den es bestimmt war, nicht abgesetzt werden kann, wird auf den Weltmarkt geworfen. Der Weltmarkt besteht eben nur in der Wechselwirkung der Märkte untereinander. Auf den einzelnen Märkten herrschen aber unterschiedliche Marktpreise, damit sind bei gleichen Kostpreisen auf den verschiedenen Märkten unterschiedliche Profitraten zu erzielen. Dies bringt das transnationale Kapital aber nicht dazu, statt sämtliche Märkte zu bedienen, sich nur auf den profitabelsten zu werfen.⁵⁵ Denn zum einen verändern sich die auf den Märkten realisierbaren Profitraten mit der Marktlage und den Wechselkursen ständig und zum andren verlangt die Größenordnung der Produktion, sämtliche Märkte zu bedienen.⁵⁶

Die Profitrate eines transnationalen Unternehmens ergibt sich als die Summe der auf den unterschiedlichen Märkten erzielten Profite im Verhältnis zu seiner Kapitalgröße. Die Profitraten

⁵⁵ Natürlich tobt der Kampf um Marktanteile am stärksten auf den profitabelsten Märkten und führt dadurch dort zu einem Rückgang der Marktpreise.

⁵⁶ Ein Kapital muß sich erst dann von einem Markt zurückziehen, wenn dort die Marktpreise dauerhaft unter seinen Kostpreisen liegen. Der Rückgang des Angebots führt dann aber zum Steigen der Marktpreise.

konkurrierender transnationaler Konzerne unterscheiden sich also von dieser Seite her durch das quantitative Verhältnis, in dem sie auf den verschiedenen Märkten präsent sind. Hierin äußert sich für sie das Gesetz von der Unterschiedlichkeit der nationalen Profitraten.

Von der anderen Seite her sind die Profite begrenzt durch die Kostpreise. Die hängen ab von mehreren Faktoren: Von den Kosten der Rohstoffe und Vorprodukte, von den Stundenlohnkosten, von den Kosten fürs fixe Kapital, von der relativen Arbeitsproduktivität im Verhältnis zu den Mitbewerbern und von der Umschlagszeit des Kapitals und den Transportkosten. Das Kapital wird also seine Kostpreise dadurch reduzieren, daß es 1. die benötigten Rohstoffe und Vorprodukte dort einkauft, wo sie am billigsten sind. Das ist wieder nicht der Weltmarkt schlechthin, sondern jeweils ein ganz bestimmter Markt.

Die drei folgenden Faktoren hängen untereinander zusammen. Das fixe Kapital ist für längere Zeit an einem Ort der Erde fest angelegt und für diese Zeit also gekoppelt mit den Löhnen, die dem zugehörigen Arbeitsmarkt entsprechen. Um diese Kopplung aufzuheben, müßte die internationale Freizügigkeit des Kapitals durch eine ebensolche der Arbeitskraft ergänzt werden.⁵⁷ Die Kopplung läuft aber auch andersherum: Niedrige Löhne bilden schon aus Gründen der Optimierung der Lohnstückkosten eine Schranke für den Einsatz fortgeschrittenster Technologie.

Neben dem sowieso stattfindenden ständigen Klassenkampf auf jedem Arbeitsmarkt um die Senkung des Preises der Arbeitskraft gibt es daher für das transnationale Kapital zwei mögliche, einander weitgehend ausschließende Strategien für die Senkung der Kostpreise: Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit am Hochlohnstandort durch Einsatz von Spitzentechnologie, oder Verlagerung beim nächsten Ersatz des fixen Kapitals in ein Billiglohnland.⁵⁸

Diese ganzen Maßnahmen zur Reduzierung des Kostpreises bewirken aber nur insofern eine Erhöhung der Profitrate, als damit der Kostpreis unter den der Konkurrenz gedrückt werden kann. Zieht die Konkurrenz nach, reduziert sich der Profit im Schnitt wieder auf den den bedienten Märkten entsprechenden Durchschnittsprofit. Der Kampf um die Senkung der Kostpreise geht in die nächste Runde, und da hat der Konzern mit der ausgefeiltesten Technologie die Nase vorn. Von daher ist es nicht unerwartet, daß die Zahlen des Kapitalexports keineswegs in die Billiglohnländer weisen. Die Gründe für den Kapitalexport liegen im Wesentlichen nicht bei den Lohnkosten, sondern in der vor Währungsschwankungen abgesicherten Präsenz auf allen Märkten.

Die nationalen Durchschnittsprofitraten bestimmen sich als das Verhältnis des nationalen Gesamtmehrwerts zum nationalen Gesamtkapital. Durch den Kapitalexport wird dieses Verhältnis in folgender Weise affiziert: Zum nationalen Gesamtkapital zählt auch das exportierte Kapital, zum nationalen Gesamtmehrwert zählt auch der vom exportierten Kapital aus ausländischer Arbeit gepreßte Profit. Das exportierte Kapital selbst aber verwertet sich nicht nach dem Maßstab der heimatischen Durchschnittsprofitrate, sondern seine Profitrate ist bestimmt durch den Marktproduktionspreis des Landes in dem es realisiert wird, minus dem Kostpreis des Landes, in dem es produziert.

⁵⁷ Selbst dann wäre diese Kopplung nicht vollständig aufgehoben, weil die internationale Beweglichkeit und Stömungsgeschwindigkeit der Arbeitskraft von Natur aus wesentlich eingeschränkter ist, als die des Kapitals.

⁵⁸ Hier spielen natürlich weitere Faktoren hinein: Marktnähe der Produktion, Entwicklung der Wechselkurse, Qualifikationsgrad der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte usw.

Löst sich mit der internationalen Kapitalverflechtung das Kapital von seiner nationalen Basis?

Wir meinen Nein, denn die Zuordnung sämtlichen produzierten Mehrwerts als angeeignet letztlich von einer bestimmten Person, die einer bestimmten Nation zugeordnet ist, ist für die Funktionsweise des Weltmarktes und des Weltgeldes unverzichtbar. Das zeigt sich in der Notwendigkeit der Aufstellung nationaler Zahlungsbilanzen, und d.h. in der prinzipiellen Unterscheidung der Transaktionen zwischen Inländern von den Transaktionen zwischen Inländern und Ausländern, trotz der immer schwerer fallenden Durchführung dieser Unterscheidung aufgrund der internationalen Kapitalverflechtung. Die Bedeutung, die diese Unterscheidung für das Wechselverhältnis der nationalen Währungen hat verweist darauf, daß es sich bei dem „transnationalen Kapital“, mag es noch so verflochten sein, und noch so international seine Produktion und seinen Absatz organisieren, doch keineswegs um ein Kapital handelt, dessen anteilige Eigentümer sich nicht in Zurückverfolgung der Kapitalverflechtungen eindeutig einer bestimmten Nation zuordnen ließen. Die Bedeutung dieser Zuordnung, die in den nationalen Zahlungsbilanzen durchgeführt wird, für das internationale Währungsgeflecht ist unabweisbar.

Verlieren nicht aber die Nationalstaaten ihre Funktion in einem sich immer weiter integrierenden Weltmarkt?

Auch dies können wir bei genauerer Betrachtung nicht bestätigen:

Zwar beobachten wir den verstärkten Aufbau supranationaler Strukturen und die scheinbare Verlagerung bestimmter bisher einzelstaatlicher Entscheidungskompetenzen in diese Strukturen. Aber diese Strukturen sind wesentlich Austragungsorte zwischenstaatlicher Konkurrenz, die Formen vorgeben für die Konfliktaustragung. Insgesamt haben wir es nicht mit einem Verschwinden der Widersprüche zwischen den Staaten zu tun, die mehr und mehr alle in trauter Gemeinschaft dem gleichen Herren, den transnationalen Konzernen dienen, sondern mit einer *Entfaltung der Formen und Mittel*, in denen und mit denen diese Widersprüche ausgetragen werden. Die Wahl der Mittel und Austragungsformen ist eine Frage der Opportunität, und was opportun ist, hängt ab von den Möglichkeiten und Grenzen, die ihrem Einsatz wesentlich auch durch die Abhängigkeit von internationalen Wirtschaftsverflechtungen und von den ökonomischen, militärischen und propagandistischen zwischenstaatlichen Kräfteverhältnissen gesetzt werden. Dabei bleibt das gesamte Arsenal der Mittel der Politik und ihrer militärischen Fortsetzung im Köcher, auch wenn momentan der Einsatz mancher Pfeile nicht opportun ist. Aber der Weltmarkt ist das Feld der ungleichmäßigen Entwicklung und gute Politik zeichnet sich dadurch aus, im richtigen Moment den richtigen Pfeil aus dem Köcher ziehen zu können.

Das Einzelkapital kann Attraktions- und Repulsionsprozesse vollziehen, es konzentriert sich und kann mit anderen Einzelkapitalen fusionieren, sich zentralisieren, andererseits kann es auch zerfallen, können Teile als selbständige Einzelkapitale sich von ihm abspalten. Wir registrieren sowohl Elefantenhochzeiten, als auch Prozesse des Outsourcing. Dabei überwiegt die Attraktion über die Repulsion und führt zu einer immer stärkeren Zentralisation. Dennoch kann sich nie das gesellschaftliche Gesamtkapital zu einem Kapital zusammenschließen. „Da der Wert die Grundlage des Kapitals bildet, es also notwendig nur durch Austausch gegen *Gegenwert* existiert, stößt es sich notwendig von sich selbst ab. Ein Universalkapital ohne fremde Kapitalien sich gegenüber, mit denen es austauscht ..., ist daher ein Unding. Die Repulsion der Kapitalien voneinander liegt schon in ihm als realisiertem Tauschwert.“⁵⁹

⁵⁹ Marx, Grundrisse, MEW 42, S.336

Ähnlich wie das Kapital nur geteilt in Kapitale existieren kann, so kann der kapitalistische Weltmarkt nur existieren geteilt in Staaten. Auch sie können sich zusammenschließen oder teilen, wobei auch hier die Attraktion das überwiegende Moment darstellt. Aufgrund der Ungleichmäßigkeit seiner Entwicklung schafft das Kapital auf der Weltmarktebene beständig einen Gegensatz zwischen Nationen, wie sie auf der Ebene des Einzelmarktes beständig einen Gegensatz zwischen Verkäufern und Käufern schafft. Diese auf der Zirkulationsebene angesiedelten Gegensätze überlagern und verdecken beständig den in der Produktionsweise angelegten Klassengegensatz von Lohnarbeit und Kapital. Daher ist jede Spekulation auf eine Entwicklung in Richtung eines einheitlichen, nicht durch nationale Gegensätze gespaltenen Weltmarktes illusorisch. Der Kapitalismus kann die Einheit nur in der gegensätzlichen Form produzieren.

Mit der Entwicklung des Weltmarktes, dem sich bildenden und vertiefenden Zusammenhang jeglicher irgendwo geleisteter Arbeit mit allen anderen Arbeiten auf dem Globus erweist sich der Kapitalismus als der Prozeß, in dem sich weltweit eine gesamtgesellschaftliche Produktion durchsetzt, aber in gegensätzlicher Form, in Form der Gegensätze zwischen Privateigentümern und Nationen. Dieser Befund darf jedoch nicht dazu verleiten, den Kampf für die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Rahmen dieser Formen zu führen, im Gegenteil, weil diese Formen das zu Überwindende darstellen, muß revolutionäres Handeln sich von allen nationalen Bornierungen ebenso wie von aller Betriebsborniertheit emanzipieren.

5. Konzentration und Zentralisation des Kapitals, Konkurrenz und Monopol, Vergesellschaftung der Produktion

Durch die Kapitalakkumulation wachsen die Einzelkapitale und das gesellschaftliche Gesamtkapital, findet die Konzentration des Kapitals statt. Durch die Konkurrenz und den Untergang der schwächeren Kapitale findet gleichzeitig eine Zentralisation des Kapitals statt; bereits vorhandene Kapitale werden in einer Hand vereinigt. Zentralisation ist im Unterschied zur Konzentration, wie Marx betont „bloße veränderte Verteilung schon bestehender Kapitale, durch einfache Veränderung der quantitativen Gruppierung der Bestandteile des gesellschaftlichen Kapitals“⁶⁰ also das, was heute manchmal als „Akkumulation durch Enteignung“⁶¹ bezeichnet wird.

Diesem Mechanismus entsprechend vollzog sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Herausbildung jener Kartelle, Syndikate und Trusts, die bereits von Engels bezeichnet „als Versuch, wenigstens sämtliche Großbetriebe eines Geschäftszweiges zu einer großen Aktiengesellschaft mit praktischem Monopol zu vereinigen“⁶² Ausgangspunkt für die Leninsche Imperialismustheorie wurden.

Die Imperialismustheorie Lenins hebt drei Bestandteile in der Entwicklung des Kapitalismus hervor: Der Imperialismus als historisches Stadium des Kapitalismus ist „1. monopolistischer Kapitalismus; 2. parasitärer oder faulender Kapitalismus; 3. sterbender Kapitalismus. Die Ablösung der freien Konkurrenz durch das Monopol ist der ökonomische Grundzug, das Wesen des Imperialismus.“⁶³

Aber bedeutet Ablösung der freien Konkurrenz durch das Monopol Aufhebung der Konkurrenz überhaupt? Ist das Monopol der Endpunkt des kapitalistischen Entwicklungsweges bzw. was kommt danach? Immer weitere Monopolisierung? Gibt es tendenziell oder absolut für die Monopole die Möglichkeit, sich - wie Hilferding meint - zu einem „Generalkartell“ zusammenzuschließen, welches die Gesamtproduktion leitet und den Personen die produzierten Güter willkürlich zuteilt?⁶⁴ Daß daher der Kampf nur noch gegen die Monopole um die gerechte Verteilung geführt werden muß? Die These, dass aufgrund des Produktivitätsfortschrittes und dessen einseitiger Aneignung durch die Eigentümer der TNK immer weniger Menschen für die Schaffung der volkswirtschaftlichen Werte gebraucht werden (Mayer, Schuler, Schmid), kann zumindest ähnlich interpretiert werden.⁶⁵ Aber wenn wir eine derartige Entwicklung für möglich halten würden, welche historischen Konsequenzen ergäben sich daraus?

⁶⁰ Marx, Das Kapital I, MEW 23, S. 655f

⁶¹ s. David Harvey, Der 'neue' Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 5/2003. Diese Bezeichnung ist jedoch unglücklich, weil bei der Zentralisation - bezogen auf das gesellschaftliche Gesamtkapital - keine Akkumulation stattfindet. Und auch bezogen auf das Einzelkapital ist es problematisch hier von Akkumulation zu reden. Der Aufkauf eines Unternehmens durch ein anderes ist von Seiten des Aufkäufers betrachtet die Verwandlung von Geldkapital in fungierendes Kapital und von Seiten des Käufers die Verwandlung von fungierendem Kapital in Geldkapital.

⁶² Engels in: Marx, Das Kapital I, MEW 23, S. 656 Fußnote 77b

⁶³ Lenin, Werke 23, S. 102

⁶⁴ Rudolf Hilferding, Das Finanzkapital, Dietz Berlin 1947, S.318f. Hilferding bezeichnet diesen imaginierten Endpunkt der kapitalistischen Entwicklung als „bewußt geregelte Gesellschaft in antagonistischer Form. Aber dieser Anagonismus ist Antagonismus der Verteilung.“ ebd.

⁶⁵ Es fragt sich zusätzlich, was hier mit „den volkswirtschaftlichen Werten“ gemeint ist. Hier werden

Ein von dieser Grundlage ausgehender Sozialismus wäre kein wissenschaftlicher Sozialismus mehr, weil die Grundlage nicht wissenschaftlich erfaßt ist. „Eine wissenschaftliche Analyse der kapitalistischen Produktionsweise beweist dass die Verteilungsverhältnisse wesentlich identisch mit diesen Produktionsverhältnissen, eine Kehrseite derselben, sind, so dass beide denselben historisch vorübergehenden Charakter teilen.“⁶⁶ „Das bestimmte Verteilungsverhältnis ist also nur Ausdruck des geschichtlich bestimmten Produktionsverhältnisses ... Jede Verteilungsform verschwindet mit der bestimmten Form der Produktion, der sie entstammt und entspricht.“⁶⁷

Die Hervorhebung dieser Passagen aus dem „Kapital“ durch Lenin, unterstreicht Lenins Bemühungen, sich von den verschiedensten kapitalismuskritischen Strömungen der damaligen Zeit *ideologisch* abzugrenzen.

Ihm wie auch Marx ging es darum, die kapitalistische Produktionsweise als das zu erfassen, was sie tatsächlich ist, und daraus ihre Entwicklungstendenzen abzuleiten. „Kapitalistische Produktion kann nicht stabil werden, sie muß wachsen, sich ausdehnen oder sie muß sterben“⁶⁸

Aber dies bedeutet nicht, dass der Kapitalismus an seinen Problemen, z. B. dem Realisierungs- und Überakkumulationsproblem automatisch zugrunde geht. Seine Funktionsweise stellt vorübergehende Proportionalität in dem ihm vorgegebenen Rahmen her, aber der Kapitalismus selbst, als Resultat einer breit entwickelten Warenzirkulation, „überschreitet zwangsläufig alle regionalen und nationalen Grenzen, zerstört die alte Isoliertheit und Abgeschlossenheit der Wirtschaftssysteme und vereinigt alle Länder der Welt zu einem einheitlichen wirtschaftlichen Ganzen.“⁶⁹

Diese Entwicklung verläuft nicht ohne Widersprüche. Der Kapitalismus konzentriert alle individuell zersplitterten Produktionsmittel in gesellschaftlich konzentrierte. Am Beginn des Kapitalismus stand die gewaltsame Enteignung der selbstwirtschaftenden Arbeiter und die Verdrängung des auf Verwachsung des Arbeitsindividuum mit seinen Arbeitsbedingungen beruhenden Privateigentums „durch das kapitalistische Privateigentum, welches auf der Ausbeutung fremder, aber formell freier Arbeit beruht.“⁷⁰ Sobald die kapitalistische Produktionsweise auf eigenen Füßen steht, „gewinnt die weitere Vergesellschaftung der Arbeit und weitere Verwandlung der Erde und anderer Produktionsmittel in gesellschaftlich ausgebeutete, also gemeinschaftliche Produktionsmittel, daher die weitere Expropriation der Privateigentümer eine neue Form. „Was jetzt

Gebrauchswert und Wert vermengt. Für die Produktion des einzelnen Gebrauchswertes wird mit dem Produktivitätsfortschritt immer weniger Arbeit, und folglich bei gleichbleibender Arbeitszeit des Einzelnen auch immer weniger Menschen benötigt. Würde die Gesamtheit der für den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß erforderlichen Gebrauchswerte eine Konstante bilden, so würde damit die Wertsumme der produzierten Gebrauchswerte sinken, die gesamtgesellschaftliche Lohnsumme würde rapide sinken, die Mehrwertmasse würde ebenfalls sinken, und auch das gesellschaftliche Gesamtkapital würde eine Entwertung erfahren. Dies ist jedoch nicht so, sonst müßte das Schrumpfen die vorherrschende Tendenz des Bruttoinlandsprodukts sein. Der Umfang der Produktion ist eben keine Konstante, sondern er erweitert sich, weil mit der Entwicklung der Produktivkräfte sowohl neue Bedürfnisse, als auch die Möglichkeiten ihrer Befriedigung entstehen. „Die volkswirtschaftlichen Werte,“ sind Ausdruck der gesellschaftlichen Gesamtarbeit; sie sind keine Konstante, und soweit sie wachsen, wächst auch die Gesamtarbeit.

⁶⁶ Lenin, Werke 2, S. 199

⁶⁷ ebenda S. 200

⁶⁸ Engels, MEW 22, S. 276

⁶⁹ Lenin, Werke 3, S. 54f

⁷⁰ Marx, Das Kapital I, MEW 23, S. 790

zu expropriieren ist, ist nicht mehr der selbst wirtschaftende Arbeiter, sondern der viele Arbeiter exploitierende Kapitalist.⁷¹

Und dies ist der Ausgangspunkt für die sich durch Konzentration und Zentralisation vollziehenden Herausbildung der Monopole⁷², welche der Leninschen Definition entsprechend, das ökonomische Grundmerkmal des Imperialismus sind.

Die Tatsache, dass der Kapitalismus in diesem Stadium einen Reifegrad erreicht hat, der über seine historische Blüte hinausreicht, beinhaltet seinen parasitären, faulenden Charakter, und eben weil er im historischen Sinne seine Aufgabe qualitativ erfüllt hat, beginnt sein Verfall, was allerdings die weitere Revolutionierung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse keineswegs ausschließt, da dies, wie schon angeführt, seine erste Existenzbedingung ist.

Qualitative Impulse bezüglich der gesellschaftlichen Entwicklung finden ihren Ausdruck eben durch die Konzentration und Zentralisation in einem Umfang, wie sie für „Einzelkapitale unmöglich wären“⁷³, treten auf in Aktiengesellschaften, in „Gesellschaftsunternehmungen im Gegensatz zu Privatunternehmen“. „Es ist die Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst.“⁷⁴ Die Ersetzung der Konkurrenz in einem Industriezweig durch das Monopol bereitet die künftige Enteignung durch die Gesamtgesellschaft aufs erfreulichste vor (Engels).

Dadurch, dass sich die ständige Aufhebung der kapitalistischen Produktion innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise vollzieht, in ihren Schranken also befangen bleibt, reproduziert sich der kapitalistische Funktionsmechanismus gleich einem römischen Brunnen: Marmorschale nach Marmorschale überfließend in einen immer größeren Radius.

Imperialismus, nach Lenin monopolistischer, parasitärer oder faulender, sterbender Kapitalismus, ein Stadium also, welches seinen historischen Abgang einleitet, sagt überhaupt nichts über die konkrete zeitliche Dauer aus, noch sind seine konkreten, in einer bestimmten historischen Situation festzustellenden Erscheinungen zu verabsolutieren.

Wenn wir mit Marx davon ausgehen, dass der Wert der vergegenständlichte Ausdruck gleicher menschlicher Arbeit ist, wenn wir weiter davon ausgehen, daß ausschließlich der im Produktionsprozeß von den Arbeitern über den Wert, den sie als Lohn erhalten, hinaus geschaffene Mehrwert als Profit von den Kapitalisten angeeignet werden kann, wenn wir die Mehrwertproduktion als zentralen Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise betrachten, und den Imperialismus als dessen höchstes Stadium, so kann die bezüglich der Monopole zu beantwortende Frage nur lauten: Wodurch unterscheidet sich die Aneignung des gesellschaftlichen Mehrproduktes, des Mehrwertes, durch eben diese Monopole von der Aneignung im vormonopolistischen Kapitalismus, vollzieht sich diese Aneignung aufgrund bestimmter Gesetzmäßigkeiten, oder ist sie der reinen Willkür der „Monopolherren“ bzw. der ihre Interessen zum Ausdruck bringenden Staatsorgane unterworfen?

Beantwortet wir den letzten Teil der Frage mit ja, so würde sich jede weitere ökonomische Analyse erübrigen, es käme nur noch darauf an, Fakten zusammenzustellen zur statistischen

⁷¹ ebenda

⁷² Das Monopol ist allerdings nicht einfach bloß ein hochzentralisiertes Kapital. Seine Bestimmung ist dadurch spezifiziert, daß es seine Produktionssphäre beherrscht, daß es die Einwanderung von Kapital in seine Sphäre verhindern kann und daher einen Monopolprofit an sich ziehen kann.

⁷³ Marx, Das Kapital III, MEW 25, S. 452

⁷⁴ ebenda

Untermauerung dieser These. Wir würden irgendwann wieder beim absoluten oder totalen Monopol ankommen oder auch beim Hilferdingschen „Generalkartell“, könnten allenfalls darüber streiten, ob in diesem Rahmen die Krisen sich beseitigen ließen, bzw. Spekulationen darüber anstellen, ob die Monopole aus reiner „Willkür“ Krisenerscheinungen künstlich in's Leben rufen, um die werktätige Bevölkerung zu disziplinieren. Und schließlich wäre jede gesellschaftliche Alternative auf den Protest im Namen einer „höheren Gerechtigkeit und Ethik“ zu reduzieren, was Rosa Luxemburg schon kritisiert hat.

Da der Kapitalismus aber eine gesellschaftliche Formation ist, die sich historisch entwickelt, auf der Grundlage ihrer inneren Gesetzmäßigkeiten, die zur Konzentration und Zentralisation führen und damit auch zum Monopol, so kann sich letzteres nur, wenn auch unter modifizierten Bedingungen, im Rahmen dieser Gesetzmäßigkeiten entfalten.

Der Mehrwert ist der Dreh- und Angelpunkt der kapitalistischen Produktion, aber „der Kapitalist, der den Mehrwert produziert, d.h. unbezahlte Arbeit unmittelbar aus den Arbeitern auspumpt und in Waren fixiert, ist zwar der erste Aneigner, aber keineswegs der letzte Eigentümer dieses Mehrwertes. Er hat ihn hinterher zu teilen mit Kapitalisten, die andere Funktionen im Großen und Ganzen der gesellschaftlichen Produktion vollziehen...“⁷⁵

Marx unterstreicht mehrfach mit Nachdruck, dass der Mehrwert, wie er ihn versteht, nicht mit Profit oder Kapitalgewinn zu verwechseln ist, dass letztere vielmehr Unterformen oder Bruchteile desselben darstellen, und grenzt sich in dieser Frage scharf von den bürgerlichen Ökonomen ab.

Ein Teil des Mehrwerts *erscheint* an der Oberfläche der kapitalistischen Gesellschaft als Profit. Er verteilt sich unter die einzelnen Kapitalisten entsprechend ihres eingebrachten Loses und nimmt die ihm entsprechenden Formen als Unternehmerprofit, Handelsprofit, Zins usw. an. Der Ausgleich der Profite zum Durchschnittsprofit erfolgt im Konkurrenzkampf, der auch die Entwicklung der Produktivkräfte vorantreibt, dadurch daß er Betrieben mit fortgeschrittener Produktion die Möglichkeit zur Realisierung von Extraprofiten gibt, die aber nur solange Bestand haben, solange sich die höhere Produktivkraft nicht verallgemeinert hat. All das vollzieht sich auf der Grundlage des Wertgesetzes und der Gesamtsumme der Warenpreise entspricht die Gesamtsumme der Werte, welche ihrerseits Ausdruck der gesellschaftlichen Gesamtarbeit ist.

Und wenn diese gleiche menschliche Arbeit als einzige wertbildende Quelle Grundlage der kapitalistischen Produktion ist, so liegt sie auch dem Monopol zugrunde, sofern wir dieses als Ergebnis eines höheren Grades von Konzentration und Zentralisation betrachten und nicht als reines „Allein- oder Ausschließlichkeitsrecht“. Umgekehrt, die Macht der Monopole, die sich im Allein- und Ausschließlichkeitsrecht äußert, ist Ausdruck des jeweiligen Grades der Konzentration und Zentralisation und ermöglicht ihnen, sich über den Monopolpreis Monopolprofit anzueignen.

Der Monopolprofit kommt zustande durch über den Produktionspreisen liegende monopolistische Verkaufspreise und auch durch unter den Produktionspreisen liegende monopolistische Einkaufspreise, die das Monopol den nichtmonopolistischen Betrieben, z. B. den Zuliefererbetrieben, diktiert. Der Monopolist kann dadurch über den Durchschnittsprofit hinaus einen Monopolprofit realisieren. Aber sowenig wie das Monopol allmächtig ist, sowenig ist der über den Monopolpreis realisierte Monopolprofit das Ergebnis seiner Willkür. Grundlage des Monopolprofits ist der im Produktionsprozess geschaffene Gesamtmehrwert und in dessen absoluter Größe, auf die jeweilige Produktionsperiode bezogen, liegt die objektive Grenze der sich anzueignenden, bzw. unter Monopolisten und Nichtmonopolisten aufzuteilenden Masse.

⁷⁵ Marx, Das Kapital I, MEW 23, S. 589

Was die Monopole an Profit mehr kriegen, bekommen die nichtmonopolistischen Kapitalisten weniger; aber auch deren Kapital muß mindestens noch Zins und Aufsichtslohn abwerfen. Dementsprechend ist auch das Monopolkapital, nicht von der Wirkung der Kapitale aufeinander, also auch von der Konkurrenz nicht ausgenommen. Die vollständige Einverleibung des nichtmonopolistischen Kapitals durch die Monopole würde bedeuten, dass sich dieses seine eigene Grundlage entzieht. Gelänge es den dominierenden Monopolen, sich der gesamten kapitalistischen Produktion zu bemächtigen, auf welcher Grundlage sollten sie dann noch Monopolprofit realisieren? - Der Monopolprofit würde wieder auf den Durchschnittsprofit absinken.

Es kann nur angeeignet werden, was produziert und als Wert realisiert wurde, und nur das kann auch als Kapital akkumuliert werden; nur auf dieser Grundlage funktioniert die Konzentration des Kapitals. Zentralisation, als bloße veränderte Verteilung schon bestehender Kapitale ist nicht Akkumulation. Selbst die Länder und Kontinente übergreifenden Fusionen zu Elefantenhochzeiten, wie wir sie in unserer Zeit erleben, vergrößern das vorhandene Kapital nicht, da sie nur Umverteilung sind. Im Gegenteil, in der Regel geht mit ihnen eine Kapitalvernichtung einher. Aber Kapital muß akkumulieren, sich vergrößern. Nicht als Selbstzweck macht die Zentralisation des Kapitals Sinn, sondern nur als Mittel, um seine Akkumulationsbedingungen zeitweise zu bessern, z.B. durch Erweiterung des Operationsfelds und Ausschaltung von Konkurrenz.

Die Konkurrenz führt zu Monopolen, das charakterisiert den Kapitalismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Aber die Monopole stoßen an ihre Grenzen, sie müssen sich im Rahmen der Gesetze des Kapitals bewegen. Die Existenz des Monopols setzt die Existenz des Nichtmonopols voraus, setzt jene Sphären der Produktion voraus, in denen der die Quelle des Monopolprofits bildende Mehrwert geschaffen wird, denn wo nichts ist, hat der Kaiser sein Recht verloren.

Auch die Lebensdauer der Monopole ist beschränkt. Die Grundlage ihrer Dauerhaftigkeit ist die Verhinderung der Zuwanderung von Kapital in die monopolisierten Sphären. Dadurch wird hier dauerhaft ein die Nachfrage unterschreitendes Angebot gesichert.

Dies beschränkt aber auch den Monopolisten selbst. Er kann seine Monopolprofite nur sehr beschränkt in der monopolisierten Sphäre akkumulieren, denn damit würde er sich selbst Konkurrenz machen. Er muß also um seinen Monopolprofit in der einen Sphäre zu erhalten, zur Akkumulation in andre Sphären ausweichen, in denen kein Monopolprofit zu realisieren ist, sondern nur allgemeiner Profit. Das bedeutet: Je mehr das Monopolkapital akkumuliert, desto mehr wird es wieder zum nur Durchschnittsprofit erzielenden Kapital.

Insofern ist das Monopol Element und Prinzip der Konkurrenz, wie die Konkurrenz Element und Prinzip des Monopols ist.⁷⁶

Dies bestätigt die Einschätzung Lenins: „Der Imperialismus kompliziert und verschärft die Widersprüche des Kapitalismus, er 'verknötet' die Monopole mit der freien Konkurrenz, aber den Austausch, den Markt, die Konkurrenz, die Krisen usw. beseitigen kann der Imperialismus nicht.“⁷⁷

In der häufig gehörten Aussage, dass der Weltmarkt immer mehr zu einem einheitlichen, den ganzen Globus umfassenden Feld kapitalistischer Konkurrenz wird, kommt bei aller schon ange-

⁷⁶ vgl. Engels, Umriss zur Kritik einer Nationalökonomie, MEW 1, S. 513f. Ebenda S. 522: „Man stelle sich auf welche Seite der Frage man wolle, die eine ist so schwierig wie die andere, das Monopol erzeugt die freie Konkurrenz und diese wieder das Monopol; darum müssen beide fallen und diese Schwierigkeiten durch die Aufhebung des sie erzeugenden Prinzips behoben werden..“

⁷⁷ Lenin, Werke 24, S. 465

sprochenen begrifflichen Schrägheit doch jene neue Stufe der Internationalisierung zum Ausdruck, die den gesamten kapitalistischen Produktionsprozess zum Gegenstand hat und der Konkurrenz als grundlegendem gesellschaftlichem Vermittlungsmechanismus des Privateigentums neue Impulse gibt. Die Tatsache, dass der Kapitalismus „kein fester Kristall, sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus ist“⁷⁸, dass er nicht stabil sein kann, sondern sich ausdehnen oder sterben muss, schließt eben den Wechsel seiner Erscheinungsformen, entsprechend seinem jeweiligen Entwicklungsstand und den diesen entsprechenden objektiven Erfordernissen, ein. Insofern ist das Monopol kein statisches Heiligtum und seine Existenz oder Nichtexistenz unterliegt ebenso wie die der Konkurrenz den Grundgesetzen des Kapitalismus, und gestaltet sich dementsprechend unter Ausnutzung der diesen Grundgesetzen entsprechenden Mechanismen.

Eine verkürzte Rezeption des ökonomischen Teils der Leninschen Imperialismustheorie, die sich nur auf die Kurzdefinition stützt, das Wesen des Imperialismus sei der Übergang zum Monopol, hat leider dazu geführt, daß ein anderer von Lenin analysierter Wesenszug des höchsten Stadiums des Kapitalismus weniger Aufmerksamkeit erfahren hat. Dabei ist er mindestens ebenso grundlegend. Es handelt sich um die *Vergesellschaftung der Produktion*: „In seinem imperialistischen Stadium führt der Kapitalismus bis dicht an die allseitige Vergesellschaftung der Produktion heran, er zieht die Kapitalisten gewissermaßen ohne ihr Wissen und gegen ihren Willen in eine Art neue Gesellschaftsordnung hinein, die den Übergang von der völlig freien Konkurrenz zur vollständigen Vergesellschaftung bildet.“⁷⁹

Untersucht man diesen Aspekt genauer, so zeigt sich, daß die Konzentration und Zentralisation des Kapitals, die Bildung von immer gewaltigeren Riesenkonzernen, die weltweit mit ihrer Produktion und ihren Waren präsent sind, nur die äußere Erscheinung eines Vergesellschaftungsprozesses ist, dessen inneres Wesen und innere Dynamik erst noch erschlossen werden müssen. Äußerlich, technisch gesehen, bereitet die Monopolisierung die künftige Enteignung durch die Gesamtgesellschaft aufs erfreulichste vor, wie Engels sagt. Die wenigen Riesenmonopole müssen nur noch übernommen werden und die gesamtgesellschaftliche Organisation der Produktion scheint durch die Monopole schon weitgehend vorbereitet.

Sehen wir uns diese Seite näher an: Die Monopole schließen Hunderttausende von Arbeitern in aller Welt in einem arbeitsteiligen, aufeinander abgestimmten, gemeinsamen und kooperativen Produktionsprozeß unter einer einheitlichen Leitung zusammen.

Das gesellschaftliche dieser Produktion liegt nicht nur in der Größe und einheitlichen Leitung, die quantitativ nicht mehr weit entfernt ist von der Planung und Leitung des gesamtgesellschaftlichen Produktionsprozesses, es liegt mindestens ebenso in dem gesellschaftlichen Charakter, den die Arbeit hier annimmt.

Hinzu kommt ein zweiter Aspekt. Die notwendige Geschwindigkeit mit dem die Zentralisation des Kapitals vonstatten gehen mußte, hat dazu geführt, daß kein Einzelkapital dies mehr leisten konnte. Die transnationalen Konzerne sind, wie heute fast alle Kapitale von einer bestimmten Größe an aufwärts, *Kapitalgesellschaften*. Und auch das Kapital, mit dem die kleineren Personengesellschaften und Einzelunternehmen arbeiten, ist heute nur noch zu einem Bruchteil ihr eigenes Kapital. Das meiste ist fremdes, gesellschaftliches Kapital.

⁷⁸ Marx, Das Kapital I, MEW 23, S. 16

⁷⁹ Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Dietz Berlin 1970, S. 28

Wir kommen hier zum Punkt der *kapitalistischen Vergesellschaftung des Kapitals*.

Die Banken sammeln sämtliche aktuell nicht gebrauchten Geldvermögen der Gesellschaft ein und verleihen sie an die fungierenden Kapitalisten gegen einen Anteil des Profits, den sie durch ihre Verwandlung in fungierendes Kapital an sich ziehen. Die fungierenden Kapitalisten arbeiten mit gesellschaftlichem Kapital und die Gesellschaft, d.h. in einer Gesellschaft von Privateigentümern diejenigen, die das Geld verliehen haben, in erster Hand die Bank, in zweiter Hand die, die der Bank das Geld geliehen haben, erhalten es nach Ablauf der Laufzeit verzinst zurück. Dadurch wird jeder kleine Sparsbuchbesitzer, wenn auch in kaum wahrnehmbarer Größe, an der Ausbeutung fremder Arbeit beteiligt.

Zu den Aktiengesellschaften schreibt Marx unter anderem: „Das Kapital, das an sich auf gesellschaftlicher Produktionsweise beruht und eine gesellschaftliche Konzentration von Produktionsmitteln und Arbeitskräften voraussetzt, erhält hier direkt die Form von Gesellschaftskapital (Kapital direkt assoziierter Individuen) im Gegensatz zum Privatkapital, und seine Unternehmungen treten auf als Gesellschaftsunternehmungen im Gegensatz zu Privatunternehmungen. Es ist die Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst.“⁸⁰

Der fungierende Kapitalist wird in einen bloßen Verwalter fremden Kapitals verwandelt. Der eigentliche Kapitalist wird als Aktionär bloßer Kapitalbesitzer, verschwindet aus dem Produktionsprozeß. Er zieht nur noch aus seinem Kapitalbesitz das Recht zur Aneignung fremder Mehrarbeit und hat funktionell mit dem Produktionsprozeß überhaupt nichts mehr zu tun. „In den Aktiengesellschaften ist die Funktion getrennt vom Kapitaleigentum, also auch die Arbeit gänzlich getrennt vom Eigentum an den Produktionsmitteln und an der Mehrarbeit. Es ist dies Resultat der höchsten Entwicklung der kapitalistischen Produktion ein notwendiger Durchgangspunkt zur Rückverwandlung des Kapitals in Eigentum der Produzenten, aber nicht mehr als das Privateigentum vereinzelter Produzenten, sondern als das Eigentum ihrer als assoziierter, als unmittelbares Gesellschaftseigentum. Es ist andererseits Durchgangspunkt zur Verwandlung aller mit dem Kapitaleigentum bisher noch verknüpften Funktionen im Reproduktionsprozeß in bloße Funktionen der assoziierten Produzenten, in gesellschaftliche Funktionen.“⁸¹

Die Manager erhalten formal betrachtet bloßen Arbeitslohn „einer gewissen Art geschickterer Arbeit, deren Preis im Arbeitsmarkt reguliert wird, wie der jeder andren Arbeit“⁸², allerdings sind diese „Löhne“ heute so bemessen, daß der größte Teil davon sich direkt in Kapital verwandelt. „Der Kapitalist“, die Personifizierung des Kapitals, kommt im Produktionsprozeß nicht mehr vor und wird auch sonst heute weitgehend unsichtbar hinter Aktienpaketen, die im Besitz einer Aktiengesellschaft sind, deren Aktienmehrheit drei Banken halten, usw. usf.

Gleichzeitig wird die Sorge um den Reproduktionsprozeß des Kapitals und das heißt um den Ausbeutungsprozeß der Lohnarbeiter der ganzen Gesellschaft anerzogen. Belegschaftsaktien sind da noch das kleinste Erziehungsmittel. Wenn die Altersvorsorge nicht mehr über den „Generationenvertrag“ abgedeckt ist, sondern über Rentenfonds, Aktien, Wertpapiere usw. dann wird es schon wichtig, daß diese Papiere im Kurs steigen und ordentlich Rendite bringen und man weiß ja, daß die Kurse bei jeder sozialen Grausamkeit und jeder Massenentlassung steigen. Und wer weiß nicht, daß auch die eigene Perspektive besser ist, wenn es dem Unternehmen und der

⁸⁰ Marx: Das Kapital III, MEW 25, S. 452

⁸¹ ebenda, S. 453

⁸² ebenda, S. 452

Wirtschaft insgesamt gut geht? Also werden Lohnforderungen mit gesamtgesellschaftlichen Notwendigkeiten, Stärkung der Massenkaufkraft zu begründen versucht, ebenso wie das Gegenteil, Reduzierung der Lohnkosten von der Gegenseite mit gesamtgesellschaftlichen Notwendigkeiten, Erhalt der internationalen Konkurrenzfähigkeit, begründet wird - das eine Argument ist so unsinnig wie das andere. Die Lohnarbeiter werden in verquerer Weise zur Auseinandersetzung mit den gesamtgesellschaftlichen Reproduktionszusammenhängen aufgefordert - von den täglichen Börsenkursen in den Nachrichten bis zu den tieferen Hintergründen der Regierungspolitik. Betriebsräte betätigen sich als Co-Manager.

Diese ganze Entwicklung hat zwei Seiten.

Zum einen zeigt sie, daß die Zeit reif wird, daß die Verhältnisse selbst es verlangen, und daß die Menschen fähig werden den Produktionsprozeß, in dem sie stecken und den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß insgesamt selbst in die Hand zu nehmen und zu organisieren. Fast jeder Betriebsrat kann das gleiche leisten, was ein hochbezahlter Manager leistet, meist sogar „besser“.

Andererseits bewegt sich dieses ganze Nachdenken über die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge und wie man was „verbessern“ kann, einzig im Nachvollziehen der Sachzwänge des Kapitals und der Überlegung sinnvoller Reaktionen darauf. Wer als Lohnabhängiger im Rahmen der Sachzwänge des Kapitals den Produktionsprozeß mitorganisiert, der organisiert seine eigene Ausbeutung. Er organisiert den gesellschaftlichen Produktionsprozeß nicht im Interesse der Menschen als der Nutzer seines Produktes, der daher Befriedigung aus seiner Arbeit ziehen kann, weil er mit ihr wirkliche gesellschaftliche Bedürfnisse bestmöglich befriedigt, sondern er organisiert ihn nach den Kriterien der Optimierung der Kapitalverwertung.

Ansätze für ein anderes, neues Herangehen zeigen einige Beispiele aus den Klassenkämpfen in Frankreich im letzten Jahrzehnt. Insbesondere bei den Sud-Gewerkschaften haben sich Ansätze von Orientierungen und Kampfformen entwickelt, in denen sich die Arbeiter nicht mehr nur auf ihre Rolle als Lohnabhängige reduzieren lassen oder zurückziehen, sondern sich als gesellschaftliche Produzenten begreifen, als Produzenten, die sich dem gesellschaftlichen Nutzen ihrer Arbeit, den Bedürfnissen ihrer potentiellen Konsumenten oder Nutzer verpflichtet fühlen, unabhängig von deren Zahlungskraft, die im Namen der Gesellschaft Ansprüche an die eigene Arbeit stellen. Bei einem solchen Herangehen kann offenkundig werden, welch großes und unnötiges Hindernis das Kapital für eine sinnvolle Organisation des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses bildet. Wir würden es für sinnvoll halten, diese Erfahrungen intensiv und unvoreingenommen auszuwerten.

Im eignen, und das heißt auch im gesellschaftlichen Interesse läßt sich der Produktionsprozeß nur organisieren durch Aufhebung des Privateigentums und der aus ihm entspringenden Formen Lohnarbeit und Kapital, Ware und Geld.

6. Industrielles Kapital, zinstragendes Kapital, Spekulation

Die Finanz- und Währungskrisen, die gewachsene Bedeutung der Börse, der „shareholder-value“, die neue internationale Bewegungsfreiheit für Kapitalanlagen aller Art, die blitzschnellen Reaktionsgeschwindigkeiten der weltweiten Finanzmärkte, die Rolle der Spekulation bei diesen Prozessen, das alles führt zu der weitverbreiteten Annahme, wir hätten es heute mit einer Dominanz des Geldkapitals und der Spekulation gegenüber dem industriellen Kapital zu tun.

Das Geldkapital ist zunächst nur die Form, die jedes industrielle Kapital in seinem Kreislauf durchlaufen muß. Geldkapital muß sich in produktives Kapital verwandeln, in Produktionsmittel und Arbeitskraft, im Produktionsprozeß verwandelt sich das produktive Kapital in mehrwertgeschwängertes Warenkapital, das sich durch Rückverwandlung in verwertetes Geldkapital realisieren muß. Da dieser Prozeß permanent abläuft, muß ein Teil des industriellen Kapitals ständig in Form des Geldkapitals vorhanden sein. Die besondere Bedeutung des Geldkapitals besteht darin, dass es die flüssige, mobile Form des Kapitals ist. Geld ist potentiell Kapital. Wirkliches Kapital wird es erst, wenn es in die Zirkulation geworfen wird. Bleibt es im Sparschwein, zieht es keinen Mehrwert an sich. Geld, das der Kapitalist erst später braucht, realisierter Profit, den er erst ansparen muß, bis er groß genug ist um die Produktion zu erweitern, notwendige Geldreserven für Unvorhergesehenes usw. wird er also nicht rumliegen lassen, sondern auf solche Weise in Kapital verwandeln, daß er es zum Zeitpunkt seines Bedarfs zurückerhält. Er bringt es auf die Bank, oder kauft Aktien, oder verwandelt es auf sonstige Art und Weise in zinstragendes Kapital. Das Kapital, das die Banken den Industriellen verleihen, ist also wesentlich das Kapital anderer Industrieller. Je größer das industrielle Kapital ist, desto größer muß auch das Geldkapital werden.

Wegen der heute für das große Kapital notwendigen weltweiten Positionierung ist gegenwärtig besonders viel Geldkapital im Verhältnis zum fungierenden Kapital notwendig, sozusagen als Kampffonds für Übernahmen.

Der relativ zum Gesamtkapital zyklusübergreifend vergrößerte Anteil des Geldkapitals ist kein, wie verschiedentlich dargestellt, „überschüssiges“ Kapital, insofern es keine produktive Anlage finden könnte, sondern es muß in der jetzigen Größenordnung vorhanden sein, damit das mit ihm verbundene produktive Kapital in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt bestehen kann. Gleichzeitig erhöht sich mit dem steigenden plötzlichen Bedarf an großen Mengen verfügbaren Geldkapitals die Rolle der Spekulation, die in gewissem Grade in der kapitalistischen Ökonomie erforderlich ist, um die Kapitalmobilität zu gewährleisten.

Das bedeutet jedoch nicht, dass die Spekulation besondere Vorrechte erhält, im Gegenteil, sie wird von der bürgerlichen Ökonomie völlig zurecht als notwendiges Übel angesehen, das in den Grenzen gehalten werden muß, in denen es nicht allzu krisenverschärfend wirken kann. Investmentbanken, Rating-Agenturen und Investmentfonds sind nicht die neuen Kommandohöhen der Weltwirtschaft, sie lösen keine Krisen aus, sondern reagieren auf die Krisenprozesse des Kapitalismus und verstärken sie dadurch.

Das Kapital hat absolut kein Interesse an der Behinderung seiner Verwertungsbedingungen durch starke, spekulativ genährte Währungsschwankungen. Daher entwickelt es von sich aus Mittel, um diese Schwankungen in erträglichen Grenzen zu halten. Neben Instrumenten, die im Rahmen des IWF entwickelt wurden, dient beispielsweise auch die Schaffung des Euro-Raumes diesem Ziel.

Den Hauptstoß der Argumentation gegen den *Finanzüberbau* des Kapitals zu richten und nicht *gegen das Kapitalverhältnis selbst*, gerade in einer Zeit, in der in Teilen der Antiglobalisierungs-

bewegung die Illusion vorherrscht, man könne mit Korrekturen an diesem Finanzüberbau oder seiner Beschneidung die Weltwirtschaft „gerechter“ machen, nährt diese Illusionen und erweckt den Anschein, als könne man zwischen dem guten, Arbeitsplätze schaffenden und dem bösen spekulierenden Kapital trennen. Das sind aber zwei nicht voneinander trennbare Formen ein- und desselben Kapitals, das stets von der einen in die andere Form übergehen muß, um sich zu verwerten. Die Kapitalkritik wird dadurch auf eine falsche und zugleich schlecht-moralische Schiene geschoben.

Es kann nicht darum gehen, Kapital in seiner personifizierten Erscheinung oder einer bestimmten Form ein mehr oder weniger großes Quantum an Schuld oder Unschuld an den aktuellen Entwicklungen zuzusprechen, sondern darum, eine Strategie und Taktik auf der Grundlage einer nüchternen Betrachtung der kapitalistischen Wirklichkeit aufzubauen, und letztere ist von ökonomischen Gesetzmäßigkeiten geprägt. Es sei hier an Marx erinnert, der im Vorwort zu ersten Auflage des Kapital schrieb: „Zur Vermeidung möglicher Missverständnisse ein Wort. Die Gestalten von Kapitalist und Grundeigentümer zeichne ich keineswegs im rosigen Licht. Aber es handelt sich um Personen nur, soweit sie die Personifikation ökonomischer Kategorien sind. Weniger als jeder andere kann mein Standpunkt, der die Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation als einen naturgeschichtlichen Prozess auffaßt, den einzelnen verantwortlich machen für Verhältnisse, deren Geschöpf er sozial bleibt, so sehr er sich auch subjektiv über sie erheben mag.“⁸³

7. Großes Kapital, kleines Kapital und Staat

Jedes Kapital braucht, um selbständig fungieren zu können, eine bestimmte Mindestgröße. Die absolute Mindestgröße ist dadurch bestimmt, daß das Kapital bei Verwertung zur allgemeinen Profitrate soviel Profit abwirft, daß der fungierende Kapitalist davon leben und darüber hinaus im erforderlichen Mindestrahmen auch noch akkumulieren kann. Mit dem tendentiellen Fall der Profitrate muß diese Mindestgröße immer weiter anwachsen.

Diese Bestimmung der Mindestgröße reicht aber noch nicht aus. Eine zweite Anforderung ergibt sich aus den technischen Bedingungen, unter denen das Kapital eingesetzt werden soll: Es muß das fixe Kapital vorgeschossen werden für die für den spezifischen Produktionsprozeß erforderlichen Anlagen und Geräte, es muß im passenden Verhältnis dazu für einen Kapitalumschlag das zirkulierende Kapital vorgeschossen werden für den Ankauf von Rohstoffen und Arbeitskräften im richtigen Verhältnis, drittens muß noch eine Geldreserve vorhanden sein für Produktions- oder Absatzstockungen. Dies erfordert je nach der Art der Produktion und dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte ganz unterschiedliche Mindestkapitalgrößen. Aber auch hier ist klar, daß mit der Entwicklung der Produktivkräfte und der Größenordnung der Produktion die Mindestkapitalgröße immer weiter wachsen muß.

Gleichzeitig gibt es auch Höchstgrößen für ein Kapital. Diese liegen in der Marktgröße des jeweils hergestellten Produktes und seiner Erweiterungsfähigkeit.

Ein Kapital, das Zigarettenmaschinen herstellt, kann - auch wenn es Monopolist ist und weltweit die gesamte Tabakindustrie mit seinen Maschinen beliefert - nie so groß werden, wie ein weltweit agierender Automobilkonzern. Das bedeutet, die Kapitalgröße ist nicht nur vom immanenten Konzentrations- und Zentralisationsprozeß abhängig, sondern auch von produktionstechnischen, markttechnischen und historischen Faktoren.

⁸³ Marx, Das Kapital I, MEW 23, S. 16

Natürlich kann ein Kapital auch über seine ursprüngliche Produktionssphäre hinausgreifen und sich auf andere Sphären werfen. Dies ist sogar notwendig, wenn der Akkumulation in der eignen Sphäre Grenzen gesetzt sind, oder auch als Resultat des monopolistischen Bestrebens, sich die Vorbedingungen der eignen Produktion oder die nachfolgenden Produktionsstufen einzuverleiben. Aber diesem Übergreifen auf andere Sphären sind Grenzen gesetzt.

Zum einen bedingt die ständige Bewegung der Ausgleichung der Profitrate, daß die erzielten Profite in den unterschiedlichen Sphären über bedeutende Perioden hinweg eben nicht gleich sind. Das führt zwar einerseits zum Übergreifen auf andre Sphären zwecks Ausgleichung des Risikos, andererseits aber auch zur Aufgabe des Engagements in weniger profitablen Sphären. Zum zweiten erfordert die Entwicklung einer optimalen Verwertungsstrategie von jedem Einzelkapital die genaue Kenntnis und das angemessene Reagieren auf die *spezifischen* ökonomischen und technischen Entwicklungsbedingungen in seiner Sphäre. Die unterschiedlichen Entwicklungen in verschiedenen Sphären können verschiedenartige Strategien erfordern, die sich widersprechen können. Daher kann es sich für ein in verschiedenen Sphären engagiertes Kapital viel komplizierter gestalten, die optimale Verwertungsstrategie zu entwickeln, als für ein nur in einer Sphäre engagiertes Kapital. Was den Profiten in der einen Sphäre nutzt, kann denen in der andren Sphäre schaden. Ein transnationaler Automobilkonzern wird daher in der Regel nicht auch noch Bäckereien regieren wollen.

In der Nichtbeachtung dieses Gesetzes liegt auch einer der Gründe für die Fehlerhaftigkeit der Hilferdingschen Theorie von der Verschmelzung des industriellen Kapitals mit dem Bankkapital zum Finanzkapital. Natürlich ist an dieser Theorie richtig, daß je enger die Verbindungen zwischen einer Bank und einem Konzern sind, je mehr der Gewinn der Bank von den Profiten dieses Konzerns abhängen und je mehr die Profite des Konzerns von der Finanzierung durch diese eine Bank abhängen, sie beide am gegenseitigen Wohlergehen interessiert sind und in ihren eigenen Entscheidungen auf die Interessen des mit ihnen verbundenen Rücksicht nehmen müssen. Doch gerade dies hindert sie an der Entwicklung einer optimalen Strategie. Daher findet man in der Praxis kaum einen Großkonzern, der von nur einer Bank in seinen Finanzierungsbedürfnissen abhängig ist, und kaum eine Bank, die die Hausbank nur eines Konzerns ist.

Nicht nur die gesellschaftliche Gesamtarbeit, *auch das gesellschaftliche Gesamtkapital ist auf der Grundlage des Privateigentums arbeitsteilig organisiert*. Daran ändern auch die vielfachen Verflechtungen nichts.

Das treibende Motiv jedes Einzelkapitals ist die Optimierung seiner eignen Selbstverwertung. Die Auswirkungen des eigenen Handelns auf die Entwicklung verbundener oder konkurrierender Kapitale, auf die Entwicklung der eignen oder fremder Sphären, auf die Entwicklung der Märkte und der Nationen interessieren dabei einzig unter dem Gesichtspunkt ihrer Rückwirkung auf die eigene Selbstverwertung.

Indem die industriellen Kapitale jeder Sphäre in Konkurrenz gegeneinander ihre Selbstverwertung optimieren, optimieren sie im Rahmen der gegebenen Bedingungen die Mehrwertproduktion und die Ausbeutung in ihrer Sphäre. Je weniger Rücksicht sie dabei auf andere Interessen nehmen müssen, desto besser können sie diese ihre begrenzte Funktion erfüllen.

Indem die Handelskapitale in Konkurrenz gegeneinander ihren jeweiligen Handelsprofit zu optimieren versuchen, optimieren sie im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten die Realisierungsbedingungen des Kapitals.

Indem die Banken an der Optimierung des Bankgewinns arbeiten, optimieren sie im Rahmen der gegebenen Bedingungen die Verteilung des gesellschaftlichen Kapitals auf die verschiedenen Sphären der Produktion und des Handels.

Dabei ist es egal, wem das Kapital letztlich gehört. Der Industrielle, der der Bank Kapital verleiht, verleiht es ihr als zinstragendes Kapital. Der Bankier hat es so weiterzuverleihen, daß der Rückfluß möglichst sicher ist und die Zinsen möglichst hoch sind - ohne Rücksicht auf die sonstigen Interessen, die der verleihende Industrielle nebenbei noch haben mag. Der Industrielle seinerseits muß das vom Bankier geliehene Geld so einsetzen, daß es sich in seiner Produktion optimal verwertet - ohne Rücksicht darauf, daß er damit möglicherweise die Verwertungsbedingungen eines anderen Kapitals schmälert, dem möglicherweise der gleiche Bankier ebenfalls Kredit gab.

In diesem arbeitsteiligen System des gesellschaftlichen Gesamtkapitals optimieren die Staaten in Konkurrenz zueinander die Verwertungsbedingungen des Gesamtkapitals auf ihrem Territorium.

Auf dieser Grundlage ist das nationale Kapital vielfach gegliedert, von kleinsten Schwitzbuden, bis hin zu transnationalen Konzernen. Diese Gliederung ist nicht zufällig, sondern hat sich im historischen Prozeß mit einer gewissen Notwendigkeit ergeben. Sie erfährt beständige Veränderungen mit der Entwicklung der Produktivkräfte und der Verwertungsbedingungen.

In den kleinen Betrieben mit niedriger organischer Zusammensetzung wird im Verhältnis zur Kapitalgröße wesentlich mehr Mehrwert geschaffen, als in den großen Konzernen mit hoher organischer Zusammensetzung. In Profit verwandelt sich aber für alle etwa der Teil des Gesamtmehrwerts, der ihrem Anteil am gesellschaftlichen Gesamtkapital entspricht.

Wären die Kleinen mit niedriger organischer Zusammensetzung also verschwunden, würde auch für die Großen die Profitrate gewaltig einbrechen. Insofern sind auch die Großen von den Kleinen abhängig.

Die Kleinen wiederum gewinnen erst durch die Großen ihren Markt, entweder indem sie deren direkte Zulieferer sind, oder indem die Einkommen der bei den Großen Beschäftigten die Grundlage ihres Marktes bilden.

Die kleinen Kapitale sind in der Regel krisenanfälliger als die großen, weil sie das Sinken der Profitrate weniger durch die Profitmasse kompensieren können.

Aber auch der langfristige tendentielle Fall der Profitrate, der sich durch die natürlichen Grenzen, die der weiteren Verkürzung der Umschlagszeiten des Kapitals gesetzt sind, wieder stärker zu manifestieren droht, bedroht die kleinen Kapitale in ihrer Existenz stärker als die Großen. Schon heute ist das Hauptproblem der sogenannten mittelständischen Industrie in Deutschland ihr geringer Eigenkapitalanteil.

In dem Maße, in dem fungierende Kapitale sich der oben bezeichneten Minimalgröße eines Einzelkapitals nähern, oder genauer: in dem Maße, wie diese Minimalgröße sich ihnen nähert, wird die Kreditvergabe an sie für die Banken riskanter.

Bei der Ausweitung von Firmenzusammenbrüchen zur allgemeinen Krise sind die Banken das zentrale Bindeglied. Bricht der Kredit erst mal zusammen, dann reißt einer den anderen in den Abgrund. Daher ist die Stabilität der Banken für den Kapitalismus entscheidender als die jedes anderen Unternehmens. Dabei stoßen wir auf folgendes Problem: Je mehr Fremdkapital ein Kapital im Verhältnis zu seiner eigenen Größe an sich binden kann, desto besser kann es sich verwerten. Es zieht an sich als Profit tendentiell den Teil des gesellschaftlichen Gesamtmehrwerts der seinem Anteil am fungierenden Gesamtkapital entspricht. Hiervon muß es den Zins auf sein Fremdkapital abziehen und an den Verleiher abführen. Es bleibt ihm als Nettoprofit der Zins auf das Eigenkapital und der Unternehmergewinn auf Eigen- und Fremdkapital. Ähnlich stellt sich die Sache für die Banken dar. Ihr Bankgewinn besteht aus dem Zins auf ihr verliehenes Eigenkapital

und der Zinsdifferenz auf ihr Fremdkapital zwischen den Zinsen, die sie selbst für Einlagen zahlen, und denen, die sie fürs weiterverleihen erhalten. Je mehr Fremdkapital sie also an sich ziehen, desto mehr Gewinn können sie also ihrem Eigenkapital einverleiben. Aber je geringer das Eigenkapital ist, desto größer ist das Risiko für die Geber des Fremdkapitals, daß sie beim Scheitern der Unternehmung ihr Kapital nicht wiedersehen. Kann der Nehmer des Fremdkapitals nicht zahlen, so gerät auch der Geber in Zahlungsschwierigkeiten, es beginnt ein Domino-Effekt, der - wenn die Banken selbst auch in Zahlungsschwierigkeiten geraten - sich zur Kreditkrise und schließlich zur Geldkrise ausweiten kann.

Mit der Internationalisierung der Finanzmärkte wird die Notwendigkeit eines stabilen internationalen Bankensystems zu einer Lebensfrage des Kapitalismus. Daher gibt es seit Jahren internationale Verhandlungen um rigidere und einheitlichere Regeln für das Minimum an Eigenkapital, das die Banken bei der Vergabe von Krediten einbringen müssen (Basel II). Dies bedeutet aber auch daß die Banken ihrerseits noch stärker auf die Bonität ihrer Kreditnehmer achten müssen. Je größer das Risiko eingeschätzt wird, desto höhere Zinsen werden fällig. Dies beunruhigte vornehmlich die kleineren Kapitale mit dünner Eigenkapitaldecke. Inzwischen wurde im Juni 2004 Basel II verabschiedet, gegenüber den ursprünglichen Plänen mit einigen Konzessionen an die „mittelständische“ Industrie.

Doch Basel II verstärkt nur das grundsätzliche Dilemma, dem sich das kleine Kapital bei weiterem Fall der Profitrate gegenüber sieht. Hier werden mit den Reproduktionsbedingungen des kleinen Kapitals die Reproduktionsbedingungen des Gesamtkapitals gefährdet, hier muß der Staat eingreifen. Dem Fall der Profitrate läßt sich nur begegnen mit der Erhöhung der Mehrwertrate ohne gleichzeitige Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals. Mit anderen Worten, Produktion von absolutem Mehrwert ist angesagt: Senkung der Löhne und der Lohnnebenkosten genannten Lohnbestandteile, also des Preises der Arbeitskraft unter seinen Wert, Verlängerung der Arbeitszeiten, Wochenarbeitszeit, Lebensarbeitszeit, Senkung der Steuern, die ebenfalls Abzug vom Profit bedeuten, dies ist der Rezeptkatalog der konzertierten Aktion von Kapital und Staat - in erster Linie zur Rettung des kleinen Kapitals.

Häufig wird der Staat als Staat des großen Kapitals dargestellt. Wir halten dies für falsch, oder zumindest für einseitig. Natürlich kann ein größeres Kapital wesentlich stärkeren Einfluß auf die Entscheidungsträger im Staate ausüben, als ein kleineres. Aber das ändert nichts daran, daß der Staat die Reproduktionsbedingungen des gesellschaftlichen Gesamtkapitals zu gewährleisten hat, vom TNK bis hinunter zur kleinsten Klitsche. Dies auch im Interesse der Großen, die aus wohlverstandener Eigeninteresse, wie oben gezeigt, an der Aufrechterhaltung der Existenzbedingungen der kleinen interessiert sind.

Auch unter diesen Aspekten sollte überdacht werden, ob es richtig ist, die politische Strategie ausschließlich gegen die Transnationalen Konzerne als dem mächtigsten Part des Kapitals zu fokussieren, oder ob nicht stärker das Kapitalverhältnis insgesamt ins Visier genommen werden müßte.

All das, was sich in der jüngsten Zeit im Rahmen der als neoliberal umschriebenen Politik vollzieht, ist nichts anderes, als der Versuch der herrschenden Klasse, den politischen Überbau mit den neuen Verwertungsbedingungen des Kapitals in Übereinstimmung zu bringen und das ist, wie die Geschichte des Kapitalismus zeigt, nichts Neues:

War der Freihandel des 19. Jahrhunderts die Freiheit des Kapitals, die „paar nationalen Schranken, die noch die freie Entwicklung des Kapitals einengen“⁸⁴ einzureißen, die alten, noch aus der Feudalzeit stammenden Schranken zu beseitigen, den Kapitalismus als System historisch zu stabilisieren, so war die staatsmonopolistische Regulierung des 20. Jahrhunderts Ausdruck des Bestrebens der herrschenden Klasse, auf Veränderungen im kapitalistischen System zu reagieren, welche den Glauben an die „Selbsteilungskräfte“ des Marktes erschüttert hatten.

Der Kapitalismus als Gesellschaftsformation, wie jede andere Gesellschaftsformation auf Grundlage der ihr typischen Gesetzmäßigkeiten organisiert, und gleichzeitig Ausdruck allgemeiner, den gesamtgesellschaftlichen Fortschritt im historischen Sinne vorantreibenden Gesetzmäßigkeiten, ein lebendiger, umwandlungsfähiger Organismus, kann nicht in Formen verharren und subjektiv irgendeinen Status quo festschreiben. Da er kein fester Kristall, sondern ein pulsierendes System ist, so sind seine Facetten veränderbar, vielgestaltig und von unterschiedlicher Farbgebung.

⁸⁴ Marx, Rede über den Freihandel, MEW 4, S. 455

IV. Reflexe dieser Entwicklung im bürgerlichen Diskurs

Die politische Ökonomie versucht die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise nachzuvollziehen, auf Begriffe zu bringen und Ratschläge zu geben für möglichst zweckmäßiges Verhalten innerhalb dieser Produktionsweise, wobei der Zweck durch die Produktionsweise selbst vorgegeben ist: Die private Akkumulation von gesellschaftlichem Reichtum, also Akkumulation von Wert, also Selbstverwertung des Werts, Kapital.

Weil die Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise gleichzeitig die allseitige Entfaltung des inneren Widerspruchs der Ware zwischen Gebrauchswert und Wert ist, sich entfaltet als Widerspruch

- zwischen Ware und Geld,
- zwischen den verschiedenen Funktionen des Geldes,
- zwischen Lohnarbeit und Kapital,
- zwischen produktivem und Zirkulationskapital,
- zwischen fungierendem und zinstragendem Kapital,
- zwischen Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit und ihrer Fesselung,
- zwischen Produktion und Zirkulation,
- zwischen der ökonomischen Basis und dem politischen Überbau der Gesellschaft,

und weil diese Widersprüche die Produktionsweise ständig verändern, ständig zu neuen auf Zeit funktionierenden Verlaufsformen dieser Widersprüche führen, *muß die politische Ökonomie* aufgrund ihrer ahistorischen Voraussetzung, die kapitalistische Produktionsweise sei die Produktionsweise schlechthin, *ständig versuchen diese Widersprüche theoretisch zu harmonisieren.*

Und das kann sie nur, indem sie als *besondere Schule* sich jeweils auf einen Pol stellt und von diesem entwickelt, wie er den anderen positiv beeinflussen kann. Doch dabei übersieht sie die negativen Rückwirkungen dieses positiven Einflusses auf den eigenen Pol und muß daher abgelöst werden von einer *anderen Schule*, die sich auf den entgegengesetzten Pol stellt und von dort die gleiche Prozedur vollzieht. So entwickelt sich die bürgerliche politische Ökonomie in einem Prozeß sich ablösender Schulen und Moden, die in ihren Theorie-Konjunkturen die aus der wirklichen Bewegung der Widersprüche sich ergebenden Konjunkturen reflektieren.

Staatseingriff oder Selbstheilungskräfte, Schutzzoll oder Freihandel, Carey oder Bastiat, Kolonialismus oder Weltmarktkonkurrenz, Banking- oder Currency-Schule, Monopol oder Konkurrenz, Austerität oder Credit-spending, Keynes oder Friedman, Nachfrage- oder Angebotsorientierung, Neokeynesianismus oder Neoliberalismus, nationale Regulation oder Globalisierung, das sind die Pole, zwischen denen die *bürgerliche Theorie* in ihrem Bestreben, die Sache rein zu erfassen, hin- und herspringt.

Die *wirtschaftspolitische Praxis* muß da pragmatischer sein. Sie kann nur erfolgreich die Reproduktionsbedingungen des Kapitals aufrechterhalten, wenn sie zwischen diesen Polen laviert, sich Elemente aus jedem der sich widersprechenden Theoriegebäude herauspickt und so den Widerspruch in sich selbst aufnimmt. Dabei nähert sie sich - getrieben durch die konkreten Umstände - mal mehr der einen, mal mehr der anderen Position an. Dies macht durchaus Sinn, fordern doch die konkreten Interessen des nationalen Kapitals in Abhängigkeit von seiner Position auf dem Weltmarkt, oder der Kapitalfraktion mit dem maßgeblichsten Einfluß, sei sie nun national oder

transnational organisiert, mal mehr das Eine, mal mehr das Andere, wobei jede der Strategien ihren Pferdefuß für die Kapitalakkumulation hat, der sich um so gewaltiger zu einer Bedrohung der Reproduktion auswächst, je länger die Politik den Zeitrahmen der beschränkten Wirkung überdehnt und dogmatisch in der Nähe eines Theoriepols verharret. Die Korrektur, der Rückschlag muß dann um so extremer erfolgen.

Einen geraden Mittelweg zwischen den Polen gibt es nicht. Die Winde stehen so, daß die Politik beständig gezwungen ist, in langen Schlägen zwischen Skylla und Charybdis zu kreuzen. Hinzu kommt, das mal das eine, mal das andere dieser Ungeheuer, der polarischen Abkömmlinge der politischen Ökonomie, je nachdem, wie der Wind dreht, gleich den Sirenen den Eindruck erwecken kann, es wäre die Wahrheit, das Ziel.

So zum Beispiel in der Geldkrise genannten Phase der Produktions- und Handelskrisen, wenn das Kreditsystem unvermittelt ins Monetarsystem umschlägt: „Eben noch erklärte der Bürger in prosperitätstrunknem Aufklärungsdünkel das Geld für leeren Wahn. Nur die Ware ist Geld. Nur das Geld ist Ware! gell'ts jetzt über den Weltmarkt.“⁸⁵

Denkt man die Konsequenzen der *reinen* Theorien zu Ende, so verwandelt sich z.B. der konsequente Freihändler in einen speziellen Protektionisten und umgekehrt.

Nehmen wir den Apologeten der Marktheilungskräfte, dessen Credo die freie Konkurrenz ist, in die sich kein Staat einzumischen habe. Doch die freie Konkurrenz führt zum Monopol, wodurch die Konkurrenz und ihre „Heilkräfte“ eingeschränkt werden. Unser Marktheilkundler und Gegner jeglicher Staatseinmischung aus Prinzip beginnt nun den antimonopolistischen *Staatseingriff* zu fordern zur Aufrechterhaltung der heilsamen Wirkung des Marktes.

Der konsequente Protektionist hingegen, der das nationale Kapital vor den schädlichen Wirkungen übermächtiger Konkurrenz auf dem Weltmarkt durch Staatseinmischung und staatlich geförderte Monopolbildung geschützt sehen will, sieht sich im Ergebnis seines Protektionismus mit den Reaktionen der anderen Staaten konfrontiert, die auf seinen Protektionismus ebenfalls mit protektionistischen Sanktionen reagieren und dadurch die durch den Protektionismus beabsichtigte Schaffung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt wieder zunichte machen. Er muß also gegen den fremden Protektionismus angehen und die *Prinzipien des Freihandels* einfordern.

⁸⁵ Marx, Das Kapital I, MEW 23, S. 152

1. Keynesianismus und Neoliberalismus -

zwei Komponenten der bürgerlichen Ökonomie im Rahmen sich verändernder Verwertungsbedingungen

Die unübersehbare Zuspitzung der Widersprüche, die Entwicklung der Arbeiterbewegung, schließlich die Oktoberrevolution von 1917 waren Momente, die die herrschende Klasse zwangen, nach Wegen zu suchen, wie Stabilität nicht nur des wirtschaftlichen Ablaufs, sondern des kapitalistischen Systems überhaupt zu erreichen war. Noch während des Krieges, 1917, schrieb Walter Rathenau (Sohn des Gründers der AEG, zu Beginn der 20er Jahre Wiederaufbau- und Außenminister): „Die Ordnung, zu der wir gelangen, wird eine privatwirtschaftliche sein, wie die gegenwärtige, doch keine ungezügelt. Ein Gemeinschaftswille wird sie durchdringen, der gleiche, der heute alles solidarische Menschenwerk durchdringt, mit Ausnahme eben des wirtschaftlichen Schaffens; eine Sittlichkeit und Verantwortung wird sie durchdringen, die heute jeden Dienst an der Gemeinschaft adelt.“⁸⁶

Hatte Lenin das Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus charakterisiert, so reflektierte Rathenau dieses Wesen als Theoretiker und Apologet der Monopolbourgeoisie in völliger Ignoranz der objektiven Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise. Aber er brachte die den veränderten Verwertungsbedingungen entsprechenden Interessen des Monopolkapitals auf den Punkt. Und diese Interessen finden ihren nachhaltigen Niederschlag in der Theorie von John Maynard Keynes, die den Widerspruch zwischen Produktion und Markt und die sich daraus ergebenden Ungleichgewichte zwar anerkennt, ihn aber auf subjektive Ursachen zurückführt. Die Ignoranz gegenüber den objektiven Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise, die rein oberflächliche Betrachtungsweise seiner Wirkungsmechanismen, kann in den krisenhaften Verläufen nur das Ergebnis von subjektiven Verhaltensweisen der „Wirtschaftssubjekte“ erkennen, die - würden sie anders handeln, nicht krisenerzeugend wirken würden. Daraus ergibt sich die Möglichkeit, durch klügeres Handeln der „Wirtschaftssubjekte“, und besonders des größten dieser Subjekte, des Staates, die Krisen zu vermeiden. Die Illusion eines mittels dirigistischen Staatseingriffs prosperierend und weitgehend krisenfrei gehaltenen Kapitalismus wird erzeugt.

Die Hauptströmung der politischen Ökonomie des 19. Jahrhunderts setzte auf die „Selbstteilungskräfte des Marktes“. Sie fand ihre äußerste Zuspitzung im „Sayschen Gesetz“, benannt nach dem Vulgärökonom⁸⁷ Jean Baptiste Say, nach dem sich jedes Angebot die ihm entsprechende Nachfrage schaffe. Die Wirklichkeit der regelmäßig sich wiederholenden und an Ausmaß zunehmenden Überproduktionskrisen führte diese Auffassung ad absurdum. Besonders angesichts

⁸⁶ Jürgen Kuczynski, Zur Geschichte der bürgerlichen politischen Ökonomie, Verlag deb, S. 463

⁸⁷ Wir unterscheiden mit Marx zwischen der klassischen politischen Ökonomie und der Vulgärökonomie. Die klassische politische Ökonomie begann mit Petty und erreichte mit Smith und Ricardo ihren Höhepunkt, von dem aus sie keine weitere Entwicklungsmöglichkeit mehr hatte, ohne in die Untergrabung ihrer Grundlagen, in Selbstkritik, in eine Theorie der Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, in Sozialismus umzuschlagen. Diesen definitiven Abschluß der klassischen politischen Ökonomie durch ihre Kritik leistete Marx. Während die klassische politische Ökonomie den inneren Zusammenhang der bürgerlichen Produktionsverhältnisse erforschte, treibt die Vulgärökonomie sich nur innerhalb innerhalb des *scheinbaren* Zusammenhangs herum, kaut das von der wissenschaftlichen Ökonomie längst gelieferte Material bloß wieder für eine plausible Verständlichmachung der sozusagen größten Phänomene und für den bürgerlichen Hausgebrauch, und beschränkt sich im übrigen darauf, die banalen und selbstgefälligen Vorstellungen der bürgerlichen Produktionsagenten von ihrer eigen besten aller Welten zu systematisieren, pedantisieren und als ewige Wahrheiten zu proklamieren. (Marx, Das Kapital I, MEW 23, S. 95)

der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 reihte sich Keynes daher ein in die Ahnenreihe von Quacksalbern über Sombart bis zu Rodbertus, die den Selbstheilungskräften mit speziellen Rezepturen auf die Sprünge helfen wollten. Den Kapitalismus als einzig mögliche Gesellschaftsordnung voraussetzend, ihren historischen Charakter leugnend, konnten sich seine Fragestellungen nur auf der Oberfläche dieser Gesellschaftsordnung bewegen, gebunden an deren Kategorien, und damit konnten letztendlich auch seine Antworten nur halbgeare Reparaturhinweise für den Kapitalismus liefern.

Ausgehend von der Annahme, dass für eine gut funktionierende Wirtschaft die zahlungsfähige Gesamtnachfrage von entscheidender Bedeutung sei, und dass bei entsprechender Prosperität die Bürger über steigende Einkommen verfügen, welche wiederum Ausgangspunkt für steigenden Konsum seien, würden dennoch, so meinte Keynes, die Einkommen ihrem Volumen nach nicht völlig in Konsum aufgehen, sondern zum Teil als Bargeld oder in Form verschiedener Spareinlagen zurückgehalten und damit zu einem Ausfall an effektiver Gesamtnachfrage führen. Wobei unterschieden werden müsse zwischen mangelnder Nachfrage nach Konsumgütern und mangelnder Nachfrage nach Produktionsmitteln. Mangelnde Nachfrage nach Konsumgütern könne in bestimmtem Maße durch Investitionen im Produktionsmittelbereich ausgeglichen werden. Da aber auch die Unternehmer zu bestimmten Zeiten nur unzureichend investieren würden, weil der Grad des Vertrauens in künftigen Profit ungenügend sei, würde sich eine Ungleichheit zwischen Sparen und Investieren zugunsten des Sparens entwickeln und dieses wiederum zu einem Beschäftigungsrückgang führen. Entscheidend sei, dass die Unternehmer durch günstige Profiterwartungen zu Investitionen motiviert würden, und diese würden durch den Konsumverzicht des Sparerers beeinträchtigt. Dementsprechend schädige jede Kürzung privater oder öffentlicher Ausgaben das Investitionsklima. Daher wandte sich Keynes entschieden gegen das Sparprogramm der damaligen englischen Regierung: „Wenn wir jedoch die *Sparsamkeit* auf allen Gebieten logisch zu Ende führen, so werden wir finden, dass wir das Budget mit einer Einnahme und einer Ausgabe von Null in's Gleichgewicht gebracht haben, während wir alle verhungert auf dem Rücken liegen, weil wir es aus Ersparnisgründen ablehnen, 'die Dienste unserer Nächsten in Anspruch zu nehmen'.“⁸⁸

„Wenn die Unternehmungstätigkeit rege ist, wird Vermögen angesammelt, wie immer die Spartätigkeit beschaffen sein mag; wenn die Unternehmungstätigkeit träge ist, verfällt das Vermögen, wie immer sich die Spartätigkeit verhalten mag.

Somit kann die Spartätigkeit die Magd der Unternehmertätigkeit sein. Aber ebenso kann sie es auch nicht sein. Und vielleicht ist sie es sogar gewöhnlich nicht. Denn die Unternehmertätigkeit steht mit der Spartätigkeit nicht direkt in Verbindung, sondern nur mittelbar, und das Glied, das sie zusammenketten sollte, fehlt häufig. Denn die Kraft, welche die Unternehmenstätigkeit treibt, ist nicht die Ersparnis, sondern der Gewinn.

Damit nun die Unternehmungstätigkeit lebhaft sei, müssen zwei Bedingungen erfüllt sein. Es müssen Gewinnchancen vorliegen und es muss den Unternehmern möglich sein, Verfügungsmacht über genügend große Mittel zu erlangen, um ihre Pläne zur Durchführung zu bringen.“⁸⁹

Kuczynski fasst die wesentlichsten von Keynes an den Staat gerichteten Forderungen wie folgt zusammen:

⁸⁸ J.M.Keynes, Sparprogramm gegen Zolltarif in Großbritannien, zitiert nach: Der Keynesianismus III, Springer Verlag Berlin, Heidelberg, New York 1981, S. 249

⁸⁹ J.M.Keynes, Vom Gelde, zitiert nach: Der Keynesianismus III, S. 248

- Die Politik der Inflation, die
 - eine 'risikolose', nicht durch Streiks gefährdete Senkung der Reallöhne erlaube und die
 - den Schuldner, also den Monopolisten, der Gelder aufnimmt, begünstigt, da er Zinsen und Kapital entwertet (an die kleineren Sparer über die Banken) zurückzahlen kann.
- Die Politik des sinkenden Zinsfußes um den Monopolisten die Aufnahme von Schulden zusätzlich zu erleichtern.
- Höhere Investitionen durch den Staat selbst.⁹⁰

Insbesondere im letzten Punkt sah Keynes ein wirksames Mittel, um eine effektive Gesamtnachfrage zu garantieren, speziell durch unproduktive Aufwendungen wie den Straßenbau, den Neubau von Schulen, Krankenhäusern usw., aber auch durch Rüstungsaufträge, welche für die Rüstungsindustrie durch die stabile, von der Marktkonkurrenz scheinbar unabhängige Staatnachfrage sichere Profite garantiert. Und in der Tat, als Militarisierung der kapitalistischen Wirtschaft ergänzt um den Krieg finden wir im deutschen Faschismus die einzige Keynesvariante, die einen größeren als nur punktuell dämpfenden Effekt auf den Krisenzyklus ausüben konnte, allerdings ebenfalls mit weit größerer Zerstörung von Kapital und Arbeitskraft im Gefolge als die schwerste rein ökonomische Krise je anzurichten vermochte.

Wie dem Kapital, so war auch für Keynes die Art der Nachfrage unwichtig, Hauptsache es wird zahlungsfähige Nachfrage geschaffen, die das Sparen kompensiert: „Notfalls ist es immer noch besser, Pyramiden zu bauen als eine Arbeitslosigkeit zu dulden.“⁹¹

Warum ist die Keynesianische „Lösung“ des Realisierungsproblems keine Lösung?

Das Realisierungsproblem äußert sich darin, daß phasenweise die gesamtgesellschaftliche zahlungsfähige Nachfrage die Produktionskapazität und damit das vorhandene und erst recht das mögliche Angebot weit unterschreitet.

Wie kann das sein? Erhält nicht jeder im Austausch im Durchschnitt gesehen exakt den Wert, den er liefert? Entspricht nicht die Summe der Löhne und Bruttoprofite genau dem neu in Waren vergegenständlichten Wert und steht nicht dadurch jeder Ware genau die entsprechende Kaufkraft gegenüber? Wertmäßig stimmts⁹², soweit hat Say recht.

Doch wer Geld hat, *kann* kaufen, muß aber nicht. Wenn er kaufen muß, so entspringt das nicht der Natur seines Geldes, sondern anderen Gründen, z.B. daß er leben muß, dazu essen muß, sich kleiden usw., oder auch sein Kapital verwerten.

Andererseits, wer Ware produziert hat, *muß* sie verkaufen. Sie hat für ihn keinen Gebrauchswert, sie hat nur Gebrauchswert für andre. Scheinbar liegt das Realisierungsproblem daran, daß die Geldbesitzer ihr Geld nicht vollständig in Ware verwandeln, einen Teil also sparen.

Doch was ist Sparen? - Die Sparer stecken ihr Geld nicht mehr in den Strumpf und vergraben es auch nicht mehr im Garten. Denn Geld, das nicht als Kapital in die Zirkulation geworfen wird,

⁹⁰ Jürgen Kuczynski, Zur Geschichte der bürgerlichen politischen Ökonomie, S. 224

⁹¹ J.M.Keynes, zitiert nach: M.Wimmer, K.Hartwig, Gesellschaft und Wirtschaft, Verlag Moritz Diesterweg, FfM 1972, S. 201

⁹² abgesehen von den ständig notwendigen Entwertungen durch Disproportionen, den Wertrevolutionen durch Veränderungen in der Produktivkraft und den oben am Beispiel des Eisenbahnbaus beschriebenen zeitlichen Verlagerungen

kann keinen Mehrwert an sich ziehen. Also wirft der Sparer sein Geld in die Zirkulation, verleiht es der Bank; die hortet es aber auch nicht, sondern verleiht die gesammelten Ersparnisse weiter. Wer leiht von der Bank? - Jemand, der über sein eigenes Geldvermögen hinaus Waren kaufen will, oder schon gekauft hat und nun bezahlen muß. So kommen wir scheinbar nicht weiter. Was der eine nicht kauft, das kauft der andre. Wenn aber bei den Banken Kreditaufnahmen im Verhältnis zu den Depositeneinzahlungen schrumpfen? - Dann sinkt der Zinssatz, die Kreditaufnahme wird attraktiver und die Depositen lohnen sich kaum noch. Der Sparer bringt sein Geld nicht mehr zur Bank, sondern verwandelt es in Aktien und Wertpapiere. Wer verkauft die Aktien und Wertpapiere? - Die Banken, deren Reserve sie bilden. Und was machen die Banken mit dem Geld? Sie verleihen es; man sieht, mit der Spartheorie kommt man nicht weiter bei der Erklärung des Realisierungsproblems.

Sparen heißt im ersten Schritt nichts anderes, als die Verwandlung von Geld in Geldkapital, und das heißt, Akkumulation von Geldkapital, also potentiell, verleihbarem Kapital bei den Banken. Damit es wirkliches Kapital werde, muß es verliehen werden an jemanden, der dieses Geldkapital in fungierendes Kapital verwandelt, das im Produktionsprozeß der Mehrwertproduktion oder im Zirkulationsprozeß der Mehrwertrealisation dient.

Aber die Akkumulation von Geldkapital und die Akkumulation von wirklichem Kapital müssen unterschieden werden. In die Akkumulation des Geldkapitals bei den Banken geht nicht nur der Teil des realisierten Profits und des temporär nicht fungierend eingesetzten Kapitals ein, der angespart/aufbewahrt werden soll für spätere Akkumulation des wirklichen Kapitals, sondern auch der Teil des Profits und der übrigen Revenuen, der angespart/aufbewahrt werden soll für künftigen individuellen Konsum. „Es geht also ein Moment in die Akkumulation des Geldkapitals ein, das wesentlich verschieden ist von der wirklichen Akkumulation des industriellen Kapitals; ... Nach dieser Seite hin muß also die Akkumulation des Geldkapitals immer eine größere Akkumulation von Kapital widerspiegeln, als wirklich vorhanden ist, indem die Ausdehnung der individuellen Konsumtion, weil vermittelt durch Geld, als Akkumulation von Geldkapital erscheint, weil sie die Geldform liefert für wirkliche Akkumulation, für Geld, das neue Kapitalanlagen eröffnet.“⁹³

Die Erweiterung der Akkumulation von Geldkapital kann teils das Resultat erweiterter wirklicher Akkumulation sein, teils Resultat von Momenten, die die wirkliche Akkumulation begleiten, aber ganz von ihr verschieden sind, teils endlich auch das Resultat sogar von Stockungen der wirklichen Akkumulation.

Die Bewegung des Leihkapitals im industriellen Zyklus verläuft im wesentlichen in umgekehrter Richtung zu der des industriellen Kapitals. Nur in der Phase der wachsenden Belebung und der beginnenden Prosperität fällt reichliches Vorhandensein von Leihkapital mit großer Expansion des industriellen Kapitals zusammen. Am Beginn des Zyklus fällt der niedrige Zinsfuß (also Überfluß an Leihkapital) zusammen mit Kontraktion der Produktion, am Ende hoher Zinsfuß (also Mangel an Leihkapital) mit Überreichlichkeit von industriellem Kapital. Warenkapital und fiktives Kapital verliert in der Krise und bei Geschäftsstockungen in großem Maße seine Eigenschaft, potentielles Geldkapital darzustellen.

Die Realisierungskrise zeigt sich augenscheinlich und offensichtlich darin, daß zuviel Kapital produziert wurde, mehr als sich durch den Verkauf realisieren läßt. Daher schwinden die Profite und es lohnt sich nicht mehr, Geldkapital in produktives Kapital zu verwandeln. Aber gleichzeitig

⁹³ Marx, Das Kapital III, MEW 25, S. 521f

geht es auch gar nicht mehr, denn mit dem Schwinden der Profite, schwindet auch das leihbare Geld. Die Kapitalisten müssen nun Geld aufnehmen, um ihre Gläubiger zu befriedigen, die sie nicht mehr aus realisiertem Kapital befriedigen können. Der Kredit zieht sich zusammen, alles gierig nach barem Geld, die Kurse der Aktien und Wertpapiere fallen. In der Realisierungskrise sinkt mit der Profitrate nicht die Nachfrage der industriellen und kommerziellen Kapitalisten nach Geldkapital, es sinkt das Angebot an Geldkapital.

Im Allgemeinen bedeutet jede Erhöhung der Löhne bei sonst gleich bleibenden Umständen eine Verringerung der Profite und umgekehrt. In der Krise ist das anders. Hier findet Einschränkung der Produktion, Entwertung von Kapital statt, daher sowohl Sinken der Beschäftigung und damit der Löhne und erst recht der Lohnsumme, als auch Sinken der Profitrate und des Profits. In der Realisierungskrise erscheint die Kaufkraft als Schranke der Realisation des Kapitals, die Realisation des Kapitals als Schranke seiner Produktion und die Produktion des Kapitals wiederum als Schranke der Kaufkraft. Heilmittel, die an einem dieser Punkte ansetzen, z.B. an der Kaufkraft, vergessen meist die Rückwirkungen auf die anderen Bereiche.

Die Linkskeynsianer, die Erhöhung der Massenkaukraft fordern, vergessen, daß dadurch die Profitrate gesenkt wird, also die Grenze der Produktion noch enger gezogen, die Produktion noch stärker eingeschränkt, also auch die Massenkaukraft noch weiter reduziert werden würde; abgesehen davon, daß in Zeiten der Depression, also hoher Arbeitslosigkeit, das Kräfteverhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital zur Durchsetzung dieser Forderung denkbar ungünstig ist. Ihren Vorgängern schrieb Marx ins Stammbuch:

„Es ist eine reine Tautologie zu sagen, daß die Krisen aus Mangel an zahlungsfähiger Konsumtion oder an zahlungsfähigen Konsumenten hervorgehen. ... Daß Waren unverkäuflich sind, heißt nichts, als daß sich keine zahlungsfähigen Käufer für sie fanden, also Konsumenten ... Will man aber dieser Tautologie einen Schein tieferer Begründung dadurch geben, daß man sagt, die Arbeiterklasse erhalte einen zu geringen Teil ihres eignen Produkts, und dem Übelstand werde mithin abgeholfen, sobald sie größern Anteil davon empfängt, ihr Arbeitslohn folglich wächst, so ist nur zu bemerken, daß die Krisen jedesmal gerade vorbereitet werden durch eine Periode, worin der Arbeitslohn allgemein steigt und die Arbeiterklasse realiter größern Anteil an dem für Konsumtion bestimmten Teil des jährlichen Produkts erhält. Jene Periode müßte - von dem Gesichtspunkt dieser Ritter vom gesunden und »einfachen« (!) Menschenverstand - umgekehrt die Krise entfernen. Es scheint also, daß die kapitalistische Produktion vom guten oder bösen Willen unabhängige Bedingungen einschließt, die jene relative Prosperität der Arbeiterklasse nur momentan zulassen, und zwar immer nur als Sturmvogel einer Krise.“⁹⁴

Der klassische Keynesianismus fordert höhere Investitionen des Staates.

Höhere Investitionen des Staates versprechen den Unternehmen der betroffenen Branchen (Bau-
branche, Rüstungsindustrie) vollere Auftragsbücher und relativ sichere Profite.

Aber wie kann der Staat diese höheren Ausgaben finanzieren?

a) indem er sich für seine erweiterten Ausgaben Geld drucken läßt. Das führt zu Inflation, zu einem Sinken des relativen Werts des Geldes, damit zu einem Sinken der Kaufkraft; was auf der einen Seite an Nachfrage geschaffen wird, geht auf der anderen verloren.

b) durch höhere Steuern. Das führt zum Fallen der Nettoprofitrate und konterkariert dadurch die erhoffte Wirkung.

⁹⁴ Marx, Das Kapital II, MEW 24, S. 409f

c) durch Verkauf von Staatseigentum. Doch wie verkauft man in Zeiten der Krise, wenn sowieso schon alle verkaufen wollen und keiner kaufen will?

d) durch Vergrößerung der Staatsschuld. Dies ist neben der Niedrigzinspolitik die keynesianische Variante, die tatsächlich gewisse Effekte erzielt; allerdings nur zeitlich begrenzt und nur in dem Maße, wie sie sich auf antizyklische Krisenauswirkungsdämpfungspolitik beschränken würde, was sie nicht kann, weil der Schuldenabbau in der Prosperität nicht so leicht fällt, wie der Schuldenaufbau in der Depression. Daher ist das deficit-spending nichts als eine gigantische Umverteilung künftiger Steuereinnahmen in die Hände der Staatsgläubiger, in erster Linie der Banken und Großkonzerne. Sie muß mittelfristig zu Steuererhöhungen zum Zwecke des Schuldendienstes führen und damit wieder die Nettoprofitrate schmälern.

Hier zeigt sich der Unsinn und die Zweischneidigkeit des linkskeynesianischen Schlachtrufs: „Geld ist genug da!“ Geld kann im Kapitalismus gar nicht genug da sein, denn jedes Geld schreit nach Verwertung, schreit nach mehr Geld! Geld ist ein verdinglichtes gesellschaftliches Verhältnis, was das heißt, haben wir im ersten Abschnitt dieser Arbeit beschrieben.

Darüber hinaus wirken die keynesianischen Heilmittel wie zu häufig angewandte Penizillinkuren. Der Krisenmechanismus findet neue Durchsetzungsformen und wird immun gegen sie. Die Niedrigzinspolitik griff schon mit der Entwicklung des Eurodollarmarktes in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts nicht mehr und das deficit-spending funktioniert nur noch für die USA halbwegs, die sich hierbei noch auf die Hilfe der gesamten übrigen Welt verlassen können.

Der Unterschied zwischen Keynes und Marx bei der Analyse der Realisierungskrisen ist also wie man sieht folgender:

Keynes bleibt vulgärökonomisch dabei stehen, daß die „Wirtschaftssubjekte“ zu bestimmten Zeiten gemessen an den Bedürfnissen der Kapitalakkumulation zu viel sparen, und sucht nach Mitteln, durch die sie dazu veranlaßt werden können mehr auszugeben. Ricardo als Stammvater des Liberalismus und des Marxismus ablehnend, kann er sich keinen Begriff machen davon, was Wert, was Geld ist. Er hat daher auch keine Ahnung von der Ursache der Krisen und versucht an ihrer Wirkung von der Seite der Konsumtion, der Nachfrage her, herumzukurieren.

Marx dagegen untersucht, warum wer zu bestimmten Zeiten „sparen“ muß und gelangt zu dem Schluß, daß dieses „Sparen“, Anhäufung von potentiell Kapital, sich notwendig aus der kapitalistischen Produktionsweise ergibt, daß es quantitativ wechseln muß mit den unterschiedlichen Bedingungen, auf die ihre Agenten im industriellen Zyklus treffen und daß es weder Ursache noch Symptom der Krise ist.

Das Keynesische Verständnis der Realisierungskrise als Unterkonsumtionskrise ist nicht das eigentlich selbe wie das Marxsche Verständnis der Realisierungskrise als Überproduktionskrise, nur von der anderen Seite betrachtet. Denn der Marxsche Blickwinkel ist kein willkürlicher, sondern er faßt das *aktive* Moment der Krisenentwicklung ins Auge, und das liegt nicht in der Konsumtion oder den Verteilungsverhältnissen, sondern in der Produktion des Kapitals, in seiner Setzung als Selbstzweck, als sich selbst verwertender Wert, als maßloses Verhältnis, das die Produktion ohne Rücksicht auf die aus ihm entspringenden Konsumtionsbedingungen erweitern will. Daher ist die Lösung der Krise auch nur auf der Seite der Produktion zu finden: In der Entwertung und Außerdienststellung von produktivem Kapital.

Die Keynesische Theorie wurde, wenn auch in abgewandelten Formen, zum wesentlichen theoretischen Fundament der Wirtschaftspolitik der kapitalistischen Hauptländer in den vergangenen

Jahrzehnten, da sie in mehrfacher Hinsicht den objektiven Bedürfnissen des Kapitals unter staatsmonopolistischen Bedingungen entgegenkam, einerseits in Bezug auf die Beschleunigung der Zentralisation des Kapitals durch Umverteilung mit Hilfe des Staates von den kleineren zu den größeren Kapitalen, andererseits bezüglich der weiteren Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung durch ideologische Einbindung der Arbeiterklasse.

Aber „Die Dialektik der Entwicklung der Keynesianischen Variante staatsmonopolistischer Wirtschaftspolitik besteht darin, daß sie in ihrer Endphase unvermeidlich in jene andere Variante mündet, die sie abgelöst hat und als deren genaues Gegenteil sie in den dreißiger Jahren in die Welt getreten ist mit dem Anspruch, jene Katastrophe zu vermeiden, in die diese andere damals geführt hatte - in die Deflationspolitik mit ihrer radikalen Kürzung der Staatsausgaben und ebenso radikalen Beschneidung der Massenkaukraft.“⁹⁵ Auch wenn Deflationspolitik im eigentlichen Sinne heute aufgrund der internationalen Verflechtung nicht mehr zur Zielperspektive erhoben wird, mit dem Anspruch auf radikale Kürzung der Staatsausgaben und Senkung des Werts der Ware Arbeitskraft meldete sich die Gegenrichtung im neoliberalen Gewand zurück.

Die herrschende Klasse proklamiert den Neoliberalismus als Instrumentarium des 21. Jahrhunderts, als das Neue, was notwendig ist, um „die Probleme unserer Zeit“ zu lösen. Darüber sollten wir aber nicht übersehen, dass dieser Neoliberalismus so neu nicht ist, sondern als sogenannte „neoliberale Schule“ bzw. als neoklassische Richtung, plädierend für freies Unternehmertum, allein in der BRD der 50er und 60er Jahre neben der Theorie vom regulierten Kapitalismus eine zweite Komponente der bürgerlichen politischen Ökonomie bildete.

Im Unterschied zum klassischen Liberalismus des 19. Jahrhunderts, der auf die von Adam Smith entdeckte `unsichtbare Hand` und ihr Wirken in der Konkurrenz baute und jede staatliche Einmischung in die Wirtschaft ablehnte, hält der Neoliberalismus letzteres für vertretbar, ja sogar im Interesse der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems für notwendig. Dementsprechend weisen die Neoliberalen dem Staat die Aufgabe zu, für die „Erhaltung der wettbewerblichen Spielregeln“ zu sorgen. Milton Friedman, der als Ökonom maßgeblichen Einfluss auf die Wirtschaftspolitik von Ronald Reagan und Margret Thatcher ausübte, speziell in Fragen der Inflationsbekämpfung, und dessen Theorien auch gegenwärtig noch großen Einfluss haben, spricht sich ähnlich wie Walter Eucken, einer der maßgeblichen Gründer der deutschen neoliberalen Schule, für eine weitgehende Abstinenz des Staates bei der Gestaltung und Beeinflussung des Wirtschaftsprozesses aus.

„Der Spielraum der Regierung muss beschränkt sein. Ihre Aufgabe muss sein, unsere Freiheit zu schützen, insoweit sie von außerhalb bedroht ist und insoweit sie unsere Mitbürger verletzen könnten: also für Gesetz und Ordnung sorgen, die Einhaltung privater Verträge zu überwachen, für Wettbewerb auf den Märkten zu sorgen. Neben dieser Hauptfunktion kann uns die Regierung noch helfen, Aufgaben zu erfüllen, von denen wir glauben, dass sie für Einzelne zu schwierig oder zu kostspielig wären. Indessen: Auch in diesem Gebrauch der Regierungsgewalt liegt eine Gefahr beschlossen. Zwar können und sollen wir nicht vermeiden, die Regierung auf diese Weise zu gebrauchen. Dennoch sollten wir eine klare und ausführliche Berechnung der Vorteile anstellen, bevor wir uns darauf einlassen. Indem wir uns auf freiwillige Kooperation und privaten Unternehmergeist in wirtschaftlichen und sonstigen Aktivitäten verlassen, können wir sicher

⁹⁵ Kurt Gossweiler, John Maynard Keynes - ein Ratgeber für uns und unsere Probleme?, in Topos, Internationale Beiträge zur dialektischen Theorie, Aisthesis Verlag, Bielefeld 1997, S. 53

gehen, dass der private Sektor der Zügel ist, den wir dem Staatssektor anlegen, und daneben ein wirksamer Schutz der Redefreiheit, der Freiheit der Religion und der Freiheit der Gedanken.“⁹⁶

Vom Staat erwartet Friedman durch eine Anti-Trust-Gesetzgebung die Monopolbildung einzuschränken und zwar sowohl in Bezug auf Firmen wie auch auf Gewerkschaften. „Beide sollen gleich behandelt werden, was die Zerstörung von Privateigentum und die Einmischung in Privatangelegenheiten angeht.“⁹⁷

Wie der Keynesianismus sich auf den Nachfragepol stellte, so stellt sich der Neoliberalismus auf den Angebotspol. Beiden ist die banale Grundeinsicht gemein: Damit die Wirtschaft brummt, müssen die Profitaussichten stimmen. Während aber der Keynesianismus die Nachfrage künstlich befruchten will, um so die Realisierung des Kapitals und damit die Profitaussichten zu fördern, will der Neoliberalismus direkt durch Zurückdrängung der die Profithöhe beschränkenden Faktoren eingreifen, in der Hoffnung, dies würde zu steigender Akkumulation führen und damit würde das Kapital selbst sich die fehlende Nachfrage schaffen. Dies ist natürlich ebenso ein Irrglaube, wie der keynesianische. Nicht die abstrakt möglichen, sondern die konkret realisierbaren Profite sind der Stachel für die Akkumulation. Insgesamt haben daher sowohl Keynesianismus als auch Neoliberalismus ihre wirklichen Funktionen für die Kapitalverwertung in ganz anderen Faktoren als im Krisenmanagement.

Die eigentlichen Funktionen des Keynesianismus lagen in der über die Staatsverschuldung bewirkten Zentralisation des Kapitals, in der ideologischen Anbindung der Arbeiterklasse an den Staat als den großen Umverteiler und Regulator, und in der Anheizung der Konkurrenz durch Schaffung von Monopolen über Subventionen, Investitionsanreize, Standortpolitik, wobei die beiden letzten Punkte schon den Umschlag in Neoliberalismus andeuten.

Die eigentlichen Funktionen des Neoliberalismus liegen im radikalen Abbau des keynesianischen Regulierungsgestrüpps, das zur Fessel für die Kapitalverwertung geworden ist, im Abbau der die Nettoprofite schmälernenden Steuerbelastung⁹⁸ durch Privatisierung und Verschlankung des Staates

⁹⁶ Milton Friedman, *Kapitalismus und Freiheit*, Ullstein 1984, S.20f - Bemerkenswert sind auch Friedman's Ansichten über das Monopol und zwar unterscheidet er dieses, seinem Ausmaß nach, in drei verschiedenen Formen: 1. das Monopol in der Industrie, 2. das Monopol im Gewerkschaftswesen, 3. das staatliche oder staatlich subventionierte Monopol. Nach Friedman sind viele Gewerkschaften außerordentlich unwirksam, weshalb die monopolistischen Tendenzen oft überbewertet würden. „Beim Bestehen einer Gewerkschaft wird notwendigerweise jede Lohnanhebung durch die Gewerkschaft kommen, obschon sie unter Umständen nicht das Resultat der Gewerkschaftsorganisation sein muss. Die Löhne der Hausangestellten sind während der vergangenen Jahre stark gestiegen. Hätte eine Gewerkschaft der Hausangestellten bestanden, wären die steigenden Löhne mit ihr vereinbart worden und folgerichtig der Gewerkschaft zugeschrieben worden.“ (S. 163)

⁹⁷ ebenda, S. 174

⁹⁸ Die Behauptung, die Steuern würden im Wesentlichen von den kleinen Leuten bezahlt, ist ein vulgärökonomischer linkskeynesianischer Irrglaube. Wenn wir mit Marx davon ausgehen, daß die Löhne im Ganzen dem Wert der Ware Arbeitskraft entsprechen, als quantitativ bestimmte Größe fixiert sind, dann sind alle Steuern, auch die Lohnsteuern und Steuern auf notwendige Lebensmittel, entweder Abzug vom Profit, oder Abzug von aus dem Mehrwert fließender Revenue. Nur in dem Maße, indem die Staatsausgaben den Wert der Ware Arbeitskraft senken, z.B. durch kostenlose Bildung, könnte man von einer Besteuerung der Arbeitskraft reden. Der Einzug der Steuern auf Profit auf dem Umweg über die Lohnsteuer oder Verbrauchssteuer hat für das Kapital den unschätzbaren Vorteil, daß erstens dadurch der Anschein erweckt wird, als könnten sämtliche Revenuequellen zur Steuer herangezogen werden und als gäbe es so etwas wie ein gerechtes Verhältnis herzustellen zwischen den Steuern auf Arbeitseinkommen und den Steuern auf Kapitalerträge. Zweitens äußert sich jede Erhöhung der Steuern auf Löhne oder notwendige Lebensmittel zunächst als Reallohnsenkung, also Sinken des Preises der Arbeitskraft unter ihren Wert und kann auch - soweit dies in der nächsten Lohnrunde

und Durchrationalisierung seiner Bürokratie und im gezielten Einsatz des Staates als Instrument des Kapitals in seinem Klassenkampf um die Senkung des Werts der Ware Arbeitskraft.

Privatisierung bedeutet Verwandlung ursprünglich originärer Staatsaufgaben im Felde der Produktion der allgemeinen Produktionsbedingungen des Kapitals in vom Kapital selbst organisierte. Dadurch werden dem Kapital neue Verwertungssphären eröffnet. Bisher im kapitalistischen Sinne unproduktive Arbeiter im staatlichen Gesundheits- und Bildungswesen, in der Wasser- und Energieversorgung, Abwasser- und Müllbeseitigung werden in produktive, in der Mehrwertproduktion tätige Arbeiter verwandelt. Für die kapitalproduktive Organisation von ursprünglichen Staatsaufgaben im Bereich der Herstellung der allgemeinen Produktionsbedingungen sind ökonomische und technische Voraussetzungen erforderlich, die sich erst entwickeln mußten.

Beispiel für ökonomische Voraussetzungen: Der Bau von Eisenbahnen wurde dort, wo genügend Kapital akkumuliert war, von vornherein durch kapitalistische Aktiengesellschaften betrieben, während in Ländern, in denen die Kapitalakkumulation weniger weit fortgeschritten war, dies Staatsaufgabe wurde.

Beispiel für technische Voraussetzungen: Die privatkapitalistische Organisation und Verwertung des Straßenbaus funktioniert erst dann vernünftig, wenn Systeme der Erhebung von Straßennutzungsgebühren entwickelt sind, die nicht den Verkehr durch ständige Stopps an Mautstellen aufhalten und damit die Umlaufgeschwindigkeit des Kapitals bremsen.

Sobald die ökonomischen und technischen Voraussetzungen zur kapitalproduktiven Organisation dieser Aufgaben gegeben sind, wird es für das Kapital zur Notwendigkeit, sich dieser Sphären zu bemächtigen und sie zu ökonomisieren und zu entwickeln, wie es der Staat nie gekonnt hätte. In der Übernahme der Produktion der allgemeinen Produktionsbedingungen durch das Kapital selbst, zeigt sich der Grad, in dem sich das reelle Gemeinwesen in der Form des Kapitals konstituiert hat und der Übertragung dieser Aufgaben an das illusorische Gemeinwesen nicht mehr bedarf. Allerdings zeigt sich hier sogleich der Ansatzpunkt für den keynesianischen Gegenschlag: Die Nachfrage wird auf die ausschließlich zahlungsfähige Nachfrage beschränkt, der Leistungskatalog auf die profitablen Bereiche gekürzt, der Zusammenbruch der allgemeinen Produktionsbedingungen mit dem möglichen Zusammenbruch des dort engagierten Kapitals muß unterbunden werden, Regulierungsbehörden werden benötigt, dies alles schreit nach neuem Staatseingriff.

Bei der Einsetzung des Staates als direktes Kampfinstrument des Kapitals im Klassenkampf hat der Neoliberalismus viel vom Keynesianismus gelernt. Jetzt wird das Argument vom Sparen umgedreht. Hieß es bei Kanzler Schmidt keynesianisch: „Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen“, so heißt es bei Kanzler Schröder neoliberal: „Wir müssen sparen für unsere Kinder und Enkel“. Sparen gewinnt hier einen neuen Sinn: Senkung der Reallöhne zugunsten der Profitrate. Durch Hinnahme der Senkung des Preises unserer Arbeitskraft sollen wir neue Mittel zur Kapitalakkumulation bereitstellen, Mittel für das Wachstum der Instrumente, durch die unsere Kinder und Enkel dereinst ausgebeutet werden sollen.

nicht kompensiert werden kann - zu einer Senkung des Werts der Arbeitskraft innerhalb der Elastizitätsgrenzen ihrer Wertbestimmung (historisches und moralisches Element) führen. Ein weiterer Effekt des Systems der der Einziehung der Steuer auf Profite über die Lohnsteuer ist, daß hierdurch das Kapital mit hoher organischer Zusammensetzung gegenüber dem mit niedriger bevorzugt wird, es also einen Hebel zur Zentralisation des Kapitals und zur Umverteilung der Lasten vom großen zum kleinen Kapital darstellt. - Zur Frage der Steuern s. Marx, Exerptheft VIII, April 1851: Ricardo (David). On the Principles of Political Economy and Taxation. 3ed. London 1821, veröffentlicht in: Marx, Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S.787ff. Zur Frage der Steuern auf Arbeitslohn s. besonders S. 824f

Was an Lohnsenkungen am Verhandlungstisch nicht direkt durchsetzbar ist, wird vom Staat durch seinen Zugriff auf einen Teil des Lohnes, die sogenannten Lohnnebenkosten durchgesetzt. Gleichzeitig werden durch die Reformen am Arbeitsmarkt die Bedingungen für die Kürzungen auch des Hauptteils der Löhne verbessert. Dies ist wie schon erwähnt eine konzertierte Aktion in erster Linie zum Schutz der Existenzbedingungen des kleinen Kapitals im Rahmen der gewandelten Verwertungsbedingungen.

Als in sich geschlossene Schulen bestimmen Keynesianismus oder Neoliberalismus nie absolut die wirtschaftspolitische Praxis. Weil sie praktisch sein muß, muß sie widersprüchliche Elemente in sich aufnehmen. Insofern entwickelten und entwickeln die bürgerlichen Parteien ihre Wirtschaftspolitik auf der Grundlage dieser beiden Grundrichtungen, die in den unterschiedlichsten Mischungsverhältnissen und Varianten ihre Komponenten bilden.

Die Wirtschaftspolitik der SPD-geführten Bundesregierung der 70-er Jahre des vergangenen Jahrhunderts war in ihrer theoretischen Grundlage mehr keynesianistisch ausgerichtet als neoliberal. Die Arbeitslosigkeit von der SPD auf ihrem Parteitag 1977 als das Problem Nr.1 benannt, wurde von dem damaligen Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Herbert Ehrenberg, zurückgeführt auf eine zu hohe Sparquote und mangelnde Konsumtätigkeit, welche eine Nachfragerücklage hervorrufe, die nicht geschlossen werden könne. Hinzu kämen überhöhte Lohnforderung der Gewerkschaften und Fehler in der staatlichen Wirtschaftspolitik. Diese Argumentation hatte sich 1978 auch der Sachverständigenrat zu eigen gemacht. Die damalige Strategie: Die Reallöhne müssten sinken, weil dies zu sinkenden Kosten führe, sinkende Kosten seien gleich sinkende Preise⁹⁹ und steigende Gewinne, was schließlich eine Nachfragesteigerung herbeiführe.

Die Mehrzahl der damaligen SPD-Theoretiker bekannten sich klar zur „Marktwirtschaft“, betonten aber, dass diese durch die Globalsteuerung ergänzt werden müsse. Weiterhin müsse eine Strukturpolitik den Kern der Wirtschaftspolitik bilden, da die Globalsteuerung allein die Strukturkrisen nicht verhindern könne. Die Globalsteuerung war vornehmlich auf Zirkulation und staatliche Umverteilung finanzieller Mittel ausgerichtet, während die Strukturpolitik die Produktion direkt beeinflussen sollte. Einerseits stimulierend, andererseits einschränkend. So wurde beispielsweise die Atomindustrie gefördert, die Stahlindustrie hingegen eingeschränkt.

Insgesamt entsprach diese Politik den damaligen Bedürfnissen der Kapitalverwertung, denen das gesamte bürgerliche Parteienspektrum gerecht zu werden versuchte. War ihnen allen das Bekenntnis zur sogenannten freien Marktwirtschaft gemeinsam, so setzte die SPD, wie angerissen, stärker auf staatsmonopolistische Regulierung, die allerdings dem Godesberger Programm entsprechend der Wirtschaft „das Recht zur freien Entscheidung“ einräumte.

Der Keynesianismus in den Gewerkschaften kommt darin zum Ausdruck, dass sie die Interessen der Arbeiterklasse als im Interesse der Gesamtgesellschaft zu verkaufen versuchen und eben dadurch auch ihre Durchsetzung beschränken. Sobald nachgewiesen wird, daß eine Lohnerhöhung oder Arbeitszeitverkürzung nicht im Interesse der Gesamtgesellschaft liegt, und das ist sehr einfach nachzuweisen, weil das abstrakt gefaßte Interesse der Gesellschaft das Interesse des gesellschaftlichen Kapitals ist, ist sie mit diesen Argumenten nicht mehr durchzusetzen. Im Kapitalismus sind die Interessen antagonistisch bestimmt und das Staatsinteresse ist das allge-

⁹⁹ wobei jeder halbwegs gebildete doch weiß, daß sinkende Löhne - im Gegensatz zu anderen Kostensenkungen - eben nicht zu sinkenden Preisen führen, sondern nur zu steigenden Gewinnen. Am Wert der Waren ändert sich durch Änderungen in der Lohnhöhe nichts.

meine Interesse des Privateigentums. Wenn die Gewerkschaften nicht allein die Interessen der Arbeiterklasse zu ihrer Richtschnur machen, sondern keynesianisch im Staat den über den Klassen stehenden letztendlichen Entscheidungsträger und einzig rechtmäßigen Umverteiler sehen, überhaupt, wenn sie sich auf den Kampf um die Aufteilung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts in notwendiges Produkt und Mehrprodukt beschränken, nicht den Schritt machen von der Frage der Verteilung des Produktes zur Frage der Aneignung der Produktionsbedingungen, dann werden sie ihrer Aufgabe nicht gerecht und tragen zur Stabilisierung des Kapitalismus bei - was der Notwendigkeit ihrer Existenz für die Arbeiterklasse allerdings keinen Abbruch tut. „Die von den Arbeitnehmern dieses Staates mitformulierte und mitgetragene Gesellschaftsordnung braucht für ihre Stabilisierung und ihren stärkeren sozialen Ausbau die immer noch zweite demokratische Säule, nämlich die Demokratisierung der Wirtschaft. Ohne die Einführung der gleichberechtigten Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb und in den Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft ist eine Säule der Grundordnung unseres Staates nicht vorhanden.“¹⁰⁰ Zweck der „Demokratisierung“ ist aus einer so bestimmten gewerkschaftlichen Sichtweise also primär die Stabilisierung der bestehenden Gesellschaftsordnung.

Es liegt auf der Hand, dass bei Annahme der kapitalistischen Gesellschaft als der einzig möglichen Gesellschaftsform, von den Gewerkschaften der keynesianischen Variante der Vorzug gegeben wird und dass angesichts der neoliberalen Anpassung der Rahmenbedingungen an die veränderten Verwertungsbedingungen des Kapitals der Ruf nach Wiederbelebung der alten „bewährten“ Konzepte laut wird. Sicherlich wird niemand aus dem Blickwinkel der Gewerkschaften sich auf von Keynes entwickelte Vorschläge berufen, die zu offenkundig gegen die Arbeiterklasse gerichtet sind. Aber im linkskeynesianischen Gewand ist seine Theorie vom „gelenkten Kapitalismus“, insbesondere durch staatliche Investitionen und Beschäftigungsprogramme, in breiten Kreisen der Arbeiterbewegung nach wie vor aktuell:

„Demokratische Beschäftigungspolitik soll die Massenarbeitslosigkeit schnell und erheblich vermindern und mittelfristig zu Vollbeschäftigung führen, bei der alle, die arbeiten können und wollen, einen ihren Qualifikationen entsprechenden Arbeitsplatz erhalten, der ihnen ein selbst bestimmtes Leben ermöglicht. Lange Erfahrungen belegen, dass dies durch Lohnsenkungen und eine weitere Verschlechterung von Arbeitsbedingungen nicht zu erreichen ist, und dies ist auch theoretisch völlig einsichtig: Lohndrückerei untergräbt die wichtigste Säule der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, den privaten Verbrauch. Das führt nicht zu mehr Einstellungen, sondern zum weiteren Personalabbau bei den Unternahmen und damit zum weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit. Es müssen also andere Wege gegangen werden. Dabei kommt zum einen den Gewerkschaften eine wesentliche gesamtwirtschaftliche Rolle zu, denn ihre Fähigkeit zur Durchsetzung von Einkommensforderungen und Arbeitszeitverkürzungen in Tarifaueinandersetzungen schafft die Grundlage für den privaten Konsum der Beschäftigten und für zusätzliche Einstellungen auf Unternehmerseite. Zum anderen aber ist die Politik gefordert, Anstöße für mehr Beschäftigung zu geben, die der Mechanismus der Märkte nicht hervorbringt. Hierfür empfehlen wir seit langem vier – gleichzeitig – begehre Wege: ein kräftiges öffentliches Investitionsprogramm, den Ausbau statt des weiteren Abbaus der öffentlichen Beschäftigung, die Verstärkung statt der Austrocknung der Arbeitsmarktpolitik und die politische Unterstützung der Verkürzung statt der Verlängerung von Arbeitszeiten.“¹⁰¹

¹⁰⁰ Bruno Köbele, damaliges Mitglied des Hauptvorstandes der IG-Bau-Steine-Erden, auf der 9. Bundeskonferenz junger Gewerkschafter, 6. bis 8. Juni 1975, nach dem Protokoll

¹⁰¹ Memorandum 2004, zitiert nach: UZ vom 30. April 2004, S. 15

Solche Vorschläge setzt der neoliberale Keynesianismus auf seine Weise um: Mit Ein-Euro-Jobs und Zwangsarbeit. Dagegen ist es bitter nötig, für Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich zu kämpfen und alle Möglichkeiten zur Reduzierung der Konkurrenz innerhalb der Arbeiterklasse zwischen Beschäftigten und Unbeschäftigten zu nutzen, aber es ist absolut abenteuerlich, Illusionen erzeugend und desorientierend, zu behaupten, man könne im Kapitalismus mittelfristig eine Vollbeschäftigung erreichen, noch dazu eine, bei der alle einen Arbeitsplatz erhalten, der ihnen ein „selbstbestimmtes Leben“ ermöglicht!

Selbstbestimmtes Leben im Kapitalismus, unter Bedingungen entfalteter Warenproduktion mittels der Ware Arbeitskraft? Selbstbestimmtes Leben unter Bedingungen der Lohnarbeit, welche ebenso wie die Arbeitslosigkeit Ausdruck kapitalistischer Verhältnisse, Ausdruck der Fremdbestimmung *par excellence* ist? Ein selbstbestimmtes Leben durchsetzen, ohne die Lohnarbeit zu überwinden, hieße, einen Januskopf nur zur Hälfte abschlagen zu wollen.

Im Memorandum wird in Anlehnung an Keynes davon ausgegangen, dass der „Marktmechanismus“ Impulse, welcher Art auch immer, von der Politik, also dem Staat, bekommen muss, um mehr Beschäftigung zu ermöglichen. Aber so wenig, wie die Bedürfnisbefriedigung Ziel und Zweck der kapitalistischen Produktionsweise ist, so wenig ist es die Vollbeschäftigung. Die Arbeitslosigkeit ist Ausdruck der im Kapitalismus objektiv wirkenden ökonomischen Gesetze und der vielbeschworene „Marktmechanismus“ oder auch „Markt-Konkurrenz-Mechanismus“ beschreibt die Formen, in denen jene Gesetze sich durchsetzen, Formen, die die klassische bürgerliche Ökonomie für *das Prinzip schlechthin* hält, eben ausgehend von der Unvergänglichkeit der kapitalistischen Ordnung. Diese Unvergänglichkeit wird weder von den verschiedenen Spielarten des Keynesianismus noch vom sogenannten Neoliberalismus in Frage gestellt.

Wir halten es für problematisch, den Neoliberalismus als „System“ zu bezeichnen, wie es von verschiedenen Linken getan wird. Als Bestandteil des politökonomischen Wissenschaftsbetriebs ist er eine Schule, als Bestandteil der politökonomischen Praxis eine Komponente. Wichtig hingegen erscheint uns, den Neoliberalismus eben als *eine* Komponente der politischen Ökonomie zu begreifen, die unter den sich verändernden Verwertungsbedingungen an Bedeutung gegenüber der andren Komponente gewinnt, weil sie eher geeignet scheint, die für das Kapital heute notwendigen Anpassungen durchzusetzen, so die Beseitigung allen Regelwerks, welches der weltweiten Aktionsfähigkeit der Kapitale im Wege steht.

Die Staaten sind nicht nur immer stärker gezwungen, nach der Pfeife der transnationalen Konzerne zu tanzen, sie haben auch für die Reproduktionsbedingungen des gesellschaftlichen Gesamtkapitals im Land zu sorgen, und das beinhaltet das gesamte Geflecht der kapitalistischen Produktion und dementsprechend kommen auch die Komponenten der bürgerlichen politischen Ökonomie zum Tragen. Kapitale, in welcher Gestalt auch immer, einfache oder transnationale, entwickeln nach ihren je konkreten Bedingungen Strategien, die mit denen anderer Kapitale konform gehen oder auch zu ihnen konträr laufen können. Von einer einheitlichen Strategie des nationalen oder internationalen Kapitals zu reden, würde ein universelles Kapital oder ein Gesamtkartell unterstellen, das es wie gezeigt nie geben kann. Wir haben es immer mit unterschiedlichen Kapitalstrategien zu tun, diese sind widersprüchlich und die Analyse und Nutzung dieser Widersprüche ist die Bedingung für die Erringung von Teilerfolgen.

2. Die Richtungen der bürgerlichen politischen Ökonomie -

Spiegelbild und Zerrspiegelbild der Realität und ihr Einfluss auf die Arbeiterbewegung

Die verschiedenen Richtungen der bürgerlichen politischen Ökonomie sind weder Eingebungen des Augenblicks, noch aus der Luft gesogene Patentrezepte dieses oder jenes Theoretikers, sondern sie reflektieren die kapitalistische Gesellschaftsformation in ihrem jeweiligen Entwicklungsstand.

Petty, Smith und Ricardo als Vertreter der klassischen politischen Ökonomie waren bestrebt, eine theoretische Rechtfertigung der bürgerlichen Gesellschaft zu entwickeln. Sie taten dies aber vor dem Hintergrund einer sich erst formierenden jungen Gesellschaftsordnung und mit dem Anspruch, den inneren Zusammenhang der bürgerlichen Produktionsverhältnisse zu erforschen. Dass ihnen durch ihren Klassenstandpunkt, die Zeitverhältnisse und den gesellschaftlichen Entwicklungsstand, sowohl objektive wie auch subjektive Grenzen gesetzt waren, kommt in ihrer verkürzten Auffassung der ökonomischen Kategorien zum Ausdruck, so im Unvermögen, den Wert als eine historische - also vergängliche - Kategorie zu erfassen.

So erkennt Ricardo zwar, daß der Wert der Waren die in ihnen enthaltene Quantität von Arbeit ausdrückt, und zwar Arbeit ohne alle weitere Bestimmung, aber indem er sofort in seiner Untersuchung auf die quantitative Seite springt versäumt er die Untersuchung ihrer qualitativen Seite, die Untersuchung des Charakters der wertschaffenden Arbeit. Dies sollte erst Marx leisten mit der Untersuchung des Doppelcharakters der warenproduzierenden Arbeit und der Bestimmung ihrer wertschaffenden Seite als gleiche menschliche, oder abstrakt menschliche Arbeit. Daraus resultiert Ricardos Unfähigkeit¹⁰², den Zusammenhang dieser Art Arbeit mit dem Geld zu erfassen; daher seine falsche Geldtheorie und ebenfalls die Unfähigkeit der klassischen politischen Ökonomie, die *Wertbildung durch Arbeit* mit der *Wertbestimmung der Arbeit* in Einklang zu bringen. Hieraus resultiert ihr ein weiteres unlösbares Problem: Sie war nicht in der Lage, eine wissenschaftliche Bestimmung des Mehrwerts zu geben.

Man könnte an dieser Stelle einwenden: Was geht und das heute an? Für die aktuellen Klassenauseinandersetzungen sind diese Probleme bedeutungslos und stehen in keinem unmittelbarem Zusammenhang mit den Interessen der Lohnabhängigen.

Wer so argumentiert, übersieht, dass gerade die gegenwärtigen Probleme bei der Erarbeitung einer Strategie zur Überwindung des Kapitalismus eine wesentliche Ursache in einem verkürzten und falschen Verständnis des Kapitalverhältnisses haben. Den Mehrwert zu bestimmen, als einen Teil menschlicher Arbeit, der privat angeeignet wird und ihn in diesem Zusammenhang mit Profit gleichzusetzen, bewegt sich ganz im Denkschema von Smith und Ricardo. Zwar führten beide den Mehrwert letztlich auf Surplusarbeit zurück, erfassten ihn als Überschuß der verrichteten und in Ware vergegenständlichten Arbeit, also als Überschuss über die Arbeit hinaus, die ihr Äquivalent im Lohn erhalten hat (Marx), erahnten also seine Springquellen und gingen damit über die Merkantilisten hinaus, die die Entstehung des Mehrwerts unbesehen der Zirkulationsphäre zuordneten, aber einerseits vermengten sie durch ihre Gleichsetzung von Mehrwert, Profit und Grundrente Wesen und Erscheinung miteinander, andererseits war die Ricardosche Schule außerstande, folgendes Problem zu lösen:

„Die Arbeit ist das Maß des Werts. Nun hat aber die lebendige Arbeit im Austausch mit dem Kapital einen geringeren Wert als die vergegenständlichte Arbeit, gegen die sie ausgetauscht wird.

¹⁰² und die Unfähigkeit der gesamten bürgerlichen Ökonomie bis heute

Der Arbeitslohn, der Wert eines bestimmten Quantum lebendiger Arbeit, ist stets geringer als der Wert des Produkts, das von diesem selben Quantum lebendiger Arbeit erzeugt wird, oder worin sich dieses darstellt“¹⁰³

Die Frage ist in dieser Fassung wie Engels betont in der Tat unlöslich. So lässt sich weder der Mehrwert erklären, noch lässt er sich als eine spezifische Kategorie einer ebenso spezifischen Gesellschaftsordnung erfassen. Aber den Mehrwert als ewige Kategorie anzusehen setzt voraus, auch den Wert als eine solche anzusehen und damit auch den Warencharakter der Produkte als natürliche Eigenschaften, die, da „natürlich“ auch durch ein Naturgesetz, nämlich das Wertgesetz geregelt werden. Und die Dinge so einmal gesehen, ist es die Politik, die Staatsgewalt, der es obliegt, jenes „Naturgesetz“ zum Schaden oder zum Nutzen der Menschen anzuwenden.

Hier, im Unvermögen Wert und Mehrwert als Ausdruck bestimmter historisch bedingter gesellschaftlicher Verhältnisse zu erkennen, die, eben da historisch bedingt, auch vorübergehend sind, liegt ein nicht unwesentlicher Ausgangspunkt für die verschiedenen Spielarten der bürgerlichen politischen Ökonomie und deren Einfluss auf die Arbeiterbewegung. Diese Spielarten lassen sich wie folgt gruppieren und durch ihre historischen Protagonisten charakterisieren:

1. Sentimentale und kleinbürgerliche Kapitalismuskritik (Sismondi, Proudhon, Dühring)
2. Bürgerliche Apologetik a) John Stuart Mill b) Vulgärökonomie (Say, Bastiat, Carey)

Gegenüber der bürgerlichen Apologetik, die der Beantwortung der von der klassischen Nationalökonomie aufgeworfenen Fragestellungen abgeschworen hat und sich darauf beschränkt, empirische Regulatoren zu entwickeln, die auf die Sicherung der kapitalistischen Ordnung gerichtet sind, versucht die kleinbürgerliche und sentimentale Kapitalismuskritik auf Systemüberwindung gerichtete Alternativen zu entwickeln. Ist Erstere Spiegelbild der Interessen der Bourgeoisie, so reflektiert Letztere ein Konglomerat von Positionen, deren Spannweite sowohl objektiv begründete Interessen der Arbeiterklasse, wie auch subjektiv begründete Interessen des Kleinbürgertums einschließt. All dies findet seinen Niederschlag z. B. in sentimental Phrasen, gepaart mit einem naiven Idealismus wie bei Sismondi, in einer verworrenen, undialektischen, den Wert mystifizierenden Betrachtungsweise wie bei Proudhon, sowie in Dührings „übergipfelnden Verheißungen“ (Engels), welche die Gewalt als letzte Endursache aller ökonomischen Erscheinungen unterstellt. Die Nachwehen solcher theoretischer Fehlgeburten sind bis in die heutige Zeit spürbar und wirken in manch aktuelle gesellschaftliche Alternativkonzeption hinein.

Aber auch die bürgerliche Apologetik, sofern sie einer unterstellten „Naturgesetzlichkeit“ der Produktionsbedingungen gegenüber, eine Veränderung der Verhältnisse für realisierbar hält, wie z. B. John Stuart Mill, bietet die Grundlage für manchen „kapitalismuskritischen“ Forderungskatalog. Diese Richtung, als Impulsgeber reformistischer Programmatik, kann, wie schon Marx betont, keineswegs gleichgesetzt werden mit der Vulgärökonomie, welche ohne Anspruch auf wissenschaftlichen Gehalt, sich allerdings wissenschaftlich gebend, offen das kapitalistische System rechtfertigt.

Die bürgerliche Apologetik propagiert den Kapitalismus als einzig mögliche Ordnung. Die kleinbürgerliche sentimentale „ökonomische Romantik“ steht demgegenüber auf kritischen Positionen, die allerdings Ergebnis einer unzureichenden Analyse sind. Das rückt sie in die Nähe des utopischen Sozialismus, dessen Darstellung nicht Gegenstand dieser Untersuchung ist. Unterscheidet sich die sentimentale Kapitalismuskritik von der bürgerlichen Apologetik durch ihre

¹⁰³ Engels, Vorwort zum zweiten Buch des Kapitals, MEW 24, S. 25

andere Klassenposition, so haben sie eines doch gemeinsam: sie sind unfähig, über die Kategorien der bürgerlichen Produktionsweisen hinauszudenken, unfähig das Wechselverhältnis von Produktion und Verteilung auch nur im Ansatz zu erkennen und verfehlen in ihrer Gesamtheit den eigentlichen Inhalt des Kapitalverhältnisses. Dessen Verständnis aber ist Grundbedingung der revolutionären Theorie und ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis. Sentimentale Empörung über die Auswirkungen der kapitalistischen Produktionsweise haben mit revolutionärer Theorie nichts zu tun, außer sie motivieren zur Aneignung dieser Theorie.

Zogen ökonomische Romantiker und utopische Sozialisten gegen die klassische Nationalökonomie mit Kapitalismuskritik unter dem Banner der Gerechtigkeit zu Felde, wohl ahnend, aber keineswegs wissend, so brachte Marx Licht in das Dunkel und zwar, wie Engels formuliert, „in direktem Gegensatz zu seinen Vorgängern.“¹⁰⁴ Er blieb nicht befangen in den ökonomischen Kategorien, die er vorgefunden hatte, er sah keinen Konflikt zwischen diesen und der „ewigen Gerechtigkeit“ oder „wahren Moral“, sondern er nahm diese Kategorien zum Ausgangspunkt seiner Untersuchungen: „Um zu wissen, was Mehrwert war, mußte er wissen, was Wert war. Ricardos Werttheorie selbst mußte vor allem der Kritik unterworfen werden. Marx untersuchte die Arbeit auf ihre wertbildende Qualität und stellte zum ersten Mal fest, welche Arbeit, und warum, und wie sie Wert bildet, und dass der Wert überhaupt nichts ist als festgeronnene Arbeit dieser Art.“¹⁰⁵

Nach Marx „ist es nicht die Arbeit die einen Wert hat. Als wertschaffende Tätigkeit kann sie ebensowenig einen besonderen Wert haben, wie die Schwere ein besonderes Gewicht, die Wärme eine besondere Temperatur, die Elektrizität eine besondere Stromstärke. Es ist nicht die Arbeit, die als Ware gekauft und verkauft wird, sondern die Arbeitskraft. Sobald sie Ware wird, richtet sich ihr Wert nach der in ihr, als einem gesellschaftlichen Produkt, verkörperten Arbeit, ist er gleich der zu ihrer Produktion und Reproduktion gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit. Der Kauf und Verkauf der Arbeitskraft auf Grund dieses ihres Werts widerspricht also keineswegs dem ökonomischen Wertgesetz“¹⁰⁶, will heißen, ist in diesem Sinne die der gesellschaftlichen Formation angemessene Form und damit gerecht! Forderungen wie „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ transportieren das bürgerlicherseits sorgsam genährte Vorurteil, es würde die Arbeit bezahlt und nicht die zeitlich begrenzte Überlassung der Arbeitskraft. Sie implizieren, die Arbeit könne einen Wert haben und zur Herstellung von Gerechtigkeit müsse der Lohn mit diesem Wert in Übereinstimmung gebracht werden.

Verkauft wird die Arbeitskraft, und der „Kapitalist behauptet sein Recht als Käufer, wenn er den Arbeitstag solange wie möglich und womöglich aus einem Arbeitstag zwei zu machen sucht. Andererseits schließt die spezifische Natur der verkauften Ware eine Schranke des Konsumes durch den Käufer ein, und der Arbeiter behauptet sein Recht als Verkäufer, wenn er den Arbeitstag auf eine bestimmte Normalgröße beschränken will. Es findet hier also eine Antimonie statt, Recht wider Recht, beide gleichmäßig durch das Gesetz des Warenaustausches besiegelt. Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt. Und so stellt sich in der Geschichte der kapitalistischen Produktion die Normierung des Arbeitstages als Kampf um die Schranken des Arbeitstages dar – ein Kampf zwischen dem Gesamtkapitalisten, d. h. der Klasse der Kapitalisten, und dem Gesamtarbeiter, oder der Arbeiterklasse.“¹⁰⁷

¹⁰⁴ s. MEW 24, S. 23

¹⁰⁵ ebenda

¹⁰⁶ ebenda, S. 25

¹⁰⁷ Marx, Das Kapital I, MEW 23, S. 249

Der jeweils „gerechte Lohn“ ist das Ergebnis dieses Kampfes, ist der (tarif)vertraglich vereinbarte Preis für die Überlassung der Arbeitskraft während der vertraglich festgelegte Dauer unter den vertraglich festgelegten Bedingungen.

Es ging Marx nicht darum, mit seinem Wertbegriff ein empirisches Instrumentarium zur Regelung von Marktbeziehungen zu entwickeln, es ging ihm darum, den Wert, wie im ersten Abschnitt dieser Untersuchung dargestellt, als im Arbeitsprodukt verdinglichtes gesellschaftliches Verhältnis und zugleich als im Geld versubjektiviertes Ding zu erfassen.

Das ist von der bürgerlichen politischen Ökonomie nach Marx ebensowenig akzeptiert worden, wie es von vielen Kapitalismuskritikern bis in die heutige Zeit verstanden worden ist.

Leszek Kolakowski bringt die Einwände der „Marxkritiker“ zum Ausdruck: „Die Behauptung aber, die menschliche Arbeit stelle die einzige Quelle des Wertes dar, und die mit ihr verknüpfte Differenzierung von produktiver und unproduktiver Arbeit sind ebenfalls nicht begründet. Es ist nicht klar, weshalb ein Bauer, der seinen Acker mit Hilfe eines Pferdes pflügt, neue Werte schafft, das Pferd hingegen keine, sondern seinen bereits besessenen Wert lediglich auf das Produkt übertrage. Wie es scheint, tritt der Sinn dieser willkürlichen Behauptung eher in der Schlußfolgerung zutage, die für Marx so maßgebend ist: Das Kapital schafft keinen Wert.“¹⁰⁸

Ein typisches Beispiel einer totalen Fehlinterpretation des Wertbegriffs, die hier auf Grund ihrer Verkürzung als Kritik nicht nur gegen Marx sondern auch gegen Ricardo gerichtet ist. Sie stellt den Wert nicht im eigentlichen von Marx erfassten Sinne als verdinglichtes gesellschaftliches Verhältnis der Kritik, als eine historisch entstandene und damit historisch vergängliche Kategorie, sondern als einen rein technischen Modus, verfehlt damit den Kern der Marxschen Werttheorie und belegt damit dessen Aussage: „Das Geschwätz über die Notwendigkeit, den Wertbegriff zu beweisen, beruht nur auf vollständigster Unwissenheit, sowohl über die Sache, um die es sich handelt, als die Methode der Wissenschaft.“¹⁰⁹

Aber die Unfähigkeit der bürgerlichen politischen Ökonomie den Wert von seinem Wesen her zu begreifen und damit über Ricardo hinauszugehen, führt notwendigerweise zur Unfähigkeit, den Mehrwert seinem Wesen nach zu benennen und spiegelt sich in vielen kapitalismus-kritischen Argumentationslinien unserer Zeit:

Den Kapitalismus als System zu benennen, in dem „die Ergebnisse menschlicher Arbeit nur zum Teil den Arbeitenden zugute kommen, während ein anderer Teil, der Mehrwert, von den kapitalistischen Eigentümern der Produktionsmittel angeeignet wird“¹¹⁰, legt die Schlußfolgerung nahe: Die arbeitenden Menschen schaffen die Werte, der Mehrwert wird privat angeeignet. So gesehen, kann die Alternative nur heißen: Die, die die Werte schaffen, sollen auch darüber verfügen. Die Alternative zur privaten Aneignung des Mehrwerts kann notwendigerweise also nur die gesellschaftliche Aneignung des Mehrwerts bedeuten. Wert und Mehrwert verwandeln sich unter der Hand aus historischen in ewige Kategorien, bzw. in natürliche Eigenschaften der Produkte, wobei wir nicht mehr bei Marx, sondern bei Ricardo sind und gesellschaftliche Alternativen aus seiner unausgegorenen Wert- und Mehrwerttheorie ableiten.

Von dieser Warte aus lässt sich in der Tat ein Wettbewerb um „die besten Ideen“ zur Beseitigung der sozialen Mißstände führen, ob sich aber auf dieser Ebene gesellschaftliche Alternativen mit

¹⁰⁸ Leszek Kolakowski, Die Hauptströmungen des Marxismus, Erster Band, R. Piper & Co. Verlag München Zürich, S. 372

¹⁰⁹ Marx, Brief an Kugelmann vom 11.07.1868, MEW 32, S. 552

¹¹⁰ Synopse zur Programmdiskussion der DKP - 2. Entwurf, 26.02.04 - S. 16f

realistischem Hintergrund entwickeln lassen, ist mit Fug und Recht zu bezweifeln. Dazu muß man sich schon auf die Ebene des Wissens begeben, und den Kapitalismus nicht als Ausgeburt eines schlechten Charakters oder einer fehlerhaften, gegen die „wahren gesellschaftlichen Werte“ gerichtete Entwicklung interpretieren, sondern als - wir betonen es noch einmal - historisch bedingte Gesellschaftsformation, die sich nach den ihr spezifischen Gesetzmäßigkeiten entwickelt und dabei die Bedingungen ihrer Überwindung ausbrütet.

Die von Marx entwickelte Wert- und Mehrwerttheorie ist die logische Folge jener Fragestellungen, die von der klassischen Nationalökonomie aufgeworfen wurden. Ihre ebenso logische wie historische Konsequenz kann nur heißen: Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise und damit Aufhebung der dieser typischen Kategorien.

Wir können zusammenfassen:

Hinter Marx zurückzufallen führt zum utopischen Sozialismus und zur ökonomischen Romantik. Hinter Ricardo und seine Vorgänger zurückzufallen, zu Say, Bastiat und Carey, kurz zur Vulgärökonomie und macht damit aufnahmebereit für die Theorien von Keynes und seinen Schülern, die in der Praxis Fehlgeburten für die Arbeiterbewegung hervorrufen, indem sie den durch die Produktionsverhältnisse bedingten Klassengegensatz auf ein sozialetisches Verteilungsproblem verkürzen. Nur so ist es möglich, den Frontverlauf nicht mehr zwischen Kapital und Arbeit, sondern zwischen Sozialstaat und Neoliberalismus auszumachen, wobei der Sozialstaat, ob mit oder ohne Führungszeichen, als ein Modell angesehen wird, dem ein neues „System“, eben der Neoliberalismus, entgegengesetzt werden soll.

Die seit Jahren tobende beispiellose ideologische Kampagne zur Durchsetzung der neoliberalen Konzeption, deren Kernstück die massive Absenkungen der Kosten der Arbeitskraft und der Staatsquote ist, vollzieht sich auf dem Boden, den der Keynesianismus vorbereitet hat.

Hinter den individuellen Verkäufen und Käufen der Arbeitskraft zu ihrem Wert verbirgt sich - wie gezeigt - ein System der Ausbeutung einer Menschenklasse durch eine andere. Hinter der Oberfläche des Austausches gleicher Werte verbirgt sich die Aneignung des Produktes der arbeitenden Klasse durch die kapitalbesitzende Klasse, hinter der oberflächlichen Freiwilligkeit des Austausches der Zwang des Klassenmonopols an den Produktionsbedingungen. Der Unterschied zur Sklaverei oder zum Feudalismus ist der, daß auf der Oberfläche das Prinzip des freien und gleichberechtigten Austausches zwischen Privateigentümern herrscht.

Zwar nicht die Ausbeutung selbst, aber die *Bedingungen* der Ausbeutung, die Höhe des Lohnes, die Länge der Arbeitszeit, die Arbeitsbedingungen, sind also verhandelbar. Um sie tobt der alltägliche Klassenkampf in Form von Verkaufsverhandlungen zwischen Warenbesitzern. Die formal gleichen Warenbesitzer stecken aber in sehr ungleichen Verhandlungspositionen. Der einzelne Arbeiter, der mit dem Kapitalisten handelseinig zu werden versucht, wird, wie schon Engels schreibt, leicht geschlagen. Daher müssen „die Arbeiter ihre Köpfe zusammenrotten,“ (Marx) sich gewerkschaftlich organisieren und kollektiv die Festlegungen der Arbeitsbedingungen in Verträgen erzwingen, oder auch die Festlegung von Mindeststandards per Staatsgesetz. Dies nicht nur zum Schutz gegenüber ihren Blutsaugern, sondern auch gegenüber sich selbst: Sie schaffen sich dadurch ein „gesellschaftliches Hindernis, das sie selbst verhindert, durch freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Sklaverei zu verkaufen.“¹¹¹

¹¹¹ Marx, Das Kapital I, MEW 23, S. 319f

Die Notwendigkeit, beim Verkauf der Arbeitskraft den möglichst höchsten Preis zu erzielen, um so im Mittel die Löhne auf dem Niveau zu halten, das dem Wert der Arbeitskraft entspricht, ist der eigentliche Grund des organisierten gewerkschaftlichen Handelns im alltäglichen Kleinkrieg der Klassen.

Indem die Gewerkschaften diesen eigentlichen Grund der Tarifikämpfe linkskeynesianisch-populistisch verbrämen in der Form, daß Lohnerhöhungen die Massenkaufkraft steigern würden und dies gut sei für die Entwicklung der Gesamtwirtschaft, lassen sie sich ein auf die falsche Vorstellung, es gäbe so etwas wie eine für die Wirtschaftsentwicklung und damit „das Gemeinwohl“ optimale Lohnhöhe.¹¹² Die Forderungen werden nicht mehr begründet mit dem eigenen Klasseninteresse, sondern mit einem fiktiven Gesamtinteresse. Damit haben die Gewerkschaften sich abhängig gemacht von den Konjunkturen der ökonomischen Schulen, denn die bestimmen, was „im Gesamtinteresse“ liegt. Plötzlich sind keine keynesischen staatlichen Konjunkturprogramme mehr angesagt, sondern das Absenken der Steuern, Sozialleistungen und Löhne, und die Verlängerung der Arbeitszeiten liegt im Interesse der Gesamtwirtschaft. Da mögen die Gewerkschaften protestieren und behaupten, das sei eine falsche Politik, die der Wirtschaft abträglich sei - mit diesem Argument kommen sie *nie* durch, denn was der Wirtschaft nützt, bestimmt das Kapital - das *kann objektiv nicht anders sein* in der kapitalistischen Produktionsweise.

Wir sahen im Abschnitt über Kapital und Staat, wie der Staat den Individuen der bürgerlichen Gesellschaft quasi doppelte Existenz verleiht und daß dies u.a. auch dazu dient, die Lohnabhängigen zu zwingen, ihre Interessen nicht als Sonderinteressen zu verfolgen, sondern als dem Gemeinwohl verpflichtete. Hier sehen wir nun, wie dies praktisch funktioniert.

Wir sahen auch, wie die im Staat verkörperte Allgemeinheit sich als illusorische Gemeinschaftlichkeit, als selbst wieder besonderes und eigentümliches 'Allgemein'-Interesse geltend macht. Lassen die Gewerkschaften sich auf ein derartiges illusorisches Allgemeininteresse verpflichten, sind sie in ihrer Aufgabe, der Geltendmachung der Sonderinteressen der Arbeiterklasse gefesselt:

„Gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten zeigt sich, wie sehr die Binnenkonjunktur auf eine stabilisierte gesamtwirtschaftliche Nachfrage angewiesen ist. Tarifverträge sichern dies auch in Abschwungphasen und sorgen in Aufschwungphasen durch Orientierung der Abschlüsse an der

¹¹² Es gibt durchaus reale Gründe, die hierzu verleiten: Die Löhne können nicht willkürlich festgelegt werden, nicht jede Forderung ist durchsetzbar. Und jede durchgesetzte Forderung hat Konsequenzen für die Höhe der Profitrate, die Konkurrenzfähigkeit des Betriebes, der Branche, für die Entwicklung der Nationalökonomie usw. Daher müssen in den Tarifikämpfen die zwangsläufigen Reaktionen des Kapitals und ihre Rückwirkungen einkalkuliert werden. Im Kampf mit dem Einzelkapital bleiben die Bewegungsgesetze des gesellschaftlichen Gesamtkapitals der Sachzwang, der den Rahmen bildet, innerhalb dessen sich dieser Kampf vollzieht. Die Löhne und Profite begrenzen sich gegenseitig. Damit der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß unter kapitalistischen Bedingungen funktionieren, muß sowohl die Reproduktion der Arbeitskraft, als auch die erweiterte Reproduktion des Kapitals möglich sein. Der Kampf um den Preis der Arbeitskraft ist daher notwendig eingebunden in die Sachzwänge der Kapitalverwertung. Dennoch darf die Arbeiterklasse ihre Forderungen in diesen Kämpfen nicht vom Standpunkt der Funktionsfähigkeit des gesamten Reproduktionsprozesses, sondern muß sie vom Standpunkt des Reproduktionsprozesses der Arbeitskraft her entwickeln, so wie die Kapitalistenklasse ihre Angebote auch nicht vom Standpunkt des Gesamtprozesses, sondern vom Standpunkt der Kapitalverwertung entwickelt. Die Entwicklungsbedingungen des Gesamtprozesses ergeben sich erst als Resultat dieses Kampfes. - Zwar ist der Wert der Ware Arbeitskraft eine objektive Größe, aber er ist dennoch nicht abstrakt berechenbar und apriori festlegbar. Er ist wie jeder Wert abhängig vom jeweiligen Entwicklungsstand der Produktivkräfte und er muß realisiert werden. Zusätzlich enthält der Wert der Ware Arbeitskraft ein historisches und ein moralisches Element. Obwohl objektive Größe, konkretisiert er sich erst im Ergebnis der Klassenkämpfe.

gesamtwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Inflationsrate dafür, dass von der Entgeltentwicklung keine Inflationsgefahr ausgeht. Dieses vernünftige Prinzip muss als Kern der sozialen Marktwirtschaft erhalten bleiben.

Zudem ist es Ziel der tariflichen Einkommenspolitik, im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten zu einer gerechten Verteilung der Einkommen beizutragen und damit den gesellschaftlichen Reichtum fair zu teilen.¹¹³

Um aber ein Prinzip¹¹⁴ als Kern der „sozialen Marktwirtschaft“ zu erhalten, muß man diese selbst erhalten wollen, und das heißt aus der Apologie in die Realität übersetzt, man muß die kapitalistische Produktionsweise erhalten wollen, welche zwangsläufig die verschiedenen Einkommensarten hervorbringt, mit denen wir uns im folgenden Abschnitt beschäftigen werden. Auf der Basis der „sozialen Marktwirtschaft“ nach fairer Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu rufen ist gleichzusetzen mit dem Ruf nach gleicher oder gerechter Entlohnung „auf Basis des Lohnsystems“ und dies ist, wie Marx schreibt, „dasselbe, wie auf der Basis des Systems der Sklaverei nach Freiheit zu rufen.“

Statt sich auf das *illusorische Gemeinwohl* verpflichten zu lassen, das das Interesse der Kapitalverwertung ist und daher immer gegen das Sonderinteresse der Arbeiterklasse gerichtet, würden die Gewerkschaften im Interesse des *wirklichen Gemeinwohls* handeln, wenn sie über den Kampf um die Bedingungen der Ausbeutung hinausgehend um die Aufhebung des Kapitalverhältnisses kämpfen würden, um die Aufhebung des kapitalistischen Privateigentums und der aus ihm hervorgehenden Trennungen, um die Ausweitung der Sonderinteressen der Arbeiterklasse zum wirklichen Allgemeininteresse.

Es ließ sich nicht vermeiden, vorstehende Fragen und Probleme in der Ausführlichkeit darzustellen, denn nicht nur die Romantik und der utopische Sozialismus, sondern auch der Keynesianismus spielen, wie gezeigt, nach wie vor eine Rolle und sind in unserer Zeit als Grundlagen „kapitalismuskritischer“ Strategien sowohl Ausdruck unzureichender Analyse, wie auch von Resignation vor den Fragen und Anforderungen des 21. Jahrhunderts. Dem Keynesianismus kommt deshalb besondere Bedeutung zu, weil er durch die Postulierung eines Staatsinterventionismus die theoretische Untermauerung der Illusion einer auf Sozialethik beruhenden sogenannten solidarischen Wohlstandspolitik liefert und in seiner Praxis den Schein einer „Domestizierung des Kapitalismus“ produziert. Da aber der Kapitalismus als pulsierendes System nicht in festen Regelwerken verharret, wird auch die bürgerliche politische Ökonomie gleich einem Oszillographen die ihr gegebenen Impulse aufzeichnen. Und hierbei werden auch in Zukunft der sowohl sogenannte Neoliberalismus, als auch der Keynesianismus mitschwingen.

¹¹³ Reformanstöße des DGB für Wachstum und Beschäftigung, Bildung und Innovation, Herausgeber DGB-Bundesvorstand, S. 33

¹¹⁴ Ein Prinzip, das im übrigen eher von Dummheit als von Vernunft zeugt, insofern als z.B. Inflation nie eine Folge, sondern allenfalls die Ursache einer „Entgeldentwicklung“, sein kann.

V. Einige Schlussfolgerungen zum Problem von Produktion und Verteilung

Kritik am Kapitalismus üben ist eine Sache, Kritik am Kapitalismus wissenschaftlich zu begründen und damit den Schlüssel für seine Überwindung in die Hand zu bekommen, eine andere.

Der Kapitalismus erzeugt gewaltigen Überfluß und gleichzeitig massenhaftes Elend. Das steht oberflächlich gesehen in einem direkten Widerspruch zu der Art und Weise, wie die Gesellschaftsmitglieder die Verteilung des gesellschaftlichen Produktes innerhalb dieser Produktionsweise zu regeln haben: Das gesellschaftliche Gesamtprodukt erblickt das Licht der Welt als Privateigentum und die Privateigentümer tauschen es als Waren untereinander aus: Gleicher Wert tauscht sich gegen gleichen Wert. Wenn keiner betrügt, ist der Austausch gerecht und keiner wird ärmer, niemand wird ausgebeutet. Die bürgerliche Gesetzgebung definiert dementsprechend den Begriff „Ausbeutung“ als einen Rechtsbruch: „Nichtig ist insbesondere ein Rechtsgeschäft, durch das jemand unter Ausbeutung der Zwangslage, der Unerfahrenheit, des Mangels an Urteilsvermögen oder der erheblichen Willensschwäche eines anderen sich oder einen Dritten für eine Leistung Vermögensvorteile versprechen oder gewähren lässt, die in einem auffälligen Missverhältnis zu der Leistung stehen.“¹¹⁵ Woher aber das massenhafte Elend? Hier liegt eine offensichtliche Ungerechtigkeit vor, an der alle Kapitalismuskritik ansetzt. Es wird nach Fällen offensichtlichen Unrechts, nach Gesetzeslücken und Rechtsbrechern auf der Ebene des Austausches gesucht und man wird auch immer wieder fündig. Rechtsbruch, Betrug, Gewalt, Raub werden andauernd und notwendig vom Kapitalismus hervorgebracht, aber sie bestimmen nicht sein Wesen.

Wären sie beseitigt, würde die Geschwindigkeit, in der gleichzeitig Überfluß und Elend produziert werden, kaum nachlassen. Die Diskrepanz zwischen diesen wirklichen Ergebnissen der Tauschakte und den bei isolierter Betrachtungsweise der Austauschsphäre zu erwartenden Ergebnissen des Äquivalententausches führt dazu, daß sich teilweise das Rechtsempfinden vom bürgerlichen Recht löst und unter Berufung auf eine über der Gesellschaftsformation und ihrem Recht stehenden Gerechtigkeit, eines natürlichen ewigen Rechts, die Ergebnisse des Äquivalententausches als Ungerechtigkeit geißelt, die man durch Umverteilung, durch Eingriffe in das Privateigentum zur Herstellung gerechter Verteilung des Privateigentums korrigieren müsse.

Dies sind allerdings keineswegs Ausdrücke eines allgemeinmenschlichen angeborenen Rechtsempfindens, sondern ideologische Widerspiegelungen der inneren Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaftsformation.

„Die Gerechtigkeit der Transaktionen, die zwischen den Produktionsagenten vorgehen, beruht darauf, dass diese Transaktionen aus den Produktionsverhältnissen als natürliche Konsequenz entspringen. Die juristischen Formen, worin diese ökonomischen Transaktionen als Willenshandlung der Beteiligten, als Äußerung ihres gemeinsamen Willens und als der Einzelpartei gegenüber von Staats wegen erzwingbare Kontrakte erscheinen, können als bloße Form diesen Inhalt selbst nicht bestimmen. Sie drücken ihn nur aus. Dieser Inhalt ist gerecht, sobald er der Produktionsweise entspricht, ihr Adäquat ist. Es ist ungerecht, sobald er ihr widerspricht. Sklaverei, auf der Basis der kapitalistischen Produktionsweise, ist ungerecht, ebenso der Betrug auf die Qualität der Ware.“¹¹⁶

¹¹⁵ BGB, § 138 (2)

¹¹⁶ Marx, Das Kapital III, MEW 25, S. 351f

Die Empörung über Ungerechtigkeit und Elend und die Forderung nach ihrer Behebung durch Umverteilung des Privateigentums deutet zwar keimformhaft auf ein verändertes Rechtsempfinden künftiger gesellschaftlicher Zustände hin, aber sie bewegt sich selbst noch auf der Grundlage des Privateigentums und erzeugt hinsichtlich der Notwendigkeit, nicht nur die Verteilungs- sondern vorrangig die Produktionsverhältnisse zu verändern, Raum für Illusionen.

Dieser Ruf nach Verteilungsgerechtigkeit kann sich in den verschiedenartigsten Formen äußern: Anfängen von Appellen an die Besitzenden etwas abzugeben und Almosensammlungen, über von Robin-Hood-Romantik getriebene Aktionen, dann im Kern die realen Klassenkämpfe um den Preis der Arbeitskraft, bis hin zu Forderungen nach Umverteilung an die Staaten als die zum Eingriff ins Privateigentum berechtigten Instanzen. In dieser letzteren Form wird versucht Druck auf die im Staat Handelnden zu erzeugen und einen Politikwechsel, eine „andere Politik“, zu erzwingen.

Doch wie sieht das aus, was soll eigentlich umverteilt oder anders verteilt werden?

„Der gesellschaftliche Reichtum“, lautet die Antwort, „es ist genug für alle da.“

Worin besteht der gesellschaftliche Reichtum? Der gesellschaftliche Reichtum besteht aus der Erde, auf der wir leben und aus den ihr entnommenen und durch Arbeit in eine nützliche Form umgewandelten Naturgegenständen. Abgesehen von der Erde selbst, kann nur das verteilt werden, was zuvor produziert wurde; und es wird verteilt, um verbraucht zu werden, muß also reproduziert werden. Von dem einmal geschaffenen Reichtum kann die Gesellschaft kein Jahr lang überleben, der Reichtum muß also stets neu erarbeitet werden. Folglich muß auch die Arbeit verteilt werden, damit der Reichtum verteilt werden kann. Schon hieran erkennt man, auf welch gefährliches Glatteis man sich begibt, wenn man die Verteilungsfrage losgelöst von der Produktionsfrage klären möchte. Doch sehen wir uns den Reichtum, der da verteilt werden soll, genauer an.

„Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine 'ungeheure Warensammlung', die einzelne Ware als seine Elementarform.“¹¹⁷ Mit dieser Feststellung beginnt Marx seine Untersuchungen, ausgehend von der einzelnen Ware bis hin zum gesellschaftlichen Gesamtprodukt. Als Ware hat der produzierte Gegenstand eine spezifisch gesellschaftliche Form, er hat neben seinem Gebrauchswert auch einen Wert. Der Wert der Ware stellt sich in einer besonderen anderen Ware, dem Geld dar. Der gesellschaftliche Reichtum kann als Summe der Werte der vorhandenen Waren also in Geld ausgedrückt werden. Im Geld wird der Reichtum der Gesellschaft sozusagen verdoppelt, neben den wirklichen Reichtum in Form der nützlichen Dinge tritt der abstrakte Reichtum in Form des Geldes, der deshalb abstrakter Reichtum ist, weil er in jede überhaupt als Ware vorhandene konkret nützliche Form sich verwandeln kann. Wenn man sagt, daß die „drei reichsten Familien der Welt über 135 Milliarden Dollar besitzen“¹¹⁸, daß „immer weniger Menschen über einen immer größeren Anteil an gesellschaftlichem Reichtum verfügen“¹¹⁹, macht man also quantitative Angaben über die Verteilung des Reichtums auf der Ebene des Wertes. Damit ist aber noch nicht gesagt, aus welchen Gebrauchswerten dieser Reichtum besteht, und davon hängt ab, was man damit machen, wie man diesen Reichtum nutzen kann.

¹¹⁷ Marx, Das Kapital I, MEW 23, S. 49

¹¹⁸ Politische Erklärung der DKP (UZ, 5. März 2004, Seite II)

¹¹⁹ ebenda

Konnte Marx bei der Analyse der einzelnen Ware von ihren Gebrauchseigenschaften weitgehend absehen, weil er voraussetzen konnte, daß sie schon irgend jemanden findet, für den sie Gebrauchswert hat, so geht das bei der Darstellung des gesellschaftlichen Gesamtproduktes nicht mehr. Hier spielen die Gebrauchseigenschaften eine nicht zu übersehende Rolle, weil für die Erneuerung des Lebensprozesses der Gesellschaft das Gesamtprodukt wesentlich aus den Produktions- und Konsumtionsmitteln bestehen muß, die zur Fortsetzung des Produktions- und Lebensprozesses im darauffolgenden Zeitabschnitt nötig sind.

Das Gesamtprodukt, das da „gerechter verteilt“ werden soll, müssen wir also sowohl von seiner stofflichen Seite, als auch von seiner wertmäßigen Seite her untersuchen.

Die wertmäßige Struktur des gesellschaftlichen Gesamtproduktes zunächst einmal ausgeklammert, stellt es die stoffliche Masse dessen dar, von dem „genug vorhanden“ ist, welches aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen „ungerecht verteilt“ wird. Abgesehen davon, dass schon die Aussage „genug für alle“ eine indirekte Wachstumsfeindlichkeit beinhaltet, erhebt sich die Frage, was denn hier verteilt werden soll: nur die Konsumtionsmittel oder auch die Produktionsmittel. Die stoffliche Aufteilung der Produktionsmittel ist eine absurde Vorstellung, denn die Produktionsmittel sind Dinge, die nur in einem gesellschaftlichen kooperativen Arbeitsprozeß nutzbar sind. Es wäre absurd, die Gesamtproduktion an Rohseide, Rohöl, Getreide, Stahl, Phenol und Quecksilber, Maschinen und Fabriken unter den Gesellschaftsmitgliedern aufzuteilen. Das würde der gesellschaftlichen Reproduktion ihr Fundament entziehen. Also kann es nur um eine Aufteilung der Konsumgüter gehen. Aber auch da ist ja nicht gemeint, daß die Kühlschränke und Garagen der Reichen gelehrt und ihr Inhalt unter den Armen verlost werden soll. Die Forderung nach Umverteilung, Teilung des Reichtums, geht nicht auf die unmittelbare Verteilung der Konsumgüter oder Produktionsmittel, sondern sie geht auf die abstrakte Form des Reichtums: Da die Einkommen samt den daraus gebildeten Geld(kapital)vermögen ungleich „verteilt“ sind, soll der Staat diese Ungleichheit beseitigen oder doch mildern, soll es die Kapitaleinkommen und die großen Vermögen, also die verschiedenen Bestandteile des Mehrwerts, durch höhere Steuern und Abgaben schröpfen und die so gewonnenen Mittel Beziehern niedriger Einkommen durch Steuersenkungen und höhere Sozialleistungen zugute kommen lassen.

Wenn wir die wertmäßige Struktur des gesellschaftlichen Gesamtproduktes einzubeziehen, stellt es sich dar als aus zwei Teilen zusammengesetzt: Aus einem Teil, der wertmäßig den in der Produktionsperiode verbrauchten Produktionsmitteln entspricht, dem übertragenen Wert. Und aus einem zweiten Teil, der den im Produktionsprozess geschaffenen Neuwert verkörpert. Dieser zweite Teil, der Neuwert bildet das Nationaleinkommen der Gesellschaft und läßt sich wiederum aufteilen in einen Teil, der wertmäßig dem in Löhnen verausgabten variablen Kapital entspricht und in den Mehrwert repräsentierenden Teil.

Um die Realisierung des gesellschaftlichen Gesamtproduktes zu seinem Wert zu ermöglichen, müssen diesen Wertteilen entsprechende Mengen des Gesamtproduktes stofflich in folgenden Gebrauchswertformen vorliegen: Eine Menge von der Größe des übertragenen Werts muß vorliegen in Produktionsmitteln für den Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel, eine Menge in der Größe des variablen Kapitals in Konsumtionsmitteln für den individuellen Konsum der Arbeiterklasse, eine Menge in der Größe des zur Akkumulation bestimmten Teils des Mehrwerts in Form von teils zusätzlichen Produktionsmitteln für die Erweiterung der Produktion, teils zusätzlichen Konsumtionsmitteln für die zusätzlich erforderlichen Arbeitskräfte, und schließlich muß noch die übrigbleibende Menge in der Größe des zum Verzehr bestimmten Teils des Mehrwerts in Form von Konsumtionsmitteln für die Kapitalistenklasse vorliegen.

Bei den Umverteilungsforderungen kann es letztlich nur um diesen letzten Teil gehen.

Sie setzen an bei den unterschiedlichen Konsummöglichkeiten. Sie fragen, ob es denn gerecht ist, dass die eine Gesellschaftsklasse konsumiert ohne zu arbeiten, und je umfangreicher und luxuriöser die Masse der von den Kapitalisten individuell konsumierten Produkte gegenüber der Arbeiterklasse, desto größer die Empörung. Der Konsum der Kapitalisten wird zum Hauptkritikpunkt gemacht und die *Eigentumsfrage* wird falsch gestellt, nämlich von der Egalisierung und nicht von der Aufhebung des Privateigentums her. Die Umverteilung von oben nach unten, gesetzt es fände sich eine Regierung fände, die dies tatsächlich gegen das Kapital durchsetzen könnte, hätte den gleichen Effekt und die gleichen Begrenzungen, in denen sie nur möglich ist, wie eine Lohnerhöhung. Und ist die Arbeiterklasse nicht ähnlich kampfstark wie ihre Regierung dann würde der ganze Effekt schon in der nächsten Tarifrunde zunichte gemacht.

Nicht der Luxuskonsum des Kapitalisten, sondern die Akkumulation des Kapitals macht das Wesen des Kapitalismus aus. Die Kapitalakkumulation ist „Anwendung von Mehrwert als Kapital, oder Rückverwandlung von Mehrwert in Kapital“, also ein gesellschaftlicher Mechanismus, der *objektiv* zur Konzentration und Zentralisation des Kapitals führt - die entsprechende Verteilung der Einkommen ergibt sich auf dieser Grundlage automatisch, und Manipulationen zu deren Umverteilung werden von diesem objektiven Mechanismus in kürzester Zeit wieder ausgeglichen und vom Tisch gefegt. Der Kapitalismus als Prozeß, in dem sich eine gesamtgesellschaftliche Produktion in Form von Privatproduktion durchsetzt, hat einzig und allein die Kapitalverwertung zum Dreh- und Angelpunkt; die Verwertungsbewegung des Kapitals ist maßlos und diese Maßlosigkeit ist nicht Ausdruck persönlicher Gier der Kapitalisten, sondern Ausdruck der Reflexivität des Kapitals als sich selbstverwertender Wert.

Die Forderung nach mehr Verteilungsgerechtigkeit geht genau an diesem Problem vorbei und unterstellt dem Kapital Eigenschaften, die seinen Charakter nicht treffen. Zunächst einmal wird das Kapital nicht als prozessierendes verdinglichtes gesellschaftliches Verhältnis, sondern im weiteren Sinne als Sache aufgefasst, die die „Reichen und Superreichen“ ohne zu arbeiten anhäufen, was allein schon Grund für Empörung bietet. Im engeren Sinn stellt sich diese Sache dar als Geld, von dem „entgegen den Lügen der herrschenden Klasse genug da“ ist. Und schließlich läuft die ganze Argumentation darauf hinaus, dass *genug* produziert wird, um Wohlstand für alle zu ermöglichen, das sei die Vision, die es durch Umverteilung zu verwirklichen gilt.

Eine solche Argumentation verkennt den Grundcharakter des Kapitalismus und kann strategisch keine Lösungen bieten. Unter der Herrschaft des Kapitals kann der Wohlstand nur produziert als Kehrseite von Massenelend. Indem auf Verteilungsgerechtigkeit orientiert wird, wird nicht das Kapitalverhältnis zur Disposition gestellt, sondern die diesem Verhältnis entspringende quantitative Verschiedenheit der Revenuen, mit anderem Wort, der Einkommen.

Die Einkommen haben aber in der bürgerlichen Gesellschaft die Form von Geldeinkommen, sie unterscheiden sich oberflächlich nur quantitativ, und auf der Ebene ihrer quantitativen Unterschiedlichkeit bewegt sich die ganze Auseinandersetzung um Verteilungsgerechtigkeit. „Es ist genug für alle da“ konkretisiert sich zu „Geld ist genug da“. Wir müssen daher zur obigen Untersuchung des Gesamtproduktes noch die Untersuchung des Gesamtgeldvermögens der Gesellschaft hinzunehmen.

Die Gesamtgeldeinkommen dienen zunächst dem Umsatz des gesellschaftlichen Gesamtproduktes und der gesellschaftlichen Arbeitskraft zwischen den Privatpersonen als den Produzenten und Konsumenten dieses Gesamtproduktes. Die zirkulierende Geldmenge hat genau die Größe, um diesen Gesamtumsatz zu vermitteln. Auf dieser Ebene erweist sich „Geld ist genug da“ als

Tautologie. Aber kann sich Geldeinkommen, wenn es nicht wieder ausgegeben wird nicht in Geldvermögen verwandeln? Betrachte wir die Sache näher.

Die Geldeinkünfte sind der private Anspruch auf den ihnen wertmäßig entsprechenden Teil des gesellschaftlichen Gesamtproduktes und der gesellschaftlichen Arbeitskraft. Wenn dieser Anspruch realisiert wird, wird das Geld ausgegeben, in die Zirkulation geworfen. Aber es zirkuliert in unterschiedlichen Funktionen:

Wenn die Arbeiterklasse ihr Lohneinkommen in Konsumgüter verwandelt, dann wird das Geld zur Realisierung von Revenue verausgabt, es *zirkuliert als Münze* und kehrt nicht zurück, denn die Konsumgüter werden individuell konsumiert und verschwinden damit aus der Zirkulation. Ebenso die Teile des Mehrwerts, die von den Kapitalisten und anderen am Mehrwert partizipierenden Klassen (Grundeigentümern) als Revenue zur individuellen Konsumtion verausgabt werden.

Anders gestaltet sich die Sache, wenn die in Geld realisierten Teile des Kapitals, die das zuvor verausgabte konstante und variable Kapital ersetzen und die zur Akkumulation bestimmten Teile des Mehrwerts erneut in die Zirkulation geworfen werden. Hier wird das Geld zum Kauf der Elemente des produktiven Kapitals, von Produktionsmitteln und Arbeitskraft, verausgabt, es *zirkuliert als Kapital*, denn es kehrt beim Verkauf der Waren, die durch die produktive Konsumtion der gekauften Produktionsmittel und Arbeitskraft produziert wurden, verwertet zu seinem Ausgangspunkt zurück.

Diese qualitativ unterschiedlichen Funktionen, in denen das Geld zirkuliert, werden ignoriert bei der Vorstellung, Geld sei genug da und man könne es beliebig anders verteilen. - Aber wenn ein Teil der Geldeinkünfte nicht ausgegeben sondern als Geldvermögen akkumuliert wird?

Zum einen setzt das auf der Ebene eines theoretisch ungestörten Umsatzes des gesellschaftlichen Gesamtproduktes voraus, daß entsprechende Geldvermögen in anderer Hand in vorangegangenen Perioden akkumuliert wurden, die nun in dieser Periode in die Zirkulation geworfen werden.

Zum anderen muß berücksichtigt werden, wie diese Geldakkumulation vonstatten geht. Nur zum geringsten Teil wird das Geld als Geld der Zirkulation entzogen und aufgeschätzt. Zum größten Teil wird das Geld als Leihkapital in die Zirkulation geworfen, das heißt es verwandelt sich in der Hand des Verleihers aus wirklichem Geld in einen *Anspruch* auf verwertetes Geld, sei es in Form von Bankguthaben, Schuldscheinen, Aktien, Hypotheken etc. Wieviel mal das Geld auch weiterverliehen und im Kredit fiktiv, als Geldanspruch, verdoppelt und verdreifacht wird, als wirkliches Geld existiert es nur in einer Hand. Letztlich dienen die akkumulierten „Geldvermögen“ und ihre fiktive Aufblähung der Zirkulation und Reproduktion des wirklichen Kapitals. Auch auf dieser Ebene ist die Verteilung eine Funktion der Produktion.

In einer gesellschaftlichen Formation, in der eine gesamtgesellschaftliche Produktion auf der Grundlage des Privateigentums hervorgerufen wird, ist notwendig auch die Verteilung der Einkommen eine Funktion des Privateigentums.

Die bürgerliche Produktionsweise kennt auf ihrer Oberfläche drei Quellen von Einkommen. Aus dem Kapital entspringt der Zins, aus dem Boden die Rente und aus der Arbeit der Arbeitslohn. So findet die Vulgärökonomie in den Quellen der Einkommen die ökonomische Dreieinigkeit der Produktionsfaktoren, aus denen angeblich alle Werte entspringen.

Marx hat die von der Vulgärökonomie gepredigte Dreieinigkeit der Produktionsfaktoren mit Nachdruck kritisiert, weil sie nichts tut, „als die Vorstellungen der in den bürgerlichen Produk-

tionsverhältnissen befangenen Agenten dieser Produktion doktrinär zu verdolmetschen, zu systematisieren und zu apologetisieren¹²⁰, und letztlich keine Ahnung darüber hat, „dass die Trinität, von der sie ausgeht, Grund und Boden – Rente, Kapital – Zins, Arbeit – Arbeitslohn ... unmögliche Kompositionen sind“¹²¹, die angeblichen Quellen sich zueinander verhalten, wie etwa „Notariatsgebühren, rote Rüben und Musik“. Aber diese Formel entspricht nach Marx zugleich „dem Interesse der herrschenden Klassen, indem sie die Naturnotwendigkeit und ewige Berechtigung ihrer Einnahmequellen proklamiert und zu einem Dogma erhebt.“¹²²

„Kapital, Boden, Arbeit! Aber das Kapital ist kein Ding, sondern ein bestimmtes, gesellschaftliches, einer bestimmten historischen Gesellschaftsformation angehöriges Produktionsverhältnis, das sich an einem Ding darstellt und diesem Ding einen spezifischen gesellschaftlichen Charakter gibt. Das Kapital ist nicht die Summe der materiellen und produzierten Produktionsmittel. Das Kapital, das sind die in Kapital verwandelten Produktionsmittel, die an sich so wenig Kapital sind, wie Gold oder Silber an sich Geld ist. Es sind die von einem bestimmten Teil der Gesellschaft monopolisierten Produktionsmittel, die der lebendigen Arbeitskraft gegenüber verselbständigten Produkte und Betätigungsbedingungen eben dieser Arbeitskraft, die durch diesen Gegensatz im Kapital personifiziert werden. Es sind nicht nur die in selbständige Mächte verwandelten Produkte der Arbeiter, die Produkte als Beherrscher und Käufer ihrer Produzenten, sondern es sind auch die gesellschaftlichen Kräfte und die zusammenhängende Form dieser Arbeit, die als Eigenschaften ihres Produkts ihnen gegenübertreten.“¹²³

Der Grund und Boden als zweiter sogenannter Produktionsfaktor ist sicherlich ebenso wie die im Produktionsprozess angewandten Produktionsmittel an der Schaffung der *Gebrauchswerte* beteiligt, indes haben beide aber, wie Marx betont, *nichts zu tun mit der Produktion des Wertes*, da dieser nur ein bestimmtes Quantum vergegenständlichter gesellschaftlicher Arbeit darstellt. Nur als „*Grundeigentum*, Privateigentum am Erdball“¹²⁴, also als auf Verfügung über Naturbedingungen bezogenes gegenseitiges Ausschließungsverhältnis zwischen den Menschen, kann der Grund und Boden seinem Eigentümer als Quelle von Rente, als Anweisung auf einen Teil des gesellschaftlichen Mehrproduktes dienen.

Die Arbeit schließlich als dritter „Produktionsfaktor“ ist eine leere Abstraktion ohne die natürlichen und gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen sie sich vollziehen kann. Diese Bedingungen sind aber als von einem Teil der Gesellschaft als Privateigentum monopolisierte Bedingungen vom Arbeitsvermögen getrennt und ihm als „Produktionsfaktoren“ entgegengesetzt. Daher kann die Arbeit unter diesen Bedingungen nur die Form der Lohnarbeit annehmen, der Arbeit, die nicht anwendet, sondern angewandt wird, der Arbeit, die im Kapital ihren fremden Anwender produziert.

Die Lohnarbeit ist die notwendige Form der Arbeit im Kapitalismus, daher der Arbeitslohn die notwendige Form des Arbeitseinkommens, des Anteils des Arbeiters an seinem Arbeitsprodukt. Da die vom kapitalistischen Privateigentum an den Arbeitsbedingungen ausgeschlossen aber zum Überleben auf dieses Einkommen angewiesen sind, sind sie auf die Lohnarbeit angewiesen.

¹²⁰ Marx, Das Kapital III, MEW 25, S. 825

¹²¹ ebenda

¹²² ebenda, S. 839

¹²³ Marx, Das Kapital III, MEW 25, S. 822f

¹²⁴ ebenda, S. 824

Dies führt einerseits zu der Forderung nach einem Recht auf Arbeit, andererseits reduziert sich diese Forderung faktisch auf die Forderung nach einem Recht auf kapitalproduzierende Lohnarbeit. Die Forderung nach einem Grundrecht auf Arbeit, wenn sie nicht einhergeht mit der Forderung nach Abschaffung der Lohnarbeit und ihres sie bedingenden Gegensatzes, des Kapitals, läßt den spezifischen gesellschaftlichen Charakter der Arbeit unberücksichtigt, die notwendig Kapitalakkumulation produziert und damit auch wachsende Arbeitslosigkeit. Sie appelliert von einem abstrakten Arbeitsbegriff ausgehend an ein illusionäres „Naturrecht“. Kleidet sich diese Forderung in ein besonders revolutionäres Gewand, „Arbeitsplätze statt Profite“, so wird der Widersinn besonders deutlich. Genausogut könnte man fordern: „Legebatterien statt Eier.“ Marx bezeichnet das Recht auf Arbeit als „erste unbeholfene Formel worin sich die revolutionären Ansprüche des Proletariats zusammenfassen.“ Und weiter: „Das Recht auf Arbeit ist im bürgerlichen Sinn ein Widersinn, ein elender, frommer Wunsch, aber hinter dem Rechte auf Arbeit steht die Gewalt über das Kapital, hinter der Gewalt über das Kapitals die Aneignung der Produktionsmittel, ihre Unterwerfung unter die assoziierte Arbeiterklasse, also die Aufhebung der Lohnarbeit, des Kapitals und ihres Wechselverhältnisses.“¹²⁵

Der These, dass der Faktor Arbeit zu teuer geworden sei, dass sich alle einschränken müssten, die These entgegen zu stellen, dass bei anderer Verteilung genug für alle da wäre, verlagert die Auseinandersetzung auf die Ebene der bürgerlichen politischen Ökonomie, genauer der Vulgärökonomie, vermengt Gebrauchswert und Wert und führt die Verschiedenheit der Einkommen nicht auf die Produktionsverhältnisse zurück, sondern auf persönliche Willkür und trägt damit zur Mystifizierung des Kapitalverhältnisses bei, indem sie dieses als „Sache“ darstellt, die eine bestimmte Personengruppe anhäuft. Sowohl die konkrete Erscheinungsform dieser „Sache“, als auch ihr substantieller Inhalt werden völlig außer acht gelassen, ganz zu schweigen von den spezifischen historischen Bedingungen, unter denen diese „Sache“ Gestalt annimmt. Aber indem der Kapitalbegriff nicht richtig erfasst wird, wird auch der Begriff der Lohnarbeit nicht richtig erfasst und beiden wird Unvergänglichkeit bescheinigt. „Der Kapitalismus vollbringt bezüglich der Produktion wahre Wunder, aber er versagt bei der gerechten Verteilung“, eine solche Kapitalismuskritik muss sich zwangsläufig gegen einzelne Personen richten und sich in der Forderung nach einer „anderen Politik“ erschöpfen. Aber Personen, wer immer sie auch sein mögen, sind in ihrem politökonomischen Handeln, wie Marx gezeigt hat, nur „Charaktermasken“, Personifizierungen ökonomischer Kategorien, die diesen Kategorien den Sinn fürs Konkrete leihen. Von einer durch eine „andere Politik“ bewirkten „gerechteren“ Verteilung zu reden, bedeutet nichts anderes, als in den Mechanismen der kapitalistischen Produktionsweise befangen zu bleiben und nicht zu erkennen, dass die Verteilungsverhältnisse nur eine Kehrseite der Produktionsverhältnisse sind.

Indem das Wesen des Kapitals nicht begriffen wird, wird jede Kritik in den Schranken der kapitalistischen Gesellschaft befangen bleiben, wird sich gegen Auswirkungen und nicht gegen deren Grundlagen richten und dementsprechend auch nur Scheinalternativen entwickeln. Kapital als Sache, Produkt, Geld oder gar persönliches Arbeitsvermögen betrachtet, muss zwangsläufig zu anderen strategischen Konsequenzen führen, als wenn man es seinem wahren Charakter nach erfasst. Kapital ist keine Sache, sondern ein auf Ausbeutung der Lohnarbeit beruhendes gesellschaftliches Verhältnis der Menschen zueinander und als solches Ausdruck einer bestimmten historischen Gesellschaftsformation. *Eine Sache kann man sofern technisch möglich aufteilen, ein gesellschaftliches Verhältnis hingegen nur überwinden. Das ist ein wesentlicher Unterschied.*

¹²⁵ Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich, MEW 7, S. 41f

Kritik an der Verteilungsweise im Kapitalismus, ist also nicht gleich Kritik am Kapitalismus selbst. Im Gegenteil: um die Verteilungsweise zu kritisieren, muss man sie zunächst einmal voraussetzen, und eine Verteilungsweise, die sich über Kapital – Zins, Boden – Rente, Arbeit – Arbeitslohn vollzieht, ist kapitalistisch, daran würden keine quantitativen Verschiebungen, in welcher Größenordnung auch immer, etwas verändern.

„Bei der Betrachtung der Verteilungsverhältnisse geht man zunächst von der angeblichen Tatsache aus, dass das jährliche Produkt sich als Arbeitslohn, Profit und Grundrente verteilt. Aber so ausgesprochen ist die Tatsache falsch. Das Produkt verteilt sich auf der einen Seite in Kapital und auf der anderen in Revenuen. Die eine dieser Revenuen, der Arbeitslohn, nimmt selbst immer nur die Form einer Revenue, der Revenue des Arbeiters, an, nachdem er vorher demselben Arbeiter in der *Form von Kapital* gegenüber getreten ist. Das Gegenübertreten der produzierten Arbeitsbedingungen und der Arbeitsprodukte überhaupt als Kapital, gegenüber dem unmittelbaren Produzenten, schließt von vornherein ein einen bestimmten gesellschaftlichen Charakter der sachlichen Arbeitsbedingungen gegenüber den Arbeitern und damit ein bestimmtes Verhältnis, worin sie in der Produktion selbst zu den Besitzern der Arbeitsbedingungen und zueinander treten. Die Verwandlung dieser Arbeitsbedingungen in Kapital schließt ihrerseits die Expropriation der unmittelbaren Produzenten von Grund und Boden und damit eine bestimmte Form des Grundeigentums ein.

Verwandelte sich aber der eine Teil des Produkts nicht in Kapital, so würde der andere nicht die Form von Arbeitslohn, Profit, Rente annehmen.

Andererseits, wenn die kapitalistische Produktionsweise diese bestimmte gesellschaftliche Gestalt der Produktionsbedingungen voraussetzt, reproduziert sie dieselbe beständig. Sie produziert nicht nur die materiellen Produkte, sondern reproduziert beständig die Produktionsverhältnisse, worin jene produziert werden, und damit auch die entsprechenden Verteilungsverhältnisse.“¹²⁶

Die Verteilungsverhältnisse sind also Kehrseite der Produktionsverhältnisse. Als solche hängen sie weder in der Luft, noch sind sie ursächlich auf die Willkür einer bestimmten Personengruppe zurückzuführen. Sie beinhalten die Aneignung des gesellschaftlichen Produktes und diese Aneignung vollzieht sich wie dargestellt, auf der Grundlage einer auf Privateigentum basierenden gesamtgesellschaftlichen Produktion, welche sich in Form von Privatproduktion durchsetzt. Hiervon ausgehend sind die Verteilungsverhältnisse ein Aspekt der Produktionsverhältnisse, und nicht umgekehrt. Daran werden auch keine dirigistischen Eingriffe des Staates etwas ändern.

Nicht in der Kritik der Verteilungsverhältnisse liegt der Schlüssel zur Überwindung des Kapitalismus, sondern in der Kritik der diese hervorrufenden Produktionsverhältnisse. Nur so eröffnen sich neue gesellschaftliche Perspektiven. „Die sogenannten Verteilungsverhältnisse entsprechen also und entspringen aus historisch bestimmten, spezifisch gesellschaftlichen Formen des Produktionsprozesses und der Verhältnisse, welche die Menschen im Reproduktionsprozess ihres menschlichen Lebens untereinander eingehen. Der historische Charakter dieser Verteilungsverhältnisse ist der historische Charakter der Produktionsverhältnisse, wovon sie nur eine Seite ausdrücken. Die kapitalistische Verteilung ist verschieden von den Verteilungsformen, die aus anderen Produktionsweisen entspringen, und jede Verteilungsform verschwindet mit der bestimmten Form der Produktion, der sie entstammt und entspricht.“¹²⁷

¹²⁶ Marx, Das Kapital III, MEW 25, S. 885f

¹²⁷ Marx, Das Kapital III, MEW 25, S. 890

Solange sich die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit auf der Verteilungsebene bewegt, ist sie Ausdruck für die Funktionsfähigkeit des kapitalistischen Systems und hierauf begründet sich die Hegemonie des Kapitals und seiner Organe. Aber der Kapitalismus sprengt perspektivisch unvermeidlich „jede Bindung der Arbeiter an die alte Gesellschaft, an einen bestimmten Ort, an einen bestimmte Ausbeuter; er vereinigt sie, zwingt sie zum Denken und versetzt sie in Verhältnisse, die ihnen die Möglichkeit geben, zum organisierten Kampf überzugehen.“¹²⁸

- In dem Maße, in dem der Widerspruch zwischen der Arbeiterklasse als Träger der gesamtgesellschaftlichen Produktion und dem Kapital als formbestimmendem Zweck dieser Produktion sich so zuspitzt, daß offensichtlich wird, in welchem Ausmaß das Kapital die Produktion und die Produktivkräfte daran hindert, der Entwicklung und Befriedigung menschlicher Bedürfnissen zu dienen,
- in dem Maße, in dem zugleich die Arbeiter erkennen, wie sie als *der gesellschaftliche Produzent*, der heute schon den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß bewerkstelligt, - befreit von den Fesseln des Kapitals und der Lohnarbeit - ihn noch tausendmal besser und einfacher organisieren und auf die Befriedigung der Bedürfnisse der gesellschaftlichen Menschen ausrichten könnten,
- und in dem Maße, in dem sie nach dieser Erkenntnis ihre Praxis ausrichten und die Praxis diese Erkenntnis vertieft,
- in diesem Maße wird auch die Hegemoniefähigkeit der herrschenden Klasse schwinden und werden die Bedingungen geschaffen für einen gesamtgesellschaftlichen Hegemoniewechsel, der die Grundlage bietet, um die Produktionsverhältnisse grundlegend zu ändern und in Übereinstimmung mit den entwickelten Produktivkräften zu bringen.

In der Überwindung des Kapitalverhältnisses selbst liegt die eigentliche strategische Orientierung, und dies ist nicht das Ergebnis von Wunschträumen, sondern ergibt sich aus der Analyse des Kapitalverhältnisses.

Marx: „Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt.“¹²⁹

Die Aufhebung des kapitalistischen Privateigentums hat aber zwei Seiten: einerseits die Aufhebung der Trennung der unmittelbaren Produzenten von ihren Produktionsmitteln, andererseits die Aufhebung der Trennung der Produzenten voneinander, die durch die Grenzen zwischen den verschiedenen Privateigentümern bewirkt wird. Die Bedingungen für die direkte Aufhebung auch dieser zweiten Art von Trennung haben sich mit der aktuellen Entwicklung der Produktivkräfte enorm verbessert und wachsende Teile der Arbeiterklasse hantieren heute tagtäglich mit den Mitteln, mit denen die globale Assoziation der Produzenten ins Werk gesetzt werden kann.

¹²⁸ Lenin, Werke Bd. 1, S. 304

¹²⁹ Marx, Das Kapital I, MEW 23, S. 791